infas

Lagemaß

Messen – Denken – Forschen – Gestalten
Ausgabe 08 | 08.2019

3 Editorial
4 60 Jahre im Blick
9 Dem Datenschatten auf der Spur
11 Schulische Inklusion auf dem Prüfstand
13 Verkehrswende in Sicht?
17 Die politischen Parteien im Urteil der Bevölkerung
20 Sprechende Zahlen
22 Ein Blick nach Innen
23 innehalten: Zwischen Wissenschaft und Politik in 60 Jahren Ein Gespräch mit Wolfgang Hartenstein, Klaus Liepelt und Menno Smid
43 Ein Begriff von Herkunft und Ankunft
46 Arbeitskräfte, die fehlen
48 Die Exzellenzstrategie – Gutachtende über die Begutachtung
51 Digitalisierung der Arbeit und der Schatten der Zukunft
55 Viel Zuversicht – Zukunftserwartung im Zeitverlauf
58 Wie sicher ist die Rente? Eine volkswirtschaftliche Analyse – nicht nur zum 60sten
61 Splitter
63 Impressum

innehalten

Editorial

2019 ist ein Jahr gewichtiger Jubiläen. Das Grundgesetz wird 70 Jahre alt, die Öffnung der Mauer ist 30 Jahre her und der erste Lehrstuhl für Soziologie in Deutschland wurde vor 100 Jahren eingerichtet. Auch infas hat Grund zu feiern, das Institut wird 60 Jahre alt. Da passt der Themenschwerpunkt „innehalten“ der aktuellen Ausgabe gut. Ein Jubiläum ist eine gute Gelegenheit, das Geschehene zu reflektieren und einen Blick in die Zukunft zu wagen. So haben wir für diese Ausgabe ausführlich mit jenen gesprochen, die infas gründeten.

Wolfgang Hartenstein und Klaus Liepelt berichten von den Anfangstagen des Instituts und den Besonderheiten, die infas ausgemacht haben und noch immer ausmachen. Sie liefern einen eindrucksvollen Einblick in die Nachkriegspolitik und die Anfangstage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der jungen Bundesrepublik. Das Interview mit einem 360-Grad-Panoramabild der Gesprächspartner füllt den Mittelteil dieser Ausgabe.

In den weiteren Beiträgen halten wir ebenfalls inne und befassen uns beispielsweise analog zum infas-Jubiläum mit der Lebenszufriedenheit der 60-Jährigen. Der infas-Lebenslagenindex liefert dazu spannende Fakten. Wir berichten über die Grundsatzstudie „Mobilität in Deutschland“ und beleuchten auf Grundlage der neuen Vermächtnisstudie, was hierzulande unter dem Begriff „Heimat“ verstanden wird. Sie lesen in diesem Lagemaß eine generelle Analyse, welche Auswirkungen der demografische Wandel auf die Rentenversicherung hat und welche Folgen durch die Digitalisierung der Arbeit zu erwarten sind.

Diese und weitere Lagemaß-Beiträge laden also dazu ein, innezuhalten und sich die Zeit für spannende sozialwissenschaftliche Themen zu nehmen.

Ich wünsche dabei viel Freude!

Ihr

Menno Smid
Geschäftsführer

60 Jahre im Blick

Wie es uns mit 60 Lebensjahren geht und was uns von Jüngeren und Älteren unterscheidet

Von Robert Follmer

414 Befragte unter 20.209 Interviewten zwischen 2007 und Frühjahr 2019. So viele Personen waren in dieser über die Zeit akkumulierten Gesamtstichprobe des infas-Lebenslagenindex ilex zu ihrem jeweiligen Befragungszeitpunkt exakt 60 Jahre alt. Damit können sie, wie das Institut selbst, auf 60 Jahre Erfahrung zurückblicken. Doch wie geht es ihnen an dieser Lebensstation? Unterscheiden sie sich von den Zwanzigjährigen, die gerade das Erwachsenenleben begonnen haben? Und wie verhält es sich mit weiteren 20 Lebensjahren in der persönlichen Bilanz, im stolzen Alter von 80?

Zu allem kann die ilex-Befragung Auskunft geben. Neben den 414 Befragten im Jubiläumsalter 60 liegen Antworten von 182 Personen vor, die zum Befragungszeitpunkt genau 20, und 169, die genau 60 Jahre alt waren. Ein wenig augenzwinkernd und mit Blick auf die Grenzen hinsichtlich der Aussagefähigkeit bei der einerseits beachtlichen, statistisch aber vielleicht noch nicht so befriedigenden Anzahl von Befragten im jeweiligen Segment wollen wir genauer nachschauen und uns auf die Suche nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden begeben.

Zunächst ein wenig Demografie und Statistik

Die reine Statistik führt uns zu der ersten Auffälligkeit. 182, 414 und 169 – so lauten die schon genannten Interviewzahlen in der ilex-Stichprobe für die Altersituation 20, 60 und 80 Jahre. Altersproportional und anhand weiterer Merkmale der Bevölkerung ab 18 Jahren gewichtet lauten die drei Fallzahlen 299, 306 und 233. Was bedeutet dies? Nun, die Zwanzigjährigen beteiligen sich offenbar im Schnitt seltener als die Sechzigjährigen an der telefonischen Befragung. Entsprechend wird ihr Anteil von 182 auf 299 Fälle „hochgewichtet". Bei den Sechzigjährigen ist es umgekehrt. Hier reduziert daher die Gewichtung den Anteil von 414 auf 306 Interviews. Und bei den Achtzigjährigen ist es wieder andersherum: Die gewichtete Fallzahl ist mit 299 deutlich höher als die ungewichtete von 169. Dies ist aufschlussreich, aber nicht wirklich überraschend und entspricht bekannten Befunden. Es wird immer schwieriger, junge Befragte gleichermaßen zu einer Teilnahme zu bewegen wie mittlere oder „junge alte" Altersgruppen mit einer höheren Kooperationsrate. Erst bei Hochbetagten, für die die Achtzigjährigen hier stehen, nimmt die Bereitschaft wieder ab, nicht zuletzt aufgrund möglicher gesundheitlicher Einschränkungen oder auch einer reduzierten Teilhabe.

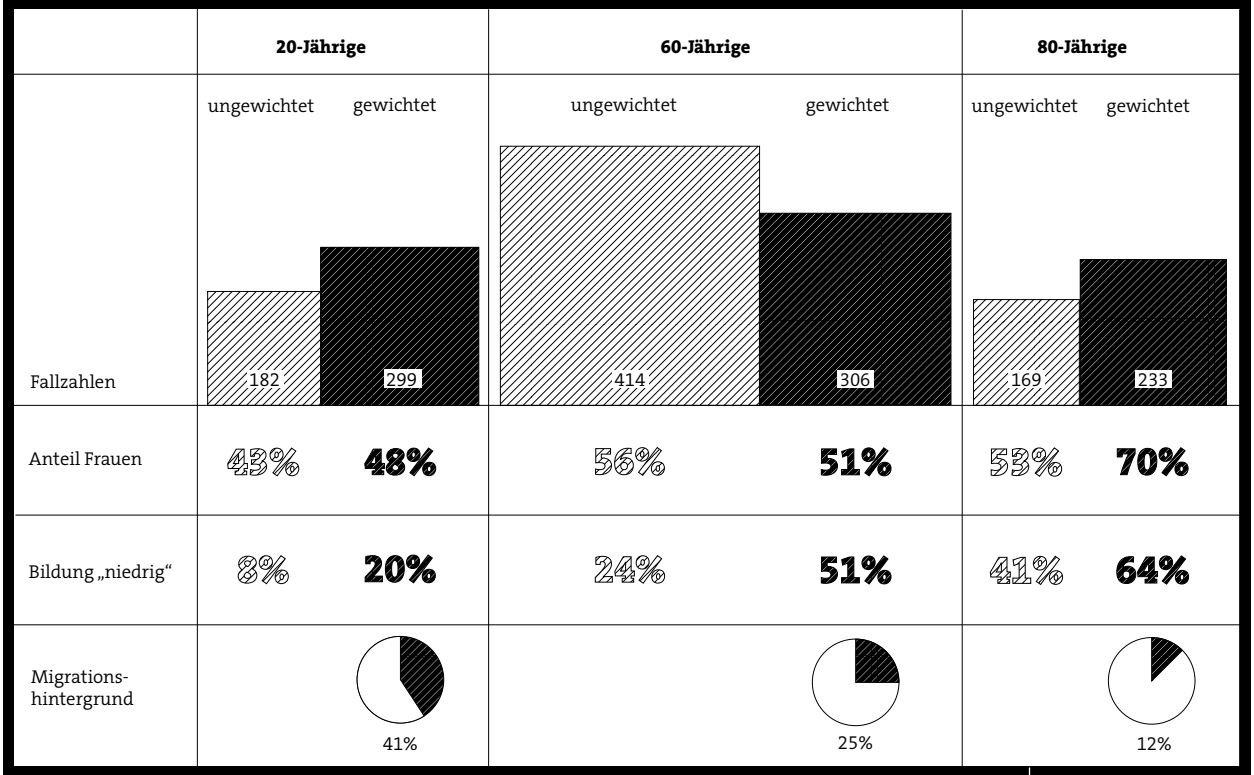
Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Geschlechterverhältnis. Ungewichtet beträgt der Frauenanteil bei den Zwanzigjährigen 43 Prozent, den Sechzigjährigen 56 Prozent und den Achtzigjährigen 53 Prozent. Gewichtet lauten die Anteile dagegen 48, 51 und 70 Prozent. In der jüngsten Altersgruppe antworten also Frauen etwas seltener als gleichaltrige Männer. In der mittleren 60er-Altersgruppe verhält es umgekehrt. Und bei den Achtzigjährigen sind ungewichtet wiederum die Männer zu stark vertreten. Auch dies korrespondiert mit bekannten Eingriffen durch die Gewichtung. Auffällig sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede jedoch vor allem in der höchsten Altersgruppe. Hier kann vermutet werden, dass etwa der vielleicht so empfundene „Hausherr" eines Rentnerehepaares, trotz einer versuchten

Zufallsauswahl anhand des Last-Birthday-Verfahrens, bei einem Anruf das Interviewrecht für sich in Anspruch nimmt – oder es ihm seine Gattin unaufgefordert freiwillig einräumt. Eine Frage des Rollenverständnisses in dieser Generation, das sich nur langsam wandelt.

Schließlich das Bildungsniveau. Neben rein auswahlbedingten Aspekten wie der Haushaltsgröße ist dies das vierte bei der Gewichtung besonders relevante Merkmal. Ungewichtet liegen die Anteile der Befragten mit einem formal niedrigen Bildungsniveau – also ohne oder mit einem Volks- oder Haupt- oder vergleichbaren Schulabschluss – für die drei Alterssegmente bei 8, 24 und 41 Prozent. Gewichtet steigen sie auf 20, 51 und 64 Prozent. Hier ist das Ausmaß unterschiedlich, aber die Richtung in allen drei Gruppen einheitlich. Formal schlechter gebildete Personen beteiligen sich trotz vielfältiger Bemühungen in der Ansprache seltener als höher Gebildete. Besonders augenfällig ist dies bei den Zwanzigjährigen. Hier muss die Gewichtung den Anteil der niedrig Gebildeten nahezu verdreifachen. Bei den Sechzigjährigen ist eine Verdoppelung nötig. Bei den Achtzigjährigen ergibt sich ein Plus von rund der Hälfte des Ausgangswerts.

Gleichzeitig belegen diese Anteile, neben dem lebenserwartungsbedingt höheren Frauenanteil unter den Achtzigjährigen, einen ersten bedeutsamen Unterschied der Personenmerkmale: Das formale Bildungsniveau fällt in der jüngsten Gruppe am höchsten und in der ältesten Gruppe am niedrigsten aus. Die Sechzigjährigen platzieren sich hier wiederum generationsbedingt näher an den Achtzigjährigen als an den Zwanzigjährigen. Unter den 60ern kann rund ein Fünftel, unter den 80ern nur ein knappes Achtel und unter den 20ern über die Hälfte auf ein hohes Bildungsniveau verweisen. Die Zwanzigjährigen starten gegenwärtig also formal gesehen mit ungleich höheren Lebenschancen als frühere Generationen.

Soziodemografie und Gewichtung:
Sechzig-, Achtzig- und Zwanzigjährige im Vergleich

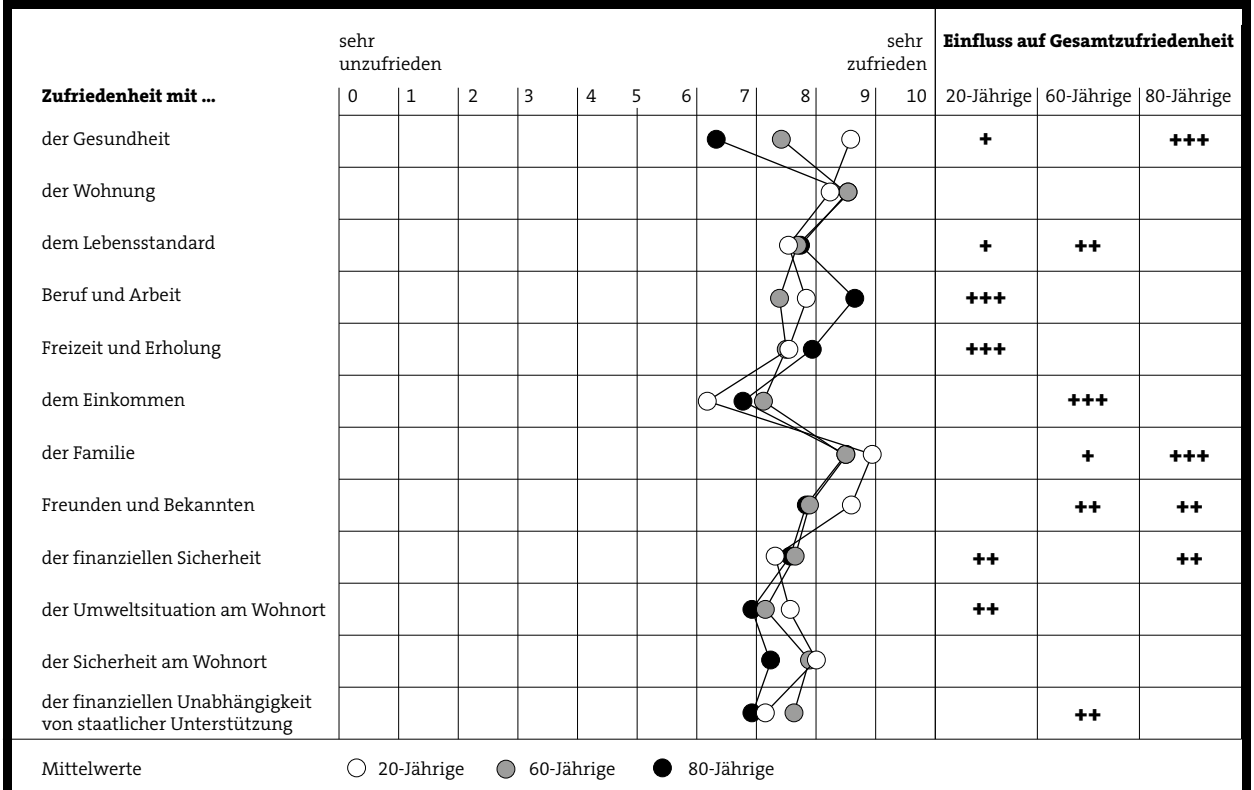


n = 20.034 Befragte ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex), 2018

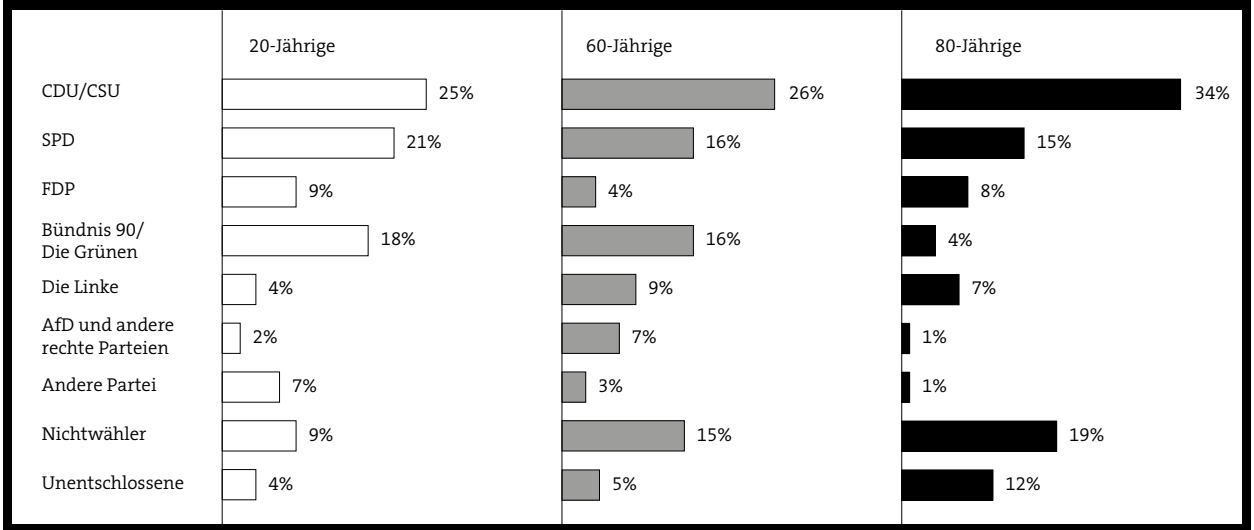
infas

Nicht Gewichtungsbestandteil, aber gleichwohl hervorzuheben ist vor dem anschließenden Blick auf Einstellungsmerkmale ein weiterer Unterschied. Dies betrifft den Migrationshintergrund. Dazu werden in der ilex-Befragung Angaben zur Herkunft der Befragten sowie der ihrer Eltern- und Großelterngeneration erhoben. Wird der Migrationsstatus anhand dieser Angaben für sich selbst und die davor liegende Generation eingeordnet, weisen die Sechzigjährigen einen Migrationsanteil von 25 Prozent auf. Unter den Achtzigjährigen fällt er nur etwa halb so groß aus. Doch bei den Zwanzigjährigen überschreitet er bereits die 40-Prozent-Marke. Ein Anzeichen für eine dynamische Entwicklung, die auch hinsichtlich

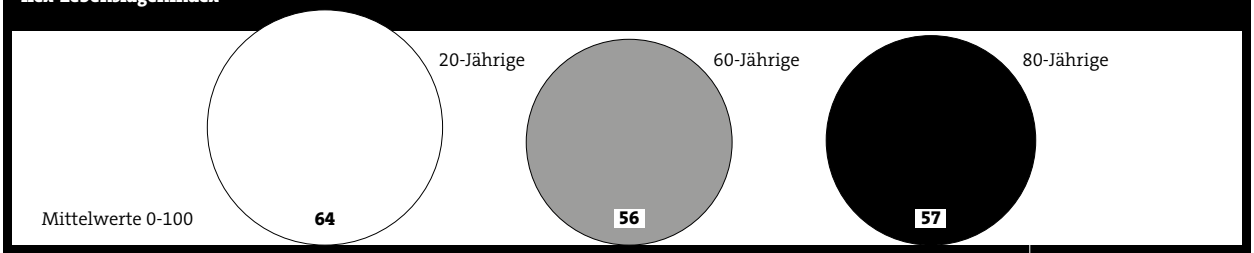
Meinungen und Einstellungen: Sechzig-, Achtzig- und Zwanzigjährige im Vergleich



Wer wählt - und welche Partei?



ilex-Lebenslagenindex



n = 20.034 Befragte ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex), 2018

infas

der folgenden Meinungs- und Einstellungsbilder wirksam sein dürfte.
Innerhalb der ilex-Erhebung wird differenziert nach zwölf Lebensdimensionen nach der subjektiven Lebenszufriedenheit gefragt. Die Operationalisierung erfolgt anhand einer 11-stufigen Skala von 0, für „überhaupt nicht zufrieden", bis 10, für „sehr zufrieden".

Absicherung prägt die Zufriedenheit der Sechzigjährigen

Der Vergleich zwischen den drei ausgewählten Alterssegmenten zeigt zwei Auffälligkeiten: Bezogen auf die mittlere Zufriedenheit ergeben sich mit Durchschnittswerten von über 7 durchweg Werte in der oberen Hälfte der Skala. Einzige Ausnahme sind nachvollziehbarerweise ausgeprägtere gesundheitliche Einschränkungen, die bei der Bewertung der eigenen Gesundheit unter den Achtzigjährigen eine Rolle spielen. Alle übrigen Zufriedenheitswerte überschreiten die 7er-Schwelle – und unterscheiden sich zwischen den drei Gruppen kaum. Doch ist auch hier eine Ausnahme zu verzeichnen. Die Sechzigjährigen weisen bei Aspekten der persönlichen finanziellen Situation, nämlich der „finanziellen Sicherheit" sowie der „finanziellen Unabhängigkeit von staatlicher Unterstützung" die höchsten Zufriedenheitswerte auf. Doch fällt der Vorsprung nicht gravierend aus und bei weiteren Merkmalen – außer dem Gesundheitsaspekt – rangieren alle drei Alterssegmente bezogen auf den Mittelwert eng und in der Regel ohne signifikante Unterschiede beieinander.
Unsere hier besonders im Fokus liegenden Sechzigjährigen reihen sich in der Regel – ganz wie ihr Alter – in einer mittleren Position und oft etwas näher an den Achtzig- als den Zwanzigjährigen ein. Mit am höchsten fällt ihre Zufriedenheit mit Aspekten des „Aufgehobenseins" aus. Dazu zählen die eigene Wohnung sowie die Familie und der Freundes- und Bekanntenkreis. Allerdings gilt dies für alle drei betrachteten Phasen des Lebensalters in ähnlicher Weise.
Werden die einzelnen deskriptiven Werte jedoch multivariat genauer unter die Lupe genommen, zeigen sich aufschlussreiche Unterschiede: Eine multiple Regressionsanalyse, die die einzelnen Zufriedenheitswerte auf ihren Erklärungsbeitrag bezogen auf die ebenfalls erfragte Gesamtzufriedenheit hin betrachtet, liefert für alle Gruppen eine gute Aufklärung mit einem jeweiligen r^2 von knapp 0,40 – eine Information für die Statistikexpertinnen und -experten in der Leserschaft. Zwar sollten diese Ergebnisse angesichts der verfügbaren Fallzahlen nur als Hinweis interpretiert werden, doch zeichnen sie ein interessantes Bild. Insgesamt stellt sich die Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard als stärkster Treiber heraus. Doch in der Gruppe der Sechzigjährigen spielen zusätzlich die finanziellen Aspekte eine ähnlich große Rolle. Das Erreichte und dessen Absicherung prägen also ihre Wahrnehmung am deutlichsten. Unter den Zwanzigjährigen ist dies anders: Zwar ist die Absicherung hier ebenfalls wichtig, doch viel stärker wirken berufliche Zufriedenheit wie auch die Zufriedenheit mit „Freizeit und Erholung". Die „Umweltsituation am Wohnort" hat bei der gesamten Lebenszufriedenheit im jüngsten Segment ebenfalls einen relativ hohen Stellenwert. Dieses Merkmal zahlt dagegen weder bei den Sechzig- noch den Achtzigjährigen signifikant auf die Gesamtzufriedenheit ein. Bei den 80-ern stehen stattdessen neben der finanziellen Sicherheit die eigene Gesundheitssituation sowie soziale Aspekte wie die Familie und der Freundes- und Bekanntenkreis an vorderster Stelle.

Gibt es eine klare bürgerliche politische Mehrheit unter den Sechzigjährigen?

Spiegelt sich das Primat der Abgesichertheit unter den Sechzigjährigen auch in der Wahlabsicht und ihrer politischen Orientierung? Zwar liefert die ilex-Erhebung hierzu „nur" einen Querschnitt über die in der Zeitspanne zwischen 2007 und 2019 gesammelten Antworten der Befragten aus den drei Alterssegmenten, doch hat dies den Vorteil, unabhängig von aktuellen Effekten eher die grundsätzlichen Präferenzen abzubilden.
Die Befragung enthält zum Wahlverhalten verschiedene Indikatoren. Ausgewählt werden soll hier die klassische Sonntagsfrage. Die Antworten legen unter den Sechzigjährigen tatsächlich noch immer leichte Präferenzen für das althergebrachte bürgerliche Lager aus CDU/CSU und der FDP nahe. Doch bezogen auf diejenigen, die tatsächlich zur Wahl gehen würden, wären diese Anteile nur mehrheitsfähig, wenn die Wählerinnen und Wähler der Grünen oder aber die der SPD mit einbezogen werden. Beide Parteien liegen in der dargestellten Langfristsicht gleichauf, die Grünen sind hier also fest etabliert. In der Folge würde es auch die große Koalition aus CDU/CSU und der SPD bei den 60 Jahre alten aktiven Wählerinnen und Wählern nur knapp über die 50-Prozent-Marke schaffen. Und nicht überzuinterpretieren, aber zu erwähnen ist der im Vergleich der drei Altersgruppen höchste Wert für die AfD. Insgesamt zeigt sich unter den Sechzigjährigen also ein recht gutes Abbild der aktuellen Gesamtsituation in der Wählerschaft. Unsere Sechzigjährigen wären also vermutlich ein guter Proxy für das generelle Wahlergebnis.
Deutlich bürgerlich-konservativer würde das Wahlergebnis unter den befragten Achtzigjährigen ausfallen. Diejenigen, die aus dieser Gruppe voraussichtlich den Weg ins Wahllokal antreten würden, würden sich etwa zur Hälfte für die CDU/CSU entscheiden. Hinzu kämen mehr als 10 Prozent FDP-Kreuze auf diesen Stimmzetteln. Unter den Zwanzigjährigen wäre das Spektrum dagegen bürgerlich-vielfältig und eine Mehrheitsbildung nur auf Basis dieser Stimmen anspruchsvoll. Auch sie würden einer großen Koalition nur sehr knapp zu einer Mehrheit verhelfen, den Grünen immerhin ein Fünftel ihrer Stimmen geben und gegenüber der Linken skeptischer sein als die Sechzigjährigen.

Werden bei der Betrachtung der Unterschiede auch die mutmaßlichen Nicht-Wähler mit einbezogen, zeigt sich im ältesten der herangezogenen Alterssegmente der größte Abstinenzanteil. Bei den 60ern fällt er noch kleiner aus und unter den 20ern nimmt er noch etwas weiter ab – so zumindest das direkte und nicht weiter aufbereitete Ergebnis in der Befragungssituation am Telefon.
Möglicherweise robuster als die auf die Sonntagsfrage geäußerte Wahlabsicht ist die ebenfalls erhobene Rechts-Links-Selbsteinstufung. Ihr Ergebnis weist jedoch in eine ganz ähnliche Richtung. Werden die hier auf einer Skala von 0 bis 10 abgefragten Selbsteinstufungen betrachtet, wobei die 0 in diesem Fall für „sehr links" und die 10 für „sehr rechts" steht, zeigt sich die größte eher linksgerichtete Mehrheit in der Gruppe der Sechzigjährigen. Dazu werden alle Einstufungen von 0 bis 5 addiert. Diese Summe erreicht bei den Zwanzigjährigen gut die Hälfte, bei den Sechzigjährigen über drei Viertel und bei den Achtzigjährigen nur knapp 40 Prozent. Hohe Anteile für die rechte Seite verzeichnen dagegen sowohl die jüngste als auch die älteste der drei Gruppen.

ilex
Der Lebenslagenindex

Der Lebenslagenindex ilex ist ein von infas berechneter subjektiver Sozialindikator für die Bundesrepublik Deutschland.
Er stellt Informationen zur gesellschaftlichen Ungleichheit in Deutschland zur Verfügung. Die Trenderhebungen zeigen im Zeitverlauf Fortschritte oder Rückschritte der Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger. Sie verweisen auf Prozesse sozialer Exklusion sowie auf gruppenspezifische Risiken.
Der ilex erfasst dabei die Dimensionen „Lebensbedingungen", „individuelle Lage" und „Zukunftserwartung". Er wird seit 2007 in bislang neun Wellen in bundesweit repräsentativen Bevölkerungsbefragungen mit jeweils unabhängigen repräsentativen Stichproben und einem Umfang von 1.500 Interviews erhoben. Die Einstufung zum ökonomischen Status (in fünf Kategorien von sehr niedrig bis sehr hoch) wurde anhand einer empirischen Matrix aus Haushaltsnettoeinkommen und gewichteter Haushaltsgröße vorgenommen.

Ein überraschendes Ergebnis im Lebenslagenindex

Zum Abschluss der Betrachtungen soll noch ein Blick auf den eigentlichen Lebenslagenindex ilex und seine Ergebnisse für die drei verfolgten Alterssegmente geworfen werden. Der ilex ist ein verdichteter Indikator, der vor allem verschiedene Teilhabe-Aspekte einbezieht und in einem Indexwert zugänglich macht (siehe Kasten). Der Index kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen, wobei die 100 eine maximal positive Lebenslage ausdrückt. Hier zeigt sich Überraschendes, obwohl auch in dieser Frage die verfügbaren Fallzahlen pro Alterssegment Grenzen setzen. Den höchsten Indexwert erreichen nicht, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre, die absicherungsorientieren Sechzigjährigen, die viele Jahre Zeit hatten, sich eine gute Teilhabereserve zu schaffen. Sie liegen mit 56 Indexpunkten etwa gleichauf mit den Achtzigjährigen. Mit 64 Punkten rangieren stattdessen die Zwanzigjährigen an erster Stelle, immerhin ein statistisch signifikanter Unterschied. Er zeigt sich nicht nur im Mittelwerts-, sondern auch im Gruppenvergleich. Werden die Indexpunkte genutzt, um drei Lebenslagengruppen wie „niedrig", „mittel" und „hoch" zu bilden, ergibt sich bei den Zwanzigjährigen der höchste Anteil für die „hohe" Lebenslage. Da der Index nicht nur Status-quo-Merkmale, sondern auch eine ganze Reihe von Einschätzungen zur persönlichen Zukunft umfasst, sollte dieses Ergebnis Mut machen.

Die Mischung macht es

Diese Zuversicht gilt nicht in erster Linie den Sechzigjährigen. Vielmehr lässt es, entgegen mancher Skepsis, auf die Entwicklung und das Engagement der jungen Generation hoffen, hier vertreten durch die ausgewählten Zwanzigjährigen. Übertragen auf den Ausgangspunkt und Anlass unserer kleinen Betrachtung, das 60-jährige Institutsbestehen von infas, bedeuten die Ergebnisse vielleicht zweierlei: Die arrivierte Abgesichertheit, die für die sechzigjährigen Befragten deutlich wurde, hilft auch ihnen beim Blick nach vorne mit Stolz auf das Erreichte und Routine für die kommenden Jahre. Aber die Zuversicht der Nachkommenden sollte ebenso zum Bestandteil der Zukunft werden. So kann die augenzwinkernd begonnene Reise durch nur wenige ausgewählte empirische Merkmale und ihre Ausprägungen in den drei ausgewählten Altersgruppen Ansporn sein, beides miteinander zu verbinden.

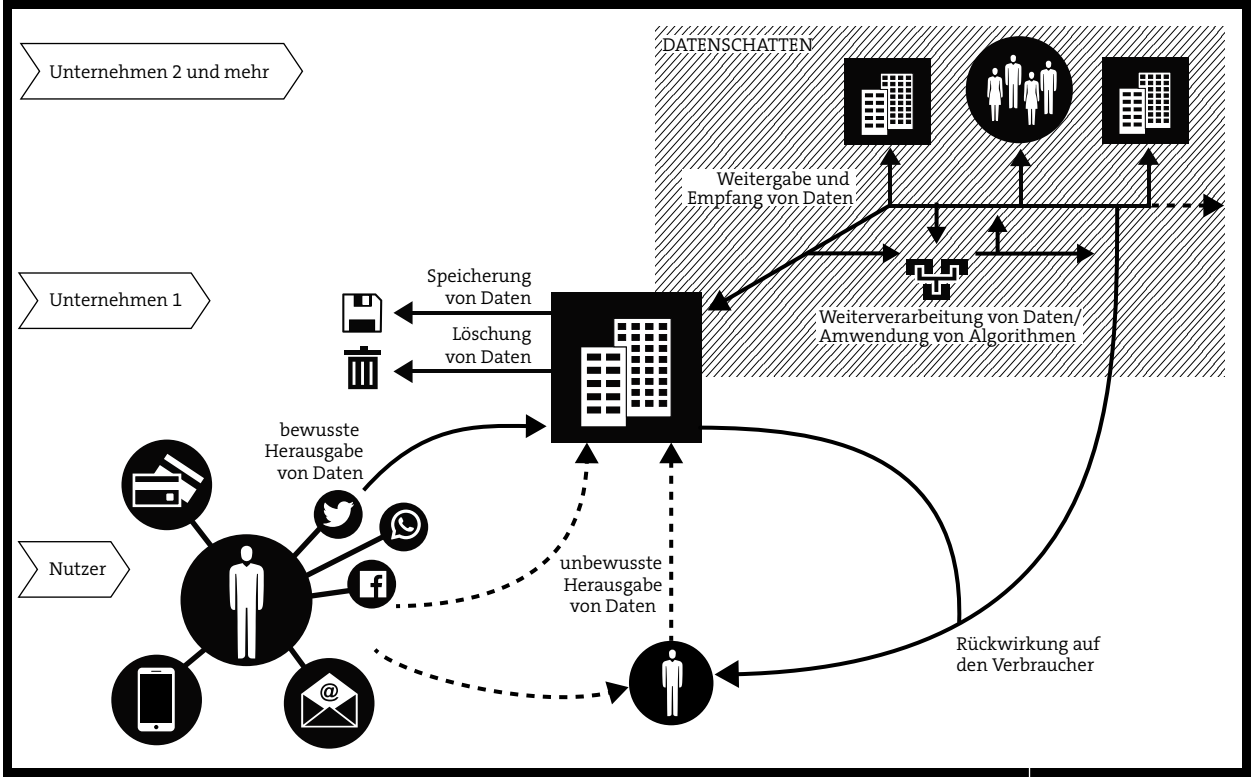
Zum Weiterlesen
Eine subjektive Literaturauswahl
Silvia Bovenschen: Älter werden. Notizen
Paul Auster: Das rote Notizbuch. Wahre Geschichten
Annie Ernaux: Der Platz

Dem Datenschatten auf der Spur

Von Janina Belz

Wer kennt es nicht, das unbehagliche Gefühl, das sich einstellt, wenn wir an unsere täglichen Spuren im Netz denken und uns fragen, was mit den digitalen Fußabdrücken passiert, die wir bei der Nutzung von Smartphones, Internet und „smarten“ Anwendungen hinterlassen?
Im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) führte infas 2018 eine Studie zum „Datenschatten“ durch. Untersucht werden sollte, welche persönlichen Daten Verbraucherinnen und Verbraucher digital im Alltag tatsächlich hinterlassen und wie Unternehmen diese nutzen. Die Studie zielte nicht auf repräsentative Aussagen, sondern sollte Zusammenhänge aufdecken. Über 200 Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer gewährten infas in einer dreimonatigen Feldphase Einblicke in ihre Smartphone- und Internet-Nutzung. Mehrfache Online-Befragungen und eine speziell hierfür entwickelte Smartphone-App (App „Tracy“) maßen das Verhalten und die Aktivitäten der Teilnehmer.
Zusätzlich wurden 30 auf dem deutschen Markt tätige, marktrelevante Unternehmen um Auskunft gebeten, welche Daten ihnen von den Studienteilnehmern vorlie-

Der Datenschatten in der digitalen Welt: Komplexes, schwer zu überblickendes Gebilde



Quelle: Verbraucherspuren in der digitalen Welt, 2018

infas

gen und zu welchen Zwecken sie diese verwenden. Dafür stellte infas im Auftrag der Projektteilnehmer Anträge auf Datenselbstauskunft nach § 34 BDSG – eine noch nie in einer sozialwissenschaftlichen Studie praktizierte Form der Datenerhebung.

Ein Modell des Datenschattens

Der Datenschatten eines Verbrauchers wurde definiert als Gesamtheit aller über ihn erhobenen Daten, verteilt über die speichernden Institutionen. Darüber hinaus streut er in solche, die selber keine Daten speichern, jedoch über andere Institutionen jederzeit darüber verfügen können. Untersuchungsgegenstand für die vorliegende Studie war einerseits der wahrgenommene Datenschatten, der durch Befragung der Projektteilnehmer ermittelt wurde, andererseits der tatsächliche, der bei den Institutionen ermittelt wurde.

Die Resultate der insgesamt knapp 5.000 Anträge auf Selbstauskunft fielen nicht wie erwartet aus. Insgesamt verweigerten 17 der 30 Unternehmen hier die Teilnahme. Begründet wurde das mit unterschiedlichen Argumentationen, weshalb der § 34 BDSG aus Unternehmenssicht nicht angewendet werden könne. Insgesamt ergab sich die aus Projektsicht bedauerliche, aber inhaltlich aufschlussreiche Einsicht, dass Quantität und Qualität des Datenschattens mit dem Instrument der informationellen Selbstauskunft nicht verlässlich empirisch ermittelt werden können.

Informationen zu Ableitungen enthalten selbst die erteilten Auskünfte nur sehr eingeschränkt. Selbst vollständige Rückmeldungen hätten sich vermutlich in der Angabe statistischer Daten erschöpft. Ihre Nutzung würde daher die Komplexität des tatsächlich bereits bestehenden Datenschattens deutlich unterschätzen.

Um sich dem Datenschatten ersatzweise auch ohne Unterstützung von Unternehmensseite empirisch anzunähern, wurden Ergebnisse aus den Befragungen sowie der Beobachtung über die App „Tracy“ in einem näherungsweisen „Datenschatten-Index“ miteinander kombiniert.

Ein mehrdimensionaler Datenschattenindex

Genutzt wurden die Befragungsdaten über die Anzahl von Online-Konten, die Nutzung „smarter“ Geräte, persönlich getroffene Sicherheitsmaßnahmen, genutzte Websites und Art der Kontakte mit den betreffenden Unternehmen. Eine weitere Datenquelle bilden die via „Tracy“-App erhobenen Kennwerte zu den auf dem Smartphone installierten App-Prozessen, zu Nutzungsdauern und GPS-Tracking. Beide Datenquellen wurden in einem „Datenschattenindex“ zusammengeführt und multivariat statistisch gewichtet.

Der Index gibt insbesondere darüber Auskunft, ob und inwieweit sich Personen mit besonders hoher von solchen mit mittlerer oder niedriger Online-Aktivität unterscheiden. Zu erwarten wären Differenzen, die zumindest proportional zur gemessenen Aktivität sind. Also ein sehr großer Datenschatten bei Befragten mit hoher und ein entsprechend kleinerer bei Befragten mit geringer Aktivität. Das Ergebnis zeigt, dass sich dies deutlich moderater verhält als angenommen. Die Datenschattenwerte liegen für die untersuchten Gruppen relativ eng beieinander. Also weisen auch Personen mit der Einstufung einer geringen Aktivität einen bereits recht hohen Datenschattenindex auf. Der Datenschatten wächst bereits heute weitgehend unabhängig von individuellem Handeln. Dies wird in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach mit hoher Dynamik zunehmen, sodass sich individuelle Datenschattenvolumen immer mehr angleichen. Zudem lässt sich ableiten, dass bereits wenige Alltagsaktivitäten genügen, um eine größere Anzahl von Datenspuren zu hinterlassen. Der Datenschatten ist kein überschaubares, quasi statistisches digitales Abbild einer analogen Person, sondern weist eine sehr viel höhere Dynamik auf. Die Einflussmöglichkeiten der Verbraucher auf die Vermeidung von Datenspuren stellen sich als relativ begrenzt heraus. Ein Rückzug aus digitalen Angeboten ist wenig realistisch und Verbraucher können die Nutzung ihrer heute bereitgestellten Daten in der Zukunft nicht voraussehen.

Anstöße für die Verbraucherpolitik

Die vorliegenden empirischen Ergebnisse über das Verhalten und Erleben einer an Datenthemen besonders interessierten Verbraucherstichprobe gibt Anstöße für die künftige Verbraucherpolitik in diesem Feld und regt dazu an, eine Regulierung des Datenschattens in erster Linie nicht von der Entstehungsseite und der bisherigen Entwicklung aus anzugehen, sondern ihn stattdessen von seinen zukünftigen Potenzialen aus zu betrachten und verbraucherpolitisch wie gesetzgeberisch zu begleiten. Dies gilt umso mehr, wenn ins Bewusstsein rückt, dass individuelle Datenspuren nicht nur Spuren sind, sondern bereits gegenwärtig und zukünftig zunehmend zu individuellem ökonomischem Kapital werden, das einem Verbraucher ähnlich wie der Inhalt seiner Geldbörse den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen ermöglicht. Die befragten Probanden äußern die Erwartung eines komplexen und verantwortungsvollen Handlungsfelds – nicht zuletzt mit Blick auf die verantwortlichen Institutionen. Dem Gesetzgeber sowie den Vertretern von Staat und Politik wird dabei im Schutz von Verbraucherdaten eine maßgebliche Verantwortung zugeschrieben. Auch die möglichen Nutznießer eines Datenschattens auf Unternehmensseite werden hier in hohem Maße in der Pflicht gesehen. Daher wird es auf eine Regulierung ankommen, die dem Verbraucher verbesserte Möglichkeiten für selbstbestimmte Entscheidungen an die Hand gibt und ihn gleichzeitig an anderer Stelle schützt.

Zum Weiterlesen:
Studie „Verbraucherspuren in der Digitalen Welt – Wie groß und wie nutzbar ist der Datenschatten?“ (online auf der Webseite des BMJV verfügbar)

Schulische Inklusion auf dem Prüfstand

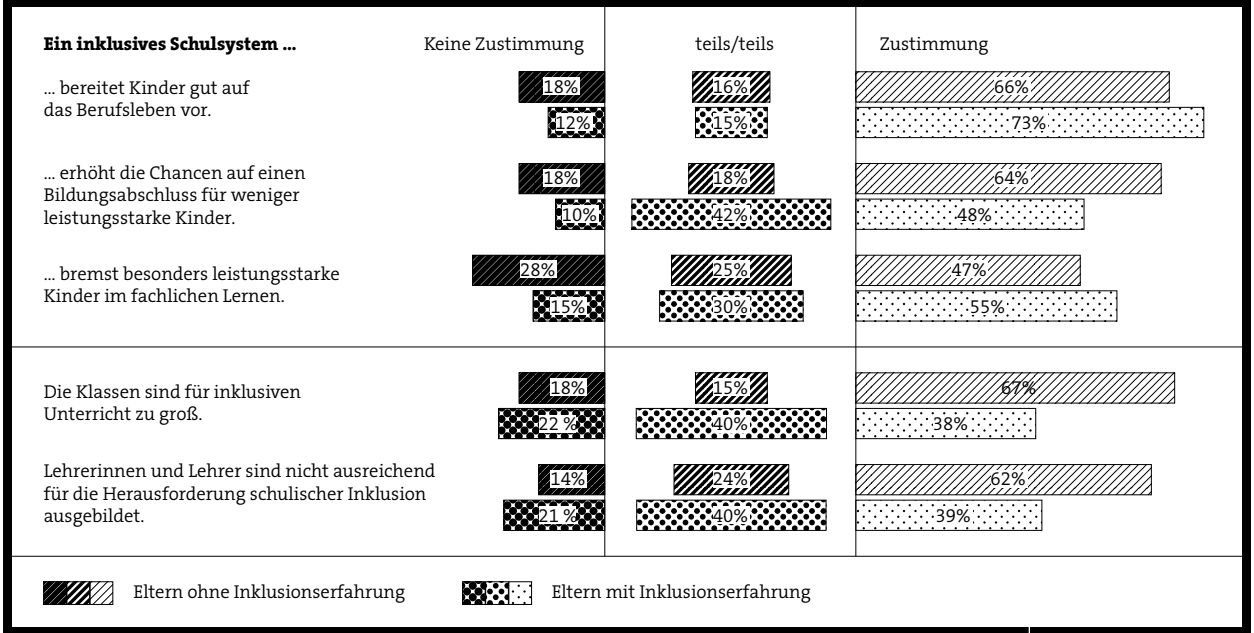
Von Maurice Meyer, Michael Ruland, Stefan Sandner, Andrea Suda

Deutschland hat im Jahr 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ratifiziert. Aber auch zehn Jahre nach Inkrafttreten ist die Verpflichtung, ein inklusives Bildungssystem einzuführen, noch nicht verwirklicht. In der Öffentlichkeit, vor allem aber unter Pädagogen und Eltern, wird das Thema nach wie vor kontrovers diskutiert. Aus diesem Anlass hat infas gemeinsam mit der Aktion Mensch und der Wochenzeitung DIE ZEIT eine Studie zum Thema „Schulische Inklusion" durchgeführt. Wird Inklusion als wünschenswertes Ziel in unserer Gesellschaft anerkannt? Welche Erwartungen bestehen hinsichtlich der Auswirkungen von inklusivem Unterricht? Wie wird die gegenwärtige Umsetzung schulischer Inklusion bewertet?

Um diesen Fragen nachgehen zu können, hat infas im Feburar 2019 eine repräsentative Stichprobe von rund 1.500 Erwachsenen telefonisch nach ihren Einstellungen zu gesellschaftlicher und schulischer Inklusion gefragt. In der Stichprobe waren Eltern schulpflichtiger Kinder überproportional vertreten. Die Eltern wurden gefragt, ob ihr Kind eine Schule besucht, an der gleichermaßen Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen oder Behinderungen unterrichtet werden. Somit liegen Aussagen für Eltern mit und ohne Inklusionserfahrung vor.

Zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-BRK besteht in der bundesdeutschen Bevölkerung ein hohes Maß an Zustimmung zu den Zielen einer vollen und wirksamen Teilhabe beeinträchtigter und behinderter Menschen. 85 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Menschen mit und ohne Beeinträchtigung in unserer Gesellschaft

Beurteilung des inklusiven Schulsystems:
Ziele werden befürwortet, aber die Praxis teilweise bemängelt



nur gültige Angaben, an 100%-Fehlende: rundungsbedingt
Quelle: Befragung zur schulischen Inklusion, 2019, im Auftrag von Aktion Mensch

infas

gleichberechtigt zusammenleben sollten. Und fast die gesamte Bevölkerung (94 Prozent) ist der Meinung, dass Kinder mit und ohne Beeinträchtigung in ihrer Freizeit die Möglichkeit haben sollten, gemeinsam aufzuwachsen. Gemeinsamen Unterricht in der Schule befürworten hingegen nur 66 Prozent der Bevölkerung. Bei der Gruppe der Eltern mit Inklusionserfahrung ist die Zustimmung zu schulischer Inklusion mit 78 Prozent allerdings deutlich höher als bei Eltern ohne Inklusionserfahrung (61 Prozent). Möglicherweise wählen Eltern, die sich für inklusiven Unterricht aussprechen, bewusst diese Schulen aus, weil sie das Konzept befürworten. Unter Umständen führen aber auch positive Erfahrungen mit dem inklusiven Unterricht zu einer höheren Zustimmung.

Einschätzung zu Auswirkungen schulischer Inklusion

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist von positiven Effekten schulischer Inklusion überzeugt: Mehr als drei Viertel der Befragten stimmen zu, dass sie zu mehr Toleranz, einem besseren Miteinander sowie einer höheren Engagement-Bereitschaft führt. Zudem wirke sie sich positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung aus.

Zurückhaltender wird der inklusive Unterricht jedoch dann beurteilt, wenn es um Fragen der Leistungsförderung der Kinder geht: Lediglich 60 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass ein inklusives Schulsystem gut auf das Berufsleben vorbereitet. Zudem besteht die Einschätzung, dass Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus nicht gleichermaßen gefördert werden können: Rund die Hälfte (52 Prozent) der Befragten glaubt, das besonders leistungsstarke Kinder im fachlichen Lernen gebremst werden. Die tendenziell kritischen Einstellungen der Befragten werfen die Frage auf, wie Eltern mit und ohne Inklusionserfahrung die Auswirkungen schulischer Inklusion beurteilen.

55 Prozent der Eltern mit Inklusionserfahrung meinen, dass ein inklusives Schulsystem besonders leistungsstarke Kinder im fachlichen Lernen bremse. Dieser Meinung sind nur 47 Prozent der Eltern ohne Inklusionserfahrung. Lediglich 48 Prozent der Eltern mit Inklusionserfahrung erwarten eine Verbesserung der Bildungschancen für weniger leistungsstarke Kinder. In der Gruppe der Eltern ohne Inklusionserfahrung liegt dieser Anteil bei 64 Prozent.

Möglicherweise sind Eltern, deren Kinder gegenwärtig eine Inklusionsschule besuchen, stärker dafür sensibilisiert, dass der Unterricht von heterogenen Klassen besondere Anforderungen an Schulen und Lehrpersonal stellt. Auch hier könnten die konkreten Erfahrungen zu diesem Meinungsbild führen. Auffällig ist auch, dass Eltern mit Inklusionserfahrung auf die Frage nach der Förderung leistungsstarker bzw. leistungsschwacher Kinder häufig mit „teils/teils“ (mit 30 bzw. 42 Prozent) antworten, was darauf hindeutet, dass sie innerhalb ihrer Schulen unterschiedliche Erfahrungen mit der Leistungsförderung machen und daher die Wirkung von schulischer Inklusion differenzierter einschätzen.

Während die Bevölkerung die Auswirkungen von inklusivem Unterricht auf das soziale Miteinander positiv einschätzt, fällt das Urteil über die Umsetzung schulischer Inklusion skeptischer aus. 40 Prozent aller Befragten bezweifeln, dass Lehrerinnen und Lehrer die Herausforderungen des Unterrichts an Inklusionsschulen bewältigen können. 57 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Lehrkräfte nicht ausreichend für die Herausforderungen schulischer Inklusion ausgebildet sind und 63 Prozent der Befragten meinen, dass die Klassen für inklusiven Unterricht zu groß sind.

Ein weiteres Problem wird in fehlendem Personal gesehen. 55 Prozent aller Befragten sind der Ansicht, dass es an Inklusionsschulen nicht ausreichend Sozialund Sonderpädagoginnen und -pädagogen sowie Schulpsychologinnen und -psychologen gibt. 68 Prozent der Befragten glauben sogar, dass es nicht genügend Lehrkräfte für den inklusiven Unterricht gibt.

Eltern, deren Kinder eine Inklusionsschule besuchen, sagen deutlich häufiger (zu 82 Prozent) als Eltern ohne Inklusionserfahrung (zu 70 Prozent), dass es nicht genügend Lehrkräfte zur Gestaltung des inklusiven Unterrichts gibt. Möglicherweise machen Eltern, deren Kinder inklusiv unterrichtet werden, die Erfahrung, dass die Belastung für einzelne Lehrkräfte zu hoch ist.

Dies zeigt sich auch bei den Fragen nach zu großen Klassen und der ausreichenden Lehrerausbildung: Auf beide Fragen antworten Eltern mit Inklusionserfahrung jeweils zu 40 Prozent mit „teils/teils“. Das deutet darauf hin, dass diese Eltern sehr unterschiedliche Erfahrungen in ihren jeweiligen Schulen machen.

Zehn Jahre nach Ratifizierung der UN-Konvention besteht in der Breite der bundesdeutschen Bevölkerung ein hohes Maß an Zustimmung zu den Zielen einer vollen und wirksamen Teilhabe beeinträchtigter und behinderter Menschen an der Gesellschaft. Sofern es um ganz allgemeine gesellschaftliche Auswirkungen – wie soziales Miteinander oder Toleranz – geht, wird die Idee der inklusiven Schule von der Bevölkerung Deutschlands mehrheitlich positiv beurteilt.

Zurückhaltender wird der inklusive Unterricht jedoch beurteilt, wenn es um Fragen der Förderung der Kinder geht. Ein inklusives Schulsystem erhöhe zwar die Chancengleichheit, jedoch gibt es auch die Befürchtung, dass Kinder mit unterschiedlichen Leistungsniveaus nicht gleichermaßen gefördert werden können.

Mit Blick auf die konkrete Umsetzung schulischer Inklusion zeigt sich die Bevölkerung noch vergleichsweise kritisch. Lehrende Fachkräfte werden nicht als hinreichend gerüstet gesehen, zudem sieht man Klassengrößen und Personalausstattung als nicht adäquat an. Eltern, die bereits selbst Erfahrungen mit Inklusionsschulen haben sammeln können, sind in ihrem Urteil etwas positiver, sehen aber ebenfalls das Lehrpersonal noch vor großen Herausforderungen.

Zum Weiterlesen:
www.aktion-mensch.de/studie-inklusion-schule

Verkehrswende in Sicht?

Mobilität in Deutschland

Von Dana Gruschwitz

Im ersten Moment überrascht das Thema „Mobilität“ im Zusammenhang mit dem Titel des Heftes. Es scheint sich bei „Mobilität“ um einen Gegensatz zum „Innehalten“ zu handeln. Immerhin steckt „halten“ in dem Begriff und bedeutet er doch, eine Tätigkeit kurz zu unterbrechen, sich zu sammeln und neu zu orientieren. Wie passt Mobilität dazu?

Der Widerspruch kann mit zwei Aspekten aufgelöst werden. Zum einen gehört auch das Nicht-Mobilsein zur Mobilität. Etwa 15 Prozent der Bevölkerung gehen an einem durchschnittlichen Tag keiner Aktivität außer Haus nach und im Schnitt ist jede und jeder Deutsche an einem durchschnittlichen Tag etwa 80 Minuten unterwegs. Den Rest der Zeit verbringen wir an den aufgesuchten Orten. Zum anderen ist Mobilität in den allermeisten Fällen kein Selbstzweck, sondern bringt uns an einen Ort, an dem wir etwas tun möchten oder sollen: der Weg zur Arbeit oder Schule, der Weg zum Einkaufen, in den Urlaub oder nach Hause.

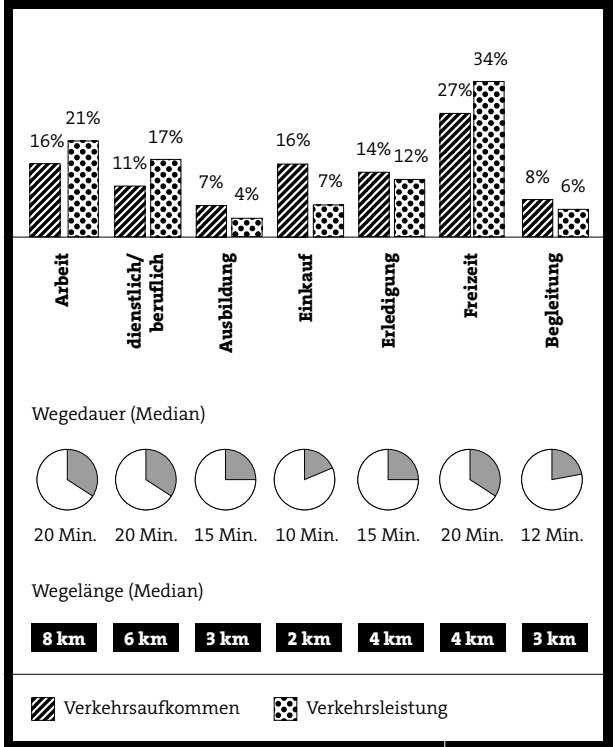
Der Weg zwischen zwei Orten grenzt dabei häufig unterschiedliche Aktivitäten voneinander ab und wird zur Unterbrechung. Gerade Routinewege geben uns die Möglichkeit, die zurückliegenden Erlebnisse zu reflektieren und uns auf die nächste Aktivität einzustellen. Unterwegssein kann also auch eine Pause sein, die es uns ermöglicht, innezuhalten.

Vielfältige Anlässe für Mobilität

Überraschend ist häufig die Erkenntnis, dass Arbeitswege, das heißt die Wege zur und von der Arbeitsstelle, in Deutschland keineswegs dominieren. Zusammen mit den dienstlichen Wegen und Ausbildungswegen machen diese nur etwa ein Drittel aller unternommenen Wege aus. Jeweils ein weiteres Drittel werden für Erledigungen und Einkäufe sowie für Freizeitzwecke und Begleitungen zurückgelegt. Freizeitzwecke erreichen mit 27 Prozent den höchsten Anteil an allen Wegen. Dahinter verbergen sich ganz unterschiedliche Tätigkeiten, wie ein Besuch oder ein Treffen mit Freunden, Verwandten und Bekannten, sportliche Aktivitäten, ein Spaziergang oder das Ausführen eines Hundes oder der Besuch eines Restaurants, einer Gaststätte oder Kneipe.

Bezüglich der Anlässe gibt es kaum regionale Unterschiede, aber deutliche Verschiebungen zwischen den Lebensphasen. So machen Wege zur Schule oder einer

Mobilitätsanlässe: Arbeitswege am weitesten



n = 960.619 Wege
Quelle: Mobilität in Deutschland, 2017

infas

anderen Ausbildungseinrichtung bei den Schülerinnen und Schülern erwartungsgemäß einen großen Anteil aus. Im Erwerbsleben dominieren Wege im Zusammenhang mit der Arbeit den Mobilitätsalltag deutlicher, während diese Anlässe im Ruhestand wenig überraschend fast keine Rolle mehr spielen.

Das Auto dominiert die Verkehrsmittelwahl

Beim Blick auf die Verkehrsmittelwahl der deutschen Bevölkerung fällt die deutliche Dominanz des motorisierten Individualverkehrs (MIV) auf, was in den allermeisten Fällen das Auto meint. Das überrascht wenig, denn neben Komfort bietet es auch einen temporären Rückzugsraum. Mit 57 Prozent wird es auf mehr als der Hälfte aller Wege genutzt und die Fahrerinnen und Fahrer sitzen überwiegend allein darin. 43 Prozent der Wege werden hingegen mit Verkehrsmitteln des sogenannten Umweltverbundes zurückgelegt. Überwiegend kurze Fußwege machen davon den größten Teil aus, während Wege mit den öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖV) und dem Fahrrad einen Anteil von 10 beziehungsweise 11 Prozent haben.

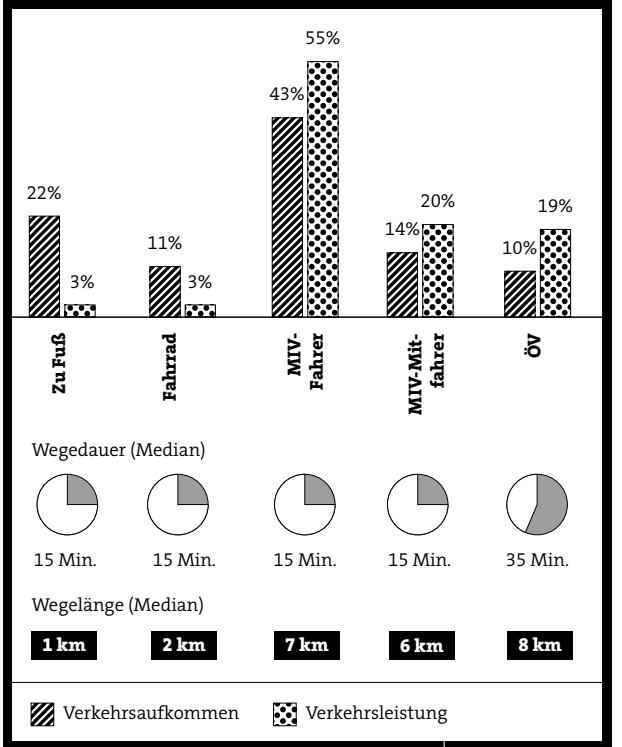
Der Stellenwert des Autos wird noch deutlicher, wenn die zurückgelegten Kilometer für die Berechnung der Anteile zugrunde gelegt werden. Dann verschiebt sich das Verhältnis zwischen dem motorisierten Individualverkehr (in der Regel dem Auto) und dem Umweltverbund von 57 zu 43 auf 75 zu 25 Prozent. Eine Verlagerung zu den nachhaltigeren Verkehrsmitteln des Umweltverbundes ist aktuell allenfalls in Ansätzen und dann auch nur innerhalb der größeren Städte zu beobachten. Dort erreicht der Umweltverbund einen Anteil von 62 Prozent aller Wege und dominiert klar die Verkehrsmittelwahl der Metropolbewohnerinnen und -bewohner. In den kleinstädtischen und dörflichen Räumen der ländlichen Regionen sinkt dieser Anteil auf etwa 30 Prozent.

Neben der Trennlinie zwischen Stadt und Land verläuft eine weitere zwischen den Altersgruppen und Lebensphasen. Die Verkehrsmittelwahl junger Erwachsener unterscheidet sich zum Teil deutlich von der Verkehrsmittelwahl der mittleren Altersstufen. Junge Erwachsene nutzen die Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel deutlich häufiger, vor allem dann, wenn sie in der Ausbildung sind und über vergleichsweise geringe Einkommen verfügen. Die Semester- und Ausbildungstickets werden in dieser Lebensphase häufig genutzt, sodass sich der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel in diesen Altersgruppen verdoppelt.

Das Auto ist der Deutschen liebstes Verkehrsmittel

Danach gefragt, welches Verkerhrsmittel im Alltag bevorzugt wird, bestätigt sich die Vorliebe für das Autofahren. 77 Prozent stimmen der Aussage (voll und ganz) zu, dass sie im Alltag gerne mit dem Auto fahren. Für das Fahrrad stimmen lediglich 60 Prozent (voll und ganz) zu und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln sinkt dieser Anteil auf 35 Prozent. Aber auch die Zustimmung zu Bussen und Bahnen variiert mit dem Wohnort. In den Metropolen, wo das Angebot des öffentlichen Verkehrs vergleichsweise gut ausgebaut ist, stimmt die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Aussage zu (57 Prozent), in den kleinstädtischen und dörflichen Räumen der ländlichen Regionen, in denen sich das Angebot häufig auf die Sicherstellung des Schülerverkehrs beschränkt, sinkt dieser Anteil auf 21 Prozent. Umgekehrt verhält es sich bei der Zustimmung zum Autofahren im Alltag. Diese sinkt in den Metropolen auf 58 Prozent und erreicht in den kleinstädtischen und dörflichen Räumen der ländlichen Regionen fast 90 Prozent.

Verkehrsmittelwahl: Das Auto dominiert



n = 960.610 Wege
Quelle: Mobilität in Deutschland, 2017

infas

Trotz der Unterschiede in der alltäglichen Verkehrsmittelwahl ist die Zustimmung zum Autofahren in den verschiedenen Generationen annähernd gleich. Eine Abkehr vom Pkw hin zu nachhaltigeren Verkehrsmitteln des Umweltverbundes wird nicht ohne eine Veränderung der Rahmenbedingungen und zusätzliche Anreize erfolgen. Allerdings sind positive Vorzeichen für eine solche Verkehrswende sichtbar. So ist die Zustimmung zum alltäglichen Bus- und Bahnfahren unter den Jüngeren höher als unter den Älteren. Etwas mehr als die Hälfte der 14- bis 17-Jährigen stimmt der Aussage (voll und ganz) zu, im Alltag gerne mit Bussen und Bahnen zu fahren, während das lediglich ein gutes Drittel in den mittleren Altersgruppen tut.

Eine Analyse der Wegedauern und zurückgelegten Strecken zeigt, dass sich die Verkehrsmittel bei den Entfernungen deutlich unterscheiden. So ist die Hälfte aller Fußwege mit einem Kilometer und die Hälfte aller Fahrradwege mit zwei Kilometern Länge erwartungsgemäß kurz, während Wege, die mit motorisierten Verkehrsmitteln, also mit dem Auto oder den öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen werden, mehrheitlich zwischen sechs und neun Kilometer lang sind. Interessanterweise unterscheidet sich die Wegedauer zwischen den Verkehrsmitteln nur wenig. Hier liegt die mittlere Dauer jeweils bei 15 Minuten. Diese Zeitspanne bietet eine gute Gelegenheit, zwischen zwei Aktivitäten kurz innezuhalten und sich neu zu sammeln. Lediglich die ÖV-Wege benötigen deutlich mehr Zeit und bilden hier eine Ausnahme.

Arbeitsplätze im Schnitt acht Kilometer entfernt

Die weitesten Entfernungen werden mit durchschnittlich acht Kilometern Länge zum Arbeitsplatz sowie aus beruflichen Gründen (sechs Kilometer) zurückgelegt. Für beide Anlässe werden im Schnitt bis zu 20 Minuten aufgewendet. Einkäufe werden in der Regel im Nahbereich innerhalb von zwei Kilometern erledigt. Für die Wege zum Einkauf werden etwa zehn Minuten aufgewendet. Im Zwischenbereich liegen Wege zur Schule oder anderen Ausbildungseinrichtungen, für Erledigungen oder zur Begleitung anderer Personen. Die Wege sind jeweils drei bis vier Kilometer lang und für sie werden 12 bis 15 Minuten benötigt. Zu den Begleitungen gehören das Bringen und Abholen von Kindern durch Erwachsene oder auch die Begleitung der Kinder auf Wegen von Erwachsenen, beispielsweise zum Einkaufen oder zu Erledigungen. Wege, die in der Freizeit unternommen werden, sind mit bis zu 4 Kilometern mehrheitlich eher kurz, nehmen mit 20 Minuten aber ähnlich viel Zeit in Anspruch wie die erwerbsbedingten Wege. Beim Joggen, Spazierengehen, Hundausführen oder Fahrradfahren ist unter Umständen auch der Weg der eigentliche Anlass.

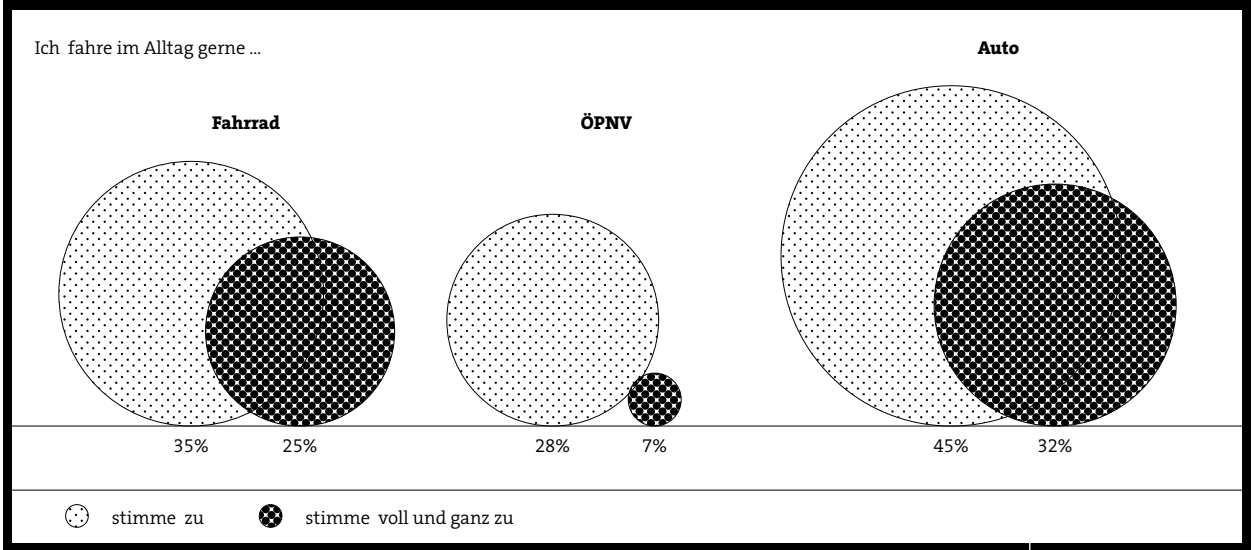
Täglich 257 Mio. Wege mit 3,2 Mrd. Kilometern

In der Summe werden an einem durchschnittlichen Tag pro Person 3,1 Wege mit zusammen etwa 39 Kilometern in rund 80 Minuten zurückgelegt. Bei rund 82 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern summiert sich das täglich auf 257 Millionen Wege und rund 3,2 Milliarden Personenkilometer.

Diese Tageswerte unterscheiden sich sowohl regional als auch zwischen den Lebensphasen deutlich. Während Kinder, Schülerinnen und Schüler ähnlich wie Personen im Ruhestand weniger und kürzere Wege zurücklegen, steigen die zurückgelegten Tagesstrecken und Unterwegszeiten in den mittleren Altersklassen und unter den Erwerbstätigen deutlich an. Vollzeiterwerbstätige legen im Durchschnitt fast 60 Kilometer am Tag zurück und benötigen dafür im Durchschnitt rund 92 Minuten.

Bei der regionalen Betrachtung der Ergebnisse werden Strukturunterschiede deutlich. In den Metropolen und Großstädten sind die Tagesstrecken mit 36 und 37 Kilometern deutlich kürzer als in den kleinstädtischen, dörflichen Räumen der ländlichen Regionen, wo im Durchschnitt täglich 44 Kilometer zurückgelegt werden. Umgekehrt verhält es sich bei der Unterwegszeit. Diese ist mit 91 Minuten in den Metropolen fast 20 Minuten länger als in den kleinstädtischen, dörflichen Räumen.

Einstellungen zur Nutzung verschiedener Verkehrsmittel im Alltag: Autofahren bei Mehrheit beliebt



n = 93.123 Personen
Quelle: Mobilität in Deutschland, 2017

infas

Auf dem Land werden also weitere Strecken in einer höheren Geschwindigkeit als in den urbanen Räumen zurückgelegt. Neben der Siedlungsdichte spielt hier auch das Verkehrsangebot und dessen Nutzung eine entscheidende Rolle. Der Blick auf die Verkehrsmittelwahl hatte bereits die Dominanz des Autos in den ländlichen Regionen offenbart, während in den Metropolen die Mehrheit der Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen wird.

Verkehrswende in Sicht?

Die Ergebnisse der Studie zeigen eine deutliche Dominanz des Autos beim Alltagsverkehr in Deutschland und insgesamt ist eine Veränderung hin zu nachhaltigerem Verkehrsverhalten nicht zu sehen. Die Dominanz des Pkw wird aber in den Metropolen und innerhalb der Ausbildungsphasen der jungen Generationen durchbrochen. Wichtige Faktoren sind dabei ein möglichst attraktives Mobilitätsangebot jenseits des privaten Pkw und ein einfacher Zugang. Hier entfalten die Ausbildungs- und Semestertickets sowie die vergleichsweise guten ÖV-Angebote in den urbanen Räumen ihre Wirkung.

Interessant ist auch, dass sich die Verkehrsmittel stark nach den damit zurückgelegten Wegelängen unterscheiden, mit Ausnahme des ÖVs aber die mittlere Wegedauer konstant bei 15 Minuten liegt. Das deutet darauf hin, dass wir unser tägliches Zeitbudget sehr bewusst einteilen und die Verkehrsmittel auch vor diesem Hintergrund auswählen. Diese Isochrone sollte bei der Anlage und Gestaltung von Wohnquartieren und Siedlungen beachtet werden. Denn wenn die gewünschten Einrichtungen mit einem Verkehrsmittel des Umweltverbundes bequem in 15 Minuten erreichbar sind, fällt der Umstieg vom Auto sicherlich leichter.

Zum Weiterlesen
Weitere Informationen und Veröffentlichungen zur Studie sind unter www.mobilitaet-in-deutschland.de zu finden

Mobilität in Deutschland

Die Studie „Mobilität in Deutschland“ ist die Leitstudie zur Alltagsmobilität der deutschen Bevölkerung. Sie ist ein Projekt des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), bei dem zahlreiche regionale Partner zusätzliche regionale Stichproben finanzieren. infas hat sie zusammen mit dem Institut für Verkehrsforschung am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR), der IVT Research GmbH sowie der infas 360 GmbH durchgeführt. Bei der Erhebung 2017 wurden deutschlandweit mehr als 300.000 Personen in über 155.000 Haushalten zu ihrer Mobilität befragt. Eine Besonderheit ist die Berücksichtigung aller Haushaltsmitglieder ab 0 Jahren. Damit liefert die Studie nicht nur umfassende Ergebnisse zur Alltagsmobilität für ganz Deutschland, die Bundesländer und einzelne Regionen, sondern auch für verschiedene Bevölkerungsgruppen, Haushaltskonstellationen und Lebensphasen.

Die politischen Parteien im Urteil der Bevölkerung

Von Maurice Meyer

Nach der letzten Bundestagswahl hat sich das deutsche Parteiensystem sichtlich verändert. Die rechtspopulistische Partei AfD ist nun auch auf Bundesebene vertreten. Die FDP, die bei der Wahl 2013 an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, hat den Wiedereinzug in den Bundestag geschafft. Der 19. Bundestag ist damit deutlich größer als in den Jahrzehnten zuvor: „Erstmals seit den 1950er-Jahren sitzen wieder sieben Parteien im Deutschen Bundestag", stellt die Bundeszentrale für politische Bildung fest. Das Wahlergebnis hat die Parteien vor besondere Herausforderungen bei der Regierungsbildung gestellt. Erst im März 2018 – rund ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl – wurde der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD unterzeichnet. Wie beurteilen die Bundesbürger vor diesem Hintergrund die politischen Parteien in Deutschland? Unterscheidet sich die Wählerschaft einer Partei in ihrem Urteil deutlich von der Gesamtbevölkerung oder ist der Unterschied gering? infas hat im zweiten und vierten Quartal des vergangenen Jahres rund 2.300 Bundesbürger ab 18 Jahren zu ihren politischen Einstellungen telefonisch befragt. Die Befragten wurden gebeten, zu allen im Bundestag vertretenen Parteien ihre Einschätzung zu jeweils einer positiven und einer negativen Aussage auf einer 7-stufigen Skala von „stimme voll und ganz zu" bis „stimme überhaupt nicht zu" einzuordnen. Auf Basis dieser Informationen ist es auch möglich, die entsprechenden Aussagen der Gesamtbevölkerung mit den Aussagen der potenziellen Wähler einer Partei zu vergleichen. Letztere wurden mithilfe der Sonntagsfrage bestimmt. Die Frage, welche Partei jemand wählen würde, wenn kommenden Sonntag Wahl wäre, dient in Umfragen zur Erstellung von Wahlprognosen und liefert eine Momentaufnahme der Wahlpräferenzen in der Bevölkerung (vgl. Schumann 2014: 81, 100) .

Die Ergebnisse zeigen: Lediglich bei den Grünen und bei der Union aus CDU und CSU fallen die Urteile tendenziell positiv aus. Nur bei diesen Parteien ist der Zustimmungsanteil für die positive Aussage über die jeweilige Partei höher als für die negative Aussage. 28 Prozent aller Befragten meinen, die Grünen seien die einzige Partei, die sich um Umwelt- und Klimaschutz bemüht. Für keine andere Partei erreicht die Zustimmung zum positiv konnotierten Parteiimage ein höheres Niveau. Die Kernkompetenz der Grünen im Bereich der Umweltpolitik wird offensichtlich von einem großen Teil der Bundesbürger als Alleinstellungsmerkmal anerkannt. Gespalten sind hingegen die Meinungen über die CDU/CSU. Etwas mehr als ein Fünftel aller Befragten glaubt, die Unionsparteien seien nach wie vor der Garant für politische Stabilität in Deutschland. Ein fast ebenso großer Teil ist jedoch der Ansicht, die CDU/CSU habe kein inhaltliches Profil mehr.

Zweifel an den Motiven der SPD

Potenzielle Wähler einer Partei stimmen positiven Aussagen über ihre Partei wenig überraschend häufiger zu als die Bevölkerung insgesamt. Umgekehrt ist zu beobachten, dass sie negative Aussagen über ihre Partei eher ablehnen. Interessant ist dabei, wie groß der Unterschied zwischen der Bevölkerung insgesamt und der potenziellen Wählerschaft einer Partei im Einzelnen ist. So ist der Anteil an Befragten, die der positiven Aussage über die CDU/CSU zustimmen, unter deren potenziellen Wählern mit 52 Prozent um 30 Prozentpunkte höher als in der Gesamtbevölkerung. Die Auffassung, dass die SPD das Wohl des Ganzen immer über das eigene Parteiinteresse stelle, teilen hingegen nur 13 Prozent aller Befragten und 25 Prozent der potenziellen SPD-Wähler. Das Zustimmungsniveau für die positive Aussage ist unter den potenziellen Wählern der SPD also lediglich um 12 Prozentpunkte höher als in der Bevölkerung insgesamt. Ralf Stegner sagte nach dem nicht eben einfach errungenen „Ja" der SPD zu einer erneuten großen Koalition

Images der Parteien aus Sicht der Wähler und der Bevölkerung: Größte Abweichungen bei der AfD und den Linken

dargestellt: Top-Box, Anteil 1 und 2 auf einer Skala von 1 = stimme voll und ganz zu bis 7 = stimme überhaupt nicht zu
n = 2.293 Befragte ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex), 2018

infas

im März 2018: „Die SPD muss jetzt Verantwortung übernehmen und hat Wochen von intensiver Debatte hinter sich mit sehr unterschiedlichen Einschätzungen." Der SPD gelang es aber offenkundig nicht, die eigene Wählerschaft im selben Maße von ihrer Politik zu überzeugen wie ihr Koalitionspartner.

Am deutlichsten unterscheiden sich die Wähler der Linken und die der rechtspopulistischen AfD von der Gesamtbevölkerung. Die Linke und die AfD repräsentieren die äußeren Ränder des politischen Spektrums und nehmen in vielen Bereichen konträre Positionen zueinander ein. 62 Prozent der potenziellen Linke-Wähler stimmen der Aussage zu, dass „die Linke die einzige Partei ist, die ernsthaft für soziale Gerechtigkeit einsteht". In der Gesamtbevölkerung beträgt dieser Anteil nur 15 Prozent. Ähnlich groß ist der Abstand zwischen potenziellen AfD-Wählern und den Befragten insgesamt. 57 Prozent der potenziellen Wähler der AfD stimmen der Aussage zu, dass „die AfD die Partei ist, die uns vor drohender Überfremdung schützt". In der Gesamtbevölkerung ist das Zustimmungsniveau um deutliche 45 Prozentpunkte geringer. Ferner glauben 51 Prozent aller Befragten, die AfD sei eine reine Protestpartei und biete für gar keine Fragen inhaltliche Lösungen an.

Die AfD spricht Wähler an, die sich hinsichtlich ihrer subjektiv wahrgenommenen gesellschaftlichen Lage relativ stark von anderen Wählergruppen unterscheiden. In der Abbildung rechts sind auf der horizontalen Achse die Mittelwerte des infas Lebenslagenindexes (ilex) für die unterschiedlichen Wählergruppen abgetragen. Die vertikale Achse stellt dar, wie gut sich die Befragten durch die Politik vertreten fühlen. Die potenziellen AfD-Wähler schätzen ihre soziale Lage im Schnitt am schlechtesten ein. Zudem fühlen sie sich durch die Politik nicht gut vertreten – im Durchschnitt sogar geringer als die Nicht-Wähler.

CDU/CSU- und Grünen-Wähler fühlen sich integriert

Am besten schätzen die potenziellen Wähler der CDU/CSU und die der Grünen ihre gesellschaftliche Lage ein. Sie weisen auf beiden Dimensionen überdurchschnittliche Werte auf, wobei sich die Grünen-Wähler etwas weniger gut vertreten fühlen, was daran liegen mag, dass ihre Partei auf Bundesebene nicht an der

Regierung beteiligt ist. Die potenziellen FDP-Wähler bewerten ihre soziale Lage ähnlich gut, aber auch sie fühlen sich politisch nicht ebenso gut vertreten wie die CDU/CSU-Wähler. Die FDP konnte ihr Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017, mit dem sie den Wiedereinzug ins Parlament erreicht hat, als besonderen Erfolg verbuchen. Zu einer Regierungsbeteiligung ist es jedoch, aufgrund gescheiterter Sondierungsgespräche zur Bildung einer Jamaikakoalition, nicht gekommen. Von ihren potenziellen Wählern scheinen allerdings viele die Entscheidung zum Abbruch der Gespräche positiv zu bewerten. Fast die Hälfte der potenziellen FDP-Wähler ist der Meinung, die FDP bleibe sich lieber treu, als faule Kompromisse in der Regierung einzugehen. Enttäuscht sind offensichtlich viele potenzielle Wähler der SPD. Sie sehen sich im Schnitt weniger gut durch die Politik vertreten als die Wähler der FDP, obwohl ihre Partei an der Regierung beteiligt ist. Die potenziellen Wähler der Linken bewegen sich auf demselben Niveau wie die der SPD.

In der Gesamtschau vermitteln die Ergebnisse der infas-Befragung einen aufschlussreichen Eindruck von den Einstellungen der Bevölkerung zu den im Bundestag vertretenen Parteien. Die Grünen sind mittlerweile fest etabliert und werden von den Bundesbürgern auffallend positiv wahrgenommen. Das Urteil über die regierenden Parteien fällt hingegen gemischt aus. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die SPD sowohl in der Bevölkerung als auch durch die eigene Wählerschaft relativ wenig Rückhalt erfährt. Der Abbruch der Sondierungsgespräche vonseiten der FDP führte offenbar zu einer kritischen Ansicht vieler Bürger. 32 Prozent der Befragten meinen, die FDP verspreche den Menschen viel, gehe aber der Verantwortung aus dem Weg. Doch zumindest unter ihren potenziellen Wählern erfährt die FDP auch Zuspruch für ihre Entscheidung.

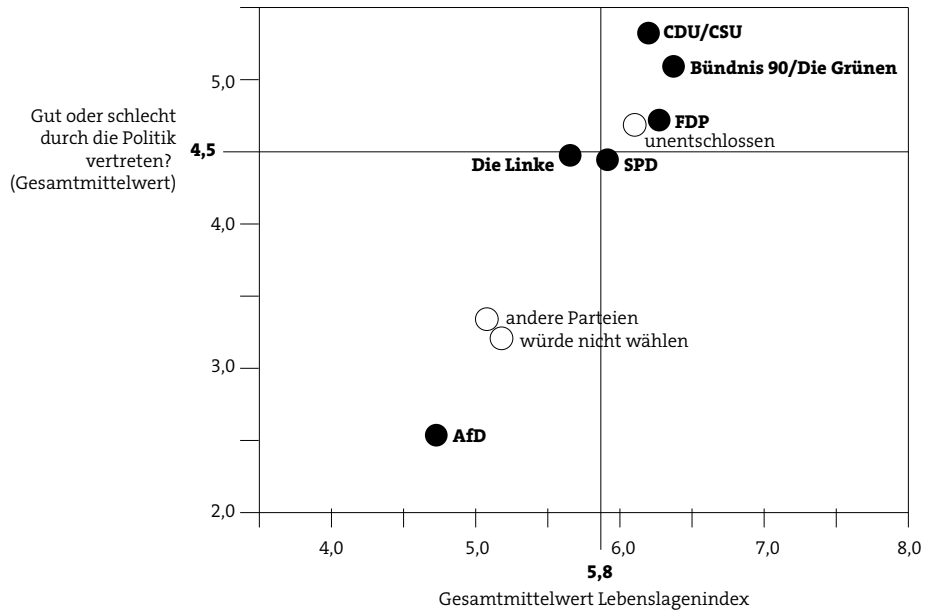
Ferner zeigt die Erhebung, wie sehr sich die Wähler der verschiedenen Parteien hinsichtlich ihrer subjektiven sozialen Lage unterscheiden. Analysen dieser Art lassen sich Traditionslinien klassischer Erklärungsansätze der Wahlsoziologie zuordnen. Im Rahmen wissenschaftlicher Wahlanalysen wurde vielfach die Bedeutung der Position in der Sozialstruktur für das Wahlverhalten untersucht (Schoen 2014: 170). Auch für die mediale Berichterstattung kann eine Aufschlüsselung von Wahlentscheidungen oder politischen Einstellungen nach sozialstrukturellen Merkmalen hoch interessant sein.

Zum Weiterlesen

Schoen, H. (2014): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, J. W. und Schoen, H. (Hrsg.) (2014): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: Springer VS.

Schumann, S. (2014): Methoden und Methodenprobleme der empirischen Wahlforschung. In: Falter, J. W. und Schoen, H. (Hrsg.) (2014): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: Springer VS.

Die Einschätzung, politisch verteten zu sein, und die Lebenslage: Potenzielle CDU/CSU- und Grünenwähler fühlen sich am besten vertreten



Potenzielle Wähler der dargestellten Parteien, Mittelwerte auf den Skalen von 1 = fühle mich überhaupt nicht vertreten bis 10 = fühle mich sehr gut vertreten und von 0= niedrige Lebenslage bis 10 = hohe Lebenslage, n = 2.293 ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex), 2018

infas

Sprechende Zahlen: innehalten

Vor 60 Jahren wurde infas gegründet / 30 Jahre ist der Fall der Mauer her / Der erste Lehrstuhl für Soziologie in Deutschland wurde vor 100 Jahren eingerichtet / 100 Jahre ist auch das Bauhaus alt / 70 Jahre ist das deutsche Grundgesetz alt / 3 Sekunden darf die Pause eines Redners lang sein, ohne bemerkt zu werden / 20 Stunden pro Tag ist ein Faultier inaktiv, 19 ein Löwenmännchen und 18 ein Koala / 24 Minuten beträgt der Weltrekord im Luftanhalten / Beim Masskrug-

stemmen liegt er bei **45** Minuten / Circa alle **18** Monate ist eine Schaltsekunde erforderlich / **1021** Jahre ist die älteste Firma in Deutschland alt (Brauerei Weihenstephan) / **35** Jahre ist die älteste laufende Panelstudie in Deutschland alt (SOEP) / Vor **400** Jahren landete das erste europäische Sklavenschiff in Nordamerika / Vor **154** Jahren wurde die Sklaverei dort wieder abgeschafft / **41,8** arbeitsfreie Tage haben die Bayern im Durchschnitt / **36,8** Tage sind es im Schnitt bei den Berlinern / **50.000.000.000** Additionen schafft ein guter PC heute in einer Sekunde / Eine Zuse Z3 von 1946 hätte für diese Berechnung **793** Jahre innegehalten

Ein Blick nach innen
Bisher wurde der Innenteil der Lagemaß-Ausgaben von Künstlern frei gestaltet, die sich mit dem Themenschwerpunkt der jeweiligen Ausgabe auseinandersetzten. Dieses Mal ist das nur teilweise der Fall. Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums haben wir die prominente Mitte dazu genutzt, ein ausführliches Gespräch mit beiden Gründern und dem Geschäftsführer von infas abzudrucken. Nicht ganz ohne Kunst: Der Bonner Fotograf Patrick Gawandtka hat die Protagonisten in einem 360-Grad-Panoramafoto verewigt.

Zwischen Wissenschaft und Politik in 60 Jahren

Ein Gespräch mit Wolfgang Hartenstein, Klaus Liepelt und Menno Smid

Von Jacob Steinwede und Joachim Scholz

Wolfgang Hartenstein (90) und Klaus Liepelt (87) gründeten 1959 das heutige infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Menno Smid ist seit 1982 bei infas und seit 1995 Geschäftsführer des Instituts. Ende März 2019 trafen sie sich mit Jacob Steinwede und Joachim Scholz im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus zu einem ausführlichen Gespräch über den Weg des infas-Institutes in 60 Jahren.

Jacob Steinwede (J.St.): Wenn man eine Geschichte von infas schreiben wollte: Wann und wo würde man mit der Vorgeschichte beginnen?

Wolfgang Hartenstein (W.H.): Jedenfalls nicht in Deutschland. Der Start war wohl im Sommer 1953, als Klaus Liepelt und ich nach Amerika kamen. Wir kannten uns bereits aus den Anfangsjahren der Freien Universität Berlin. Am Ende dieses Jahres kennen wir uns übrigens seit 70 Jahren.

Klaus Liepelt (K.L.): Wolfgang ist zwei Semester über mir gewesen im Studium. Er kam damals aus Schweden zurück an die FU. Dort beeindruckte er mich, den Jungmigranten aus dem Staat der Pimpfe und Pioniere, mit seinem ungewöhnlichen Talent, Dinge auf den Punkt zu bringen, zu argumentieren und zu moderieren, wo andere agitieren. So einem vertraute man sich gern an, ob als Studentenvertreter oder Mentor.

W.H.: Mir fiel Klaus auf, weil er eigentlich mehr wusste als die meisten anderen. Er war in der russisch besetzten Zone zur Schule gegangen, hatte in Bitterfeld Abitur gemacht und war mir weit voraus. Und 1953 wollte es der Zufall, dass wir gleichzeitig als Fulbright-Stipendiaten in Amerika waren – er in Ann Arbor an der University of Michigan, ich in Stanford, wo heute das „Silicon Valley" ist. Und das war ein Kulturschock, ein wissenschaftlicher Kulturschock. Beide kamen wir von der Geschichtswissenschaft und lernten hier plötzlich etwas kennen, was es in dieser Form in Deutschland überhaupt nicht gab, nämlich eine angewandte Sozialwissenschaft. Da ist mehr oder weniger die Vorstellung gereift, so etwas müsste es auch in Deutschland geben. Das gehörte hier eigentlich in die akademische Landschaft, die Universitäten waren auf dem Auge bisher ganz blind. Meinungsforschung gab es zwar schon bei mehreren Instituten, aber die betrieben eigentlich nur Markenartikelforschung, also sehr kommerziell. Die öffentliche Hand als möglicher Klient war da bei den Instituten nicht im Visier.

K.L.: Wobei man wissen muss: Politische Umfragen wurden damals zunächst von den Besatzungsmächten initiiert und bezahlt. Es gab drei verschiedene Himmelsrichtungen: Die Amerikaner mit dem Frankfurter DIVO-Institut, die Engländer mit Emnid in Bielefeld und die französische Zone, wo Frau Noelle-Neumann in Allensbach tätig wurde. Sie war die Erste, die ihr Wissen auch der Regierungszentrale in Bonn zugänglich machte und Konrad Adenauer mit Rat und Tat schon 1953 eine solide Wählerbasis erschloss.

W.H.: Wir hatten nun die Idee und konnten DIVO motivieren, die bevorstehende Bundestagswahl von 1957 wissenschaftlich zu untersuchen. Wir hatten Amerikaner gefunden, die das mitfinanziert haben, und Mitauftraggeber wurde auch die SPD. Es war die erste, wirklich gute empirische Wahluntersuchung, die es im Nachkriegsdeutschland gegeben hat – eine Panel-Studie, bei der dieselben Leute zweimal vor und einmal nach der Wahl befragt wurden.

J.St.: Für die SPD war die Bundestagswahl 1957 ja ein Schock. Adenauers Union hatte die absolute Mehrheit gewonnen. Die SPD lag um 18 Punkte zurück, zu keinem Zeitpunkt war der Abstand größer. Die SPD musste sich modernisieren. Das begann mit dem Stuttgarter Parteitag 1958.

K.L.: Ja, und nicht zuletzt war ein Generationenwechsel fällig. Man darf nicht vergessen: Nach dem Krieg waren viele Mitglieder, die schon in der Weimarer Republik aktiv gewesen waren, aus Haft, Emigration oder politischem Ruhestand zurückgekommen. Es waren also nicht die Jüngsten, die die SPD nach Kriegsende wiederbelebt haben. Bei den Bürgerlichen, die das „Tausendjährige Reich" zumeist auf seiner Innenseite durchlebt hatten, wollte niemand diese SPD haben, die auf die Ideen der Außenseiter von gestern baute. „Keine Experimente" war die Losung. Der Stuttgarter Parteitag gab bei der Opposition den Anstoß zur Herausbildung jener Elite, die einen Machtwechsel durch Wahlen ernsthaft anstrebte.

W.H.: Unter den neu gewählten Führungskräften war es nicht zuletzt Herbert Wehner, verantwortlich für die Parteiorganisation und bald auch für deren Propaganda, der sich systematisch um Hilfsmittel bemühte, mit denen die SPD Augen, Ohren und Herzen von neuen Wählern gewinnen könnte. Er gehörte zu denen, die der Meinung waren, so ein Institut muss her. Da müssen Profis ran, die uns ein bisschen helfen. Erkennbar war ein Gefälle zwischen den

rasch erlernten Fähigkeiten der CDU/CSU auf der einen und der mangelnden Kompetenz der SPD auf der anderen Seite, mit Sympathisanten umzugehen. Das hatten wir bei unserer Studie differenziert beobachtet. Das Bild, das die Politiker von den Wählern hatten, die Argumente, mit denen die Parteien auf sie zugingen, waren sehr unterschiedlich. Es bestand eine Macht- und Waffenungleichheit, sodass viele in der SPD das Gefühl hatten, hier müsse man nachziehen. Ob die Suche nach den „weichen Wählern" damals als Modernisierung galt, weiß ich nicht.

J.St.: Das ist der Begriff, den wir jetzt verwenden, aus der Betrachtung von heute.

W.H.: Wobei der Wahlkampf 1957 noch ganz im alten Stil war.

J.St.: Der nächste Wahlkampf war ja dann 1961, der erste mit Willy Brandt.

W.H.: Ja, da waren wir bereits auf dem Plan. 1959 haben wir angefangen und mit zwei Untersuchungen einen kleinen Lorbeerkranz errungen: Zum einen mit der Bremer Bürgerschaftswahl, bei der die SPD mit dem alten Wilhelm Kaisen an der Spitze aus einer starken Position heraus die absolute Mehrheit gewann. Und zum anderen im Herbst 1960 bei der Direktwahl des jungen Hans-Jochen Vogel zum Oberbürgermeister in München, der aus dem Stand über 60 Prozent gewann und seiner SPD zugleich zu einer absoluten Mehrheit der Ratsmandate verhelfen konnte. Es war ein unkonventionelles Konzept, auf Plakaten und Annoncen die Perspektiven der jüngsten Generation abzubilden und den Kandidaten dabei ganz an den Rand zu rücken, das wir in München durchgesetzt haben. Und Vogel hat gesagt: „Wenn die meinen, das sollte man so machen, dann gehe ich eben nicht auf die Plakate." Was für einen Politiker schon ein gewaltiger Schritt ist.

Menno Smid (M.S.): War das eine Idee oder empirisch abgesichert?

K.L.: Natürlich empirisch abgesichert. Zu dieser Zeit ging bei uns überhaupt nichts ohne Empirie.

W.H.: Wir haben den Leuten Fotos von Hans-Jochen Vogel vorgelegt, und das Ergebnis war deprimierend. „Für ein solches Amt viel zu jung ...", lautete die behutsamste Kritik.

K.L.: Wenn wir uns da nicht so stark eingemischt hätten, dann wäre das in München nichts geworden. Die SPD war dort noch in uralter Verfassung, und Vogel hat sich mit unserer Hilfe dann durchsetzen können. Und das sieht er auch heute noch so. Wann immer es für die Sozialforschung eine Lanze zu brechen galt, war der immer vorne mit dabei. Ihm verdanken wir eigentlich auch in der weiteren Entwicklung eine Menge.

W.H.: Diese beiden Wahlen und die Beratungserfolge, die wir da vorweisen konnten, waren schon eine gute Visitenkarte. Wenn die das können, dann könnte uns das vielleicht auch anderswo helfen, so hieß es in der SPD. Wenn irgendwo eine Kommune um Rat fragte oder eine Untersuchung benötigte, hieß es: Da gibt es ein neues Institut, nehmt das mal.

J.St.: Sie haben sich aber durch methodischen Rigorismus ausgezeichnet. Und das hieß doch auch: Ab einem gewissen Punkt redet die Politik uns nicht rein, das ist jetzt sozialwissenschaftliche Methodik und da sind wir die Experten. Konnten Sie sich damit gut durchsetzen?

K.L.: Damals besser als später.

J.St.: Warum?

W.H.: Die Politiker lernten mit der Zeit dazu. Hatten sie die Wahl gewonnen, dann lag es ja an ihnen selbst – und nicht an unserer Beratung. Und wenn sie dann etwas anderes machen wollten, als wir ihnen empfohlen hatten, dann holten sie sich halt ein paar andere Berater. So waren die Erfolge manchmal da, manchmal nicht.

J.St.: Heute spricht man ja von „Spin-Doctors".

K.L.: Ja, schrecklich, dieses Wort ist schlimm. Damals gab es das wohl noch nicht. Aber promovierten Spinnern konnte man in unserer Branche schon damals begegnen.

W.H.: Es ist etwas Unfassbares in diesem Begriff. Als ob es nicht so ganz mit rechten Dingen zugeht. Wir haben relativ klar unsere Karten gezeigt und gesagt: So spielen wir! Und mit anderen Karten spielen wir nicht.

K.L.: Uns nannte man zu dieser Zeit eher schon mal die „Heinzelmännchen". Mag sein, dass sich herumgesprochen hatte, wir würden gelegentlich aus dem Feld gehen, wenn wir meinten, es werde nicht vernünftig gespielt. Vielleicht haben aber auch nur unsere gemeinsamen Auftritte in den warmen Kapuzenmänteln, die wir damals gern trugen, Herbert Wehner zu dieser Wortschöpfung inspiriert.

M.S.: So ist es ja nach wie vor. Es gibt doch immer diese zwei Elemente: Das eine ist die Empirie und das andere ist die Beratungskompetenz. Die beruht darauf, dass man Daten interpretieren kann.

W.H.: Dass man sie richtig interpretiert.

M.S.: Ja. Und in der Lage ist, operationale Vorschläge zu machen, die auch die Empfängerseite versteht. Also nicht wissenschaftlich in dem Sinne, dass sie unbedingt veröffentlicht werden, sondern dass sie praktisch sind. Und das scheint mir das zu sein, was auch in meiner Zeit infas immer ausgezeichnet hat. Dass man dieses Doppel hat.

K.L.: Das ist genau der Punkt. Wir haben das Glück gehabt, uns neben der Politikberatung sehr früh auch einen anderen Markt erschließen zu können: die Wahlhochrechnungen für Hörfunk und Fernsehen, die unsere besondere Kompetenz unabhängig machte von parteinahen Auftraggebern. Besonders drastisch haben wir die unterschiedlichen Interessenlagen im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1965 erlebt. Da hatten wir erklärt: Es wäre unvernünftig, Willy Brandt in einen großen Wahlkampf gegen Ludwig Erhard zu führen. Brandt ist zwar sehr beliebt als Bürgermeister von Berlin. Aber dort gab es auch eine Mauer, mit den Russen dahinter. Und mit Brandt kamen oft auch Panzer oder irgendwelche gefährlichen Situationen ins Spiel, an die niemand ohne Not erinnert werden möchte. Kann man den sich auch als Kanzler vorstellen? „Natürlich!", sagte der Verstand, und die aktuellen Umfragen schienen dies zu bestätigen. Aber emotional war das ganz schwierig. Ludwig Erhard war damals der Mann, der das Wirtschaftswunder und

die soziale Marktwirtschaft eingeführt hatte, und ihm verdankten wir die stabile Deutsche Mark. Diese Dinge waren für uns alle damals nach dem Krieg sehr wichtig. Das kann man heute wahrscheinlich gar nicht mehr so nachempfinden. Da hat infas es fertiggebracht, Herbert Wehner davon zu überzeugen, dass, käme es zu einer solchen Konfrontation, Willy Brandt haushoch verlieren würde. Gestützt wurden diese Überlegungen auch durch Rückblick auf die dokumentierte Meinungsbildung im Wahljahr 1961, als die schier unaufhaltsame Neigung breiter Bevölkerungskreise, Berlins Bürgermeister ins Bonner Kanzleramt zu holen, nach dem Mauerbau im Frühjahr rückläufig wurde und den SPD-Zuwachs am Wahlabend schließlich auf für den SPD-Vorstand enttäuschende dreieinhalb Punkte beschränkte. Natürlich fiel es Brandt, dem vom Kalten Krieg besonders gebeutelten Berliner Bürgermeister, schwerer als Wehner, sich beim zweiten Anlauf 1965 mit diesen Fakten und Überlegungen auseinanderzusetzen. Herbert Wehner hat dann irgendwann klargestellt: Es ist keine Frage, wer Kanzler wird, wenn die SPD die Wahl gewinnt. Aber wir haben in der Öffentlichkeitsarbeit den Wert der Erststimmen bisher nicht ausgereizt. Das heißt, zusätzlich werden wir in jedem Wahlkreis eine mehr oder weniger aktive Bestandsaufnahme vornehmen, wie die Situation dort wirklich ist. Und dann unterstützen wir alle SPD-Kandidaten von der Zentrale aus – gerade auch bei ihren ortsnahen Themen. Das heißt: Wir mobilisieren in der großen Mitgliederpartei viele neue persönliche Interessen. Zudem sorgen wir dafür, dass in jedem Wahlkreis ein hauptamtlicher Sekretär eingestellt wird.

J.St.: Aber Brandt wurde schließlich doch wieder Kanzlerkandidat?

K.L.: Den Begriff „Kanzlerkandidat" hatte ja Klaus Schütz, Brandts Vertrauter in Parteisachen, neu erfunden! Das war und ist keine bundesweite Verfassungsinstitution. Auf den Stimmzetteln steht auch heute noch in jedem Bundesland ein anderer „Spitzenkandidat". Brandt hatte mit diesem politischen Kunstgriff von seiner Partei das Mandat bekommen, anstelle des damaligen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, den Bundeskanzler Konrad Adenauer direkt herauszufordern. Damit sollte eine noch verlustreichere Wiederholung der Konfrontation von 1957 vermieden werden. Schütz hatte Ollenhauer davon überzeugen können, dass es bei dem Auftrag, sich für die SPD um die Kanzlerschaft zu bewerben, nicht um Besitzstandswahrung für den Partei-Vorsitzenden geht, sondern um dessen pragmatische, an der Lage der Dinge orientierte, souveräne Entscheidung.

J.St.: Die verbreiterte Wahlkampfstrategie damals hieß also „Summe Erhard durch 248 dividieren", heißt: Blick in die Wahlkreise. Perspektive auf Regionen und kleinräumig vorgehen. Und das entsprach doch dann auch der Regionalforschung.

W.H.: Ja, das Interesse an infas war immer groß, wenn es um detaillierte Studien im überschaubaren Raum ging. Gemeinden waren interessiert, ein bisschen über ihr Image zu erfahren. Es gab eine Diskussion um Stadtplanung, Stadtentwicklung, auch um Verkehrsfragen, bei der wir plötzlich bereit waren, uns in den Niederungen der Geografie zu bewegen. Wir sagten: Ihr könnt nicht bloß fragen, was die Leute so denken, sondern müsst untersuchen,

wo sie wohnen, wie sie sich fortbewegen und das Umfeld betrachten.1961 gab es die erste Verkehrsuntersuchung auf Basis von Befragungen in den Haushalten, nicht von Verkehrszählungen, die Studie: „man auf der Straße". Wir haben dann auch begonnen, Begehungen von kleinräumigen Einheiten zu machen – so wie Google heute. Neu daran waren drei Dinge. Erstens, die kleinräumige Betrachtungsweise und die Verbindung von Statistik und Demoskopie, die andere nicht praktizierten, weder die kommerziellen Marktforschungsinstitute noch die Soziologen an den Universitäten. Die machten zwar Stadtforschung, aber das war im Grunde nicht mehrdimensional und keine Mehr-Ebenen-Analyse, wie man heute sagen würde. Dann zweitens, der Markt der öffentlichen Hand als Auftraggeber, den wir aufgetan haben. Da waren Kommunen und Landesregierungen noch interessanter als die Bundesregierung. Und das Dritte, womit wir relativ frühzeitig angefangen haben, war das Technologische, nämlich dass wir EDV genutzt haben, soweit das ging. Die Möglichkeit, sich einen Computer anzuschaffen, war noch weit weg. Und deshalb sind wir nach Darmstadt gefahren, zum Institut für praktische Mathematik, und haben nächtelang deren Maschinen benutzt, um irgendwelche Korrelationen auszurechnen ...

K.L.: ... die wir damals „Wahlsoziologische Gesamtrechnung" genannt haben.

M.S.: Diese kleinräumige Betrachtungsweise hat sich ja eigentlich nicht geändert, die haben wir heute noch. Mit dem Unterschied, dass wir das gesamte Kataster der Bundesrepublik in den Datenbanken haben. Und es gibt neue Schätzverfahren. Wenn ich zum Beispiel hier mehrere Gläser habe und ich weiß, in einem mit einer bestimmten Form ist ein spezifisches Getränk drin, dann kann ich mir alle anderen Gefäße anschauen und mit einer großen Wahrscheinlichkeit feststellen, dass andere Gefäße, welche identisch sind, ebenfalls mit dem Getränk gefüllt sind. Small Area Statistics heißt das heute.

K.L.: Wir erzählen uns da gegenseitig nichts Neues, aber es ist schon interessant, dass ich einen Gesprächspartner habe, der das versteht. Diese Fragestellungen gab es damals schon.

M.S.: Und sie wurden weitergeführt. Das gilt auch für die Verbindung von amtlicher Statistik und Befra-

gungsdaten, die wir heute in soziologischen Studien im Zusammenhang betrachten.

K.L.: Ja, anders geht es ja überhaupt nicht mehr. In zehn Jahren müssen das alle so machen.

M.S.: Das denke ich auch. Interessant bleibt, festzuhalten: Es ist eine Tradition, die infas fortgeführt hat.

K.L.: Ich würde sogar behaupten: Das hat infas erfunden. Wir haben ja im 1965er-Wahlkampf das erste Mal versucht, das auch flächendeckend anzuwenden. Dazu hatten wir ein umfangreiches „Wahlhandbuch 1965" gemacht, das alle den „Ziegelstein" nannten. Darin war unter anderem für jeden Wahlkreis dokumentiert, was er bisher für Wahlergebnisse und Strukturen hatte. Wir wollten damit die Parteivorderen in den einzelnen Wahlkreisen dazu veranlassen, sich überhaupt erst mal ihre eigene Region näher anzugucken. Das war ein Instrument, das infas auf den Markt gebracht hat.

J.St.: Wann standen denn eigentlich Computer bei infas zur Verfügung? Wie war das eigentlich mit dem IBM 1620?

K.L.: Dieser kleine IBM-Rechner kostete damals rund eine Million Mark Miete im Jahr. Das war ein ganz einfaches Ding, so wie jeder Tischrechner, den Sie hier hundertfach haben. Wir haben ihn angeschafft, als die ersten Aktivitäten mit den Rundfunkanstalten anfingen und wir feststellten, dass wir nicht ewig nach Darmstadt fahren konnten, um dort über Nacht zu rechnen. Und dann kam diese Maschine, das war für uns ein enormer Luxus.

Joachim Scholz (J.SCH.): Welche Vorgehensweise gab es bei der Wahlberichterstattung für die ARD seit 1965?

M.S.: Dazu ist zu sagen, dass es in einer Vorphase der Wahlprognosen einfach nur probabilistische Bevölkerungsstichproben gab. Als der Computer kam, wurde zunächst nur mit reiner Statistik gearbeitet, die Wahlkreise wurden nach homogenen Teilräumen typisiert und aus den eingehenden Ergebnissen wurden Schätzungen für diese statistischen Segmente ermittelt. Erst später hat man dann auch Zufallsstichproben von Stimmbezirken gezogen und hochgerechnet.

K.L.: Genau, und deswegen war es anfangs ja auch erst nach 21 oder 20 Uhr möglich, zu veröffentlichen. Das war bei zwei Wahlen so, 1965 und 1969.

M.S.: Und da hat man die Wahlkreise untersucht und ermittelt: Was sind das für Wahlkreise? Wie viele Arbeiter gibt es da? Gibt es da Katholiken und so weiter?

W.H.: Ländlich, städtisch, viel bebaut, wenig bebaut.

K.L.: Ja, die Wahlprognosen haben wir dann mit diesen Primitivformen von Tree Analysis ermittelt. Das war AID, ein aus Amerika importiertes Programm zur Varianz-Analyse. Im Grunde genommen ist die Art und Weise, wie man das heute machen würde, nicht anders. Es geht inzwischen nur besser, weil es sehr viel mehr Grundrechenkapazität und Daten gibt. Aber die Idee, der kleinräumige Ansatz zur Clusterbildung, steckt da immer noch drin.

Erich-Ollenhauer-Haus
Bonn, März 2019

infas

Das Bild:
Das umseitige 360-Grad-Panoramafoto zeigt (von links nach rechts) die Gründer von infas, Klaus Liepelt und Wolfgang Hartenstein, und den gegenwärtigen Geschäftsführer Menno Smid. Die Aufnahme wurde vom Fotograf Patrick Gawandtka im Erich-Ollenhauer-Haus, in dem auch das Gespräch stattfand, gemacht. Das geschichtsträchtige Gebäude im ehemaligen Regierungsviertel in Bonn war von 1975 bis 1999 die Bundesparteizentrale der SPD. Heute befinden sich hier zahlreiche Abteilungen des infas-Instituts, unter anderem das Telefonstudio. Das Foto wurde im Foyer der Besprechungsräume gemacht. Die Räumlichkeiten sind im Wesentlichen im Originalzustand aus den 70er Jahren erhalten geblieben.

Basis für das 360-Grad-Foto sind sequenziell aufgenommene Einzelbilder mithilfe eines speziellen Stativs. Diese werden am Computer zu einem Bild zusammengefügt, das dann den kompletten Raum zeigt. „Rundumbilder“ waren bereits im 19. Jahrhundert sehr populär und haben in jüngerer Zeit durch die Entwicklung von Virtual-Reality-Brillen wieder an Bedeutung gewonnen.

W.H.: Wir hatten allerdings auch Glück mit der ersten Hochrechnung 1965, die war nicht so schlecht.

K.L.: Stimmt, das war Glück. Wir hatten doch alle keine Ahnung. Das ist immer so bei neuen Sachen. Da müssen Sie ein bisschen Gespür haben, klar.

M.S.: Und man muss eben auch risikobereit sein.

K. L.: IfD Allensbach sagte 1965 aus seinen Umfragen die absolute Mehrheit für die Unionsparteien voraus, Emnid ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU/CSU, beide vor Schließung der Wahllokale notariell hinterlegt und erst um 18 Uhr im ZDF geöffnet. Es gab also einen großen Unterschied zwischen den beiden Umfrage-Instituten. Wer hat denn nun recht? Und dann kamen wir nach 21 Uhr und hatten mit dem Rechner unsere erste Hochrechnung erstellt. Sie kam viel später als die Umschläge, aber wir lagen genau in der Mitte zwischen den beiden Instituten, und das stimmte dann auch noch. Die Bild-Zeitung berichtete: „Wahlnacht-Sieger ist der Computer." Und damit waren wir am Markt. Von da an brauchten wir uns um die Zukunft von infas erst einmal keine Gedanken mehr zu machen.

W.H.: Und bei den nachfolgenden Landtagswahlen wollte das ZDF dann bei der Wahlberichterstattung auch mithalten.

K.L.: Ja, die haben sehr schnell versucht, nachzuziehen, nachdem man sich 1966 bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen noch einmal mit einem Notar-Schreiben hatte behelfen müssen. Abermals hatte IfD Allensbach die CDU mit ihrem Ministerpräsidenten Franz Meyers klar vor der SPD als stärkste Partei notiert. „Franz Meyers hat es gemacht." Dieser Traum war dann aber schon um 19:14 Uhr zu Ende, nachdem der Godesberger Computer ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der SPD und den Koalitionsparteien CDU/FDP gemeldet hatte. Und so stimmte es auch wieder. Es fehlten der SPD schließlich nur einige Hundert Stimmen zum Mandatsgleichstand. Die infas-Leute waren etabliert.

M.S.: Die Wahlberichterstattung im Fernsehen war ja früher mit Expertenwissen verbunden. Da haben Umfrage-Institute ihre Prognosen gezeigt, und Professoren haben dazu Überlegungen dargestellt. Dann kam die Computer-Empirie dazu. Der infas-Vorteil war, dass die Empirie erst nach der Schließung der Wahllokale erstellt wurde, während die anderen Institute das vorher machen mussten, um ihre Ergebnisse noch vor 18 Uhr zum Notar zu bringen.

K.L.: Genau, infas hat seine Prognosen gewissermaßen in Echtzeit ermittelt.

M.S.: Ein interessanter Punkt in diesem Zusammenhang ist, wie Wahlberichterstattung heute funktioniert oder funktionieren könnte. Die derzeit gebräuchlichen Verfahren und Interpretationsweisen erinnern noch sehr an die Anfangsjahre, über die wir gerade gesprochen haben. Vielleicht sollte man sie mal auf den Prüfstand stellen.

W.H.: Hinzu kommt: Nicht nur die Wissenschaft hat im Umgang mit Informationstechnik und Daten viel dazugelernt. Auch die Wähler sind in ihrem Verhalten selbstbewusster, vielleicht auch trickreicher geworden.

J.St.: Darauf kommen wir noch zurück. Zuvor noch zu einem wichtigen Markstein der Diskussion, nämlich der Wahlrechtsreform 1968.

K.L.: Damals, als 1966 in Nordrhein-Westfalen ein Regierungswechsel in Reichweite kam, hatten einflussreiche Leute in SPD und CDU/CSU über eine Verabredung zur Einführung des Mehrheitswahlrechts nachgedacht, das der FDP wie allen möglichen anderen Kleinparteien ein für alle Mal den Garaus machen und rechts- und linksradikale Entwicklungen verhindern könnte. Herbert Wehner meinte, die SPD sollte eine Große Koalition anstreben, um in der Gesellschaft richtig Fuß zu fassen und am Ende in der Lage zu sein, durch Wahlen einen überzeugenden Machtwechsel herbeizuführen. Es war Wehner zunächst jedoch nicht klarzumachen, dass die SPD mit dem Mehrheitswahlrecht hoffnungslos auf die Nebenstrecke geraten würde. Das war jedenfalls damals der Befund der Analyse von infas.

Wir waren überzeugt, dass die Abschaffung des geltenden Verhältniswahlrechts für die SPD höchst nachteilig wäre. Unter dem Mehrheitswahlrecht würde sie sich zu einer norddeutschen Partei entwickeln. Im Süden dagegen, vor allem in den katholisch orientierten Kulturräumen, in denen die wahlsonntägliche Kanzel-Warnung vor einer Stimmabgabe für die SPD noch die Regel war, würden sich SPD-Bewerber in Direktwahlen kaum durchsetzen können. Damit wäre auch Wehners Ziel konterkariert worden, die Partei von unten so aufzubauen, dass in jedem Wahlkreis ein Kandidat eine Chance hat, seine eigenen Sachen, jedenfalls in Etappen, unter die Leute zu bringen.

M.S.: Wie wurde denn diese Analyse gemacht, das war eine Art Simulation oder wie muss man sich das vorstellen?

W.H.: Dazu wurden die Wahlkreise genommen und unterschiedlich geschnitten.

K.L.: Ja, das war eine Simulation, die alle 248 Wahlkreise einbezog. Das Landesamt für Forschung Nordrhein-Westfalen hatte das Projekt gefördert. Unser Gutachten fand viel Aufmerksamkeit und löste zahlreiche politische wie wissenschaftliche Kontroversen aus. Es wurde auf einer internationalen Wissenschaftlerkonferenz in Gegenwart des NRW-Ministerpräsidenten Kühn diskutiert und in einer Panorama-Sendung von Peter Merseburger auch einem breiten Publikum präsentiert.

J.St.: Die SPD musste befürchten, bei der Relation von 5 : 3 auf gut ein Drittel der Sitze im Bundestag zurückzufallen.

K.L.: In der SPD gab es eine lebhafte Diskussion. Natürlich hat sich Herbert Wehner über das Ergebnis unserer Untersuchung und den Verlauf der Diskussion dazu nicht gefreut. Schließlich hatte er das Mehrheitswahlrecht durchsetzen wollen. Dennoch hat er sich den Argumenten von zahlreichen Delegierten, Parteileuten und Funktionären nicht verschlossen, die sich in ihren politischen Kraftanstrengungen nicht auf die Gemeinde- oder Landtagsebene beschränken. Sie wollten auch in CDU-Hochburgen die Chance haben, wenigstens über eine Landesliste in den Bundestag zu kommen. In der SPD hatte sich die Auffassung durchgesetzt, man sollte das Gutachten von infas ernst nehmen. Als Wehner keine Parteitags-Mehr-

heit für das Mehrheitswahlrecht sah, nahm er das Vorhaben behutsam zurück. Stein Rokkan, Politikforscher aus Norwegen und infas-Beirat, mit dem wir gut befreundet waren, fragte mich damals: „Auf was habt ihr euch da eingelassen? Ist das nicht gefährlich, so aktiv zu agieren?"

M.S.: Und was war sein Punkt? Hätten Sie als Wissenschaftler nicht so weit gehen sollen?

K.L.: Er kritisierte, dass wir uns persönlich engagiert haben, auf den Parteitag gegangen sind und Partei für eine Sache ergriffen haben, die noch nicht entschieden war.

M.S.: Das ist heute keine Frage mehr. Wir sind parteipolitisch neutral, mischen uns nicht ein und agieren nur über unser Ergebnis. Das ist jetzt möglicherweise noch viel wichtiger als früher.

K.L.: Natürlich, und das ist ja heute auch viel leichter. Wir haben damals gemeint, wir müssten mit der Institutsgründung auch persönlich dazu beitragen, dass die Demokratie in Deutschland erst mal ins Gleichgewicht kommt. Und dass es Chancen zum Machtwechsel gibt. Das war unsere Philosophie damals, vielleicht zu blauäugig.

M.S.: Gab es denn Befürchtungen, dass das nicht passieren wird?

K.L.: Es gab ein Ungleichgewicht, so wie es sie manchmal auch in der Wirtschaft gibt, ohne dass man es verhindern kann. Unsere soziologische Gesamtrechnung zeigte: In Westdeutschland, also ohne Mitteldeutschland, hat die bürgerliche Zunft immer eine Mehrheit. Dieses Ungleichgewicht kann nur abgebaut werden, indem man es langsam aufweicht: Schritt für Schritt, über Gemeinden, über Wahlkreise, über Einzelmaßnahmen. Jede Wahl eines Gemeindeparlaments, des Bundestags oder eines Landtags muss eben auch einen örtlichen Bezug haben. Das war die Philosophie. Dann gewinnt die Opposition in zehn bis 15 Jahren, von einer Wahl zur nächsten, jeweils 3 bis 4 Prozent dazu. Und dabei wollten wir helfen, 1957, 1961, 1965. Und dann kam schließlich die SPD ab 1967 über Koalitionen an die Macht, und Willy Brandt konnte als Kanzler 1969 regieren. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik die Chance zum Machtwechsel durch Wahlen.

M.S.: Heute gibt es diesen so direkten Bezug zu Ministern und Entscheidungsträgern in der Politik nicht mehr, das hat sich insgesamt verändert. Denn es hat eine Verwissenschaftlichung der Politik stattgefunden. Wir beliefern Grundsatzabteilungen in unterschiedlichen Ministerien, die im Grunde mit Expertise ausgestattet werden, die dann wiederum von der Politik in Anspruch genommen wird. Ein gutes Beispiel ist die Hartz-Evaluation, bei der wir zusammen mit wirtschaftswissenschaftlichen Instituten wesentliche empirische Ergebnisse geliefert haben. Also, ich würde sagen, was die deutsche Demokratie – und vor allem die operative Politik – heute auszeichnet, ist, dass sie eigentlich vergleichsweise unideologisch ist. Operative Politik wird stärker evidenzbasiert gemacht. Und wenn jemand einen Vorschlag für eine Rentenreform macht,

dann kann man ziemlich sicher sein, dass das vorher bis ins Letzte durchgerechnet wurde.

J.St.: Die Politik erkennt infas als das Forschungsinstitut an, das es ist, international ist das auch keine Frage, in der deutschen Universitätslandschaft ist es aber noch nicht ganz durchgängig der Fall.

K.L.: Inzwischen aber wohl doch, oder?

M.S.: Man sollte wissen, wir haben ja eine andere Währung. Die Währung der Wissenschaft ist die Publikation. Und es müssen bei einem Forscher mindestens drei im Jahr sein. Unsere Währung sind valide Daten, die wir generieren, um Handlungswissen zu erzeugen. Im Wissenschaftsbetrieb schließen wir damit eine Lücke, die die Universitäten gar nicht füllen können. Und dazu gehören methodischer Rigorismus und eben auch eine Infrastruktur, die in der Lage ist, Daten zu generieren.

J.St.: Kommen wir zur aktuellen politischen Lage. Wir sehen heute eine Ausdifferenzierung des Parteiensystems. Und das ist mit Entwicklungen verbunden, die meine Generation vor 20 Jahren so überhaupt nicht für möglich gehalten hätte. Ich rede vom Aufstieg rechtspopulistischer Parteien. Eine politische Bewegung, die sagt: „Wir, AfD und das ‚wahre' Volk gegen die anderen, gegen das Establishment." Das ist das Populistische daran. Die AfD, die sagt: Wir sind die wahren Vertreter des Volkes. Woran liegt dieser Aufstieg?

K.L.: Bevor diese Fragen beantwortet werden, würde ich noch eine Vorfrage stellen: Von wie viel Prozent reden wir hier? Wir vergessen, dass es in früheren Jahren immer ein Potenzial von 18 bis 20 Prozent gab, ob sie Republikaner hießen oder NPD. Das heißt, es hat immer eine rechtslastige Grundhaltung bei einer beachtlichen Minderheit gegeben. Das Neue ist, dass sie sich plötzlich institutionell organisiert haben. Bisher waren die rechtspopulistischen Parteien immer nach zwei oder drei Wahlperioden am Ende, wurden durch eine andere Gruppe abgelöst und haben sich gegenseitig kaputtgemacht.

J.St.: Ich würde widersprechen. Natürlich gab es in Landtagen immer wieder rechtsextreme Erfolge. Nehmen wir die Republikaner in Berlin, 1989 mit 7,5 Prozent. Ende der 1960er Jahre hatte auch die NPD regionale Erfolge. Aber im nationalen Parlament? Im Deutschen Bundestag mit bald 13 Prozent? Das ist doch neu!

K.L.: Ja, ich sage ja, sie haben sich institutionalisiert und sind damit in die Parlamente eingerückt. Sie bekommen jetzt Geld vom Staat dafür, dass sie sich organisieren können. Das hatten wir alles vorher nicht. Aber das Potenzial in den Umfragen war immer in der Größenordnung. Sie können natürlich sagen, dass das jetzt erst der Anfang ist und massiv so weitergeht.

M.S.: We don't know.

K.L.: We hope it will not happen.

M.S.: Es gibt heute die These, das Links-Rechts-Schema habe nicht mehr die Bedeutung wie früher. Vielmehr

gebe es jetzt eine kulturelle Spaltung. Und die SPD habe das nicht so recht begriffen und deshalb auch 2017 so schlecht abgeschnitten. Es ist die Rede von einer kulturellen Wegscheide zwischen Weltoffenheit und Nicht-Weltoffenheit, zwischen liberalem Kosmopolitismus und dem National- oder Rechtspopulismus. Was halten Sie von dieser These?

W.H.: Also, ich glaube schon, dass da was dran ist. Dass sich die Diskrepanzen nicht auf der Ebene Rechts-Links festmachen lassen. Also: kosmopolitische gegen nationale Orientierung. Das hat logischerweise mit der Entwicklung auf der Welt zu tun, dass alte Grenzen nicht mehr wahrnehmbar sind und dass man sich im Grunde schwerer orientieren kann als früher. Schwarz-Weiß gibt es eigentlich nicht mehr. Und das heißt: Die Welt erscheint komplizierter als früher. Und das verunsichert. Im Grunde ist es ja nicht so schlimm, dass es Leute gibt, die stärker kosmopolitisch sind, und Leute, die mehr provinziell denken. Ich finde eigentlich nicht, dass das notwendigerweise geändert werden muss, damit wir überleben.

J.Sch.: Dann muss man die 20 Prozent Rechten aushalten?

W.H.: Ja.

K.L.: Was wollen Sie sonst machen? Wollen Sie sie rausschmeißen? Mit welcher Rechtsgrundlage?

J.St.: Es geht doch um Veränderungen, die noch weitergehen. So auch um den Abstieg der Volkspartei SPD und die Folgen. Beschäftigt man sich dort zu viel mit Identitätspolitik und nicht mehr mit klassischer Interessenpolitik? Natürlich bricht sozialstrukturell auch die Kernklientel weg. Aber sie machen eben auch Fehler.

K.L.: Die SPD erscheint jetzt schon mal als eine Sammelstelle von allen möglichen Minderheitsinteressen, die sich irgendwie zusammenfinden und meinen, sie könnten durch Aggregation verschiedener, nicht-integrierbarer Interessen eine Partei sein. Für mich war es immer diese Hartz-Reform, die in der SPD bei der Klientel völlig unverstanden blieb. Der Beginn des Freisetzens von Wählerschichten, die normalerweise nicht lange fragen, wo sie ihr Kreuz machen sollen. Und in der SPD gab es die Überzeugung, dass sich das wieder beruhigt und diese Wähler schon wiederkämen. Jetzt wählen sie uns mal für eine Periode nicht, aber das nächste Mal. Und das ist eben das, was der Soziologe nicht glaubt. Wenn ein soziales System sich erst mal verändert hat, dann ist es verändert. Es hat sich dann auf einem anderen Niveau etabliert. Also, an die Rückkehr dieser durch Hartz IV verhinderten Wähler glaube ich nicht. Da kann die SPD nicht zurück, auch wenn sie sagen würde, wir haben da einen Fehler gemacht und jetzt machen wir es anders. Was bringt das? Das möchte ich auch mal von Ihnen wissen.

M.S.: Ja, also ich denke, dass es in der Tat nichts bringt. Zumal da ja eine Debatte läuft, die an die eigentlichen Ursachen nicht rangeht. Das Kernelement der Hartz-IV-Reform war die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Und die Fixierung der Debatte auf die Sanktionen, die eigentlich änderbar sind, verwischt völlig das Wesentliche der gesamten Hartz-IV-Reform. Und das war diese Zusammenlegung. Sie hat, das ist empirisch nachweisbar, dazu geführt, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in Arbeit kommen, gestiegen ist. Stattdessen ist daraus eine kulturelle Debatte entstanden, die die SPD einfach nicht mit offenem Visier angegangen ist. Vielmehr ist sie in die Defensive gegangen.

J.St.: Der Fehler – konkret?

M.S.: Sie haben es nicht kommuniziert.

J.St.: Seinerzeit nicht genug erklärt, und bei den Anhängern ist hängengeblieben: Ihr habt die Sozialstaatsidee verraten, und das nehmen wir bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag übel.

M.S.: Ja, aber ich habe nie verstanden, was der Verrat der Sozialstaatsidee war?

J.St.: Die Kürzung von Sozialleistungen!

K.L.: Niemand hat dann den Leuten gesagt: Ihr habt es damals durch euren Verzicht oder durch eure Beiträge überhaupt ermöglicht, dass wir wieder eine vernünftige Arbeitsmarktsituation haben. Und wenn Martin Schulz schlau gewesen wäre in der kurzen Zeit, in der er die Chance hatte, aus seinem Glücksfall etwas zu machen, hätte er gesagt: „Nein, Hartz IV ist nicht zu kritisieren, das war richtig und das musste sein. Aber ihr Arbeitnehmer habt Opfer gebracht, die bisher keiner gewürdigt hat." Die SPD hat das einfach so hingenommen, ohne zu sagen: „Wenn wir jetzt an die Regierung kommen, dann ergreifen wir zunächst mal Maßnahmen, die das wiedergutmachen, was ihr zu Hartz IV beigetragen habt." Ich habe das empirisch nicht nachgeprüft, aber ich frage mich immer, wie es eigentlich zu dieser miserablen Position der SPD kommen konnte. Die sind nicht richtig mit den Folgen umgegangen.

M.S.: Natürlich kann eine Partei wie die SPD, die eine Volkspartei ist, nicht einfach die Bedürfnisse der Mittelschichten beiseitelegen oder sie ignorieren. Weil man ohne eine konsistente Mittelschichtpolitik nie mehrheitsfähig wird. In der SPD hat es nie eine Diskussion gegeben, wer die Mittelschicht ist und was sie eigentlich will!

K.L.: Vergessen wir nicht die Diskussion um die „Neue Mitte", die Willy Brandt in seiner Regierungszeit initiiert hat. Schließlich war es die SPD, die dafür gesorgt hat, dass die zweite Arbeitnehmer-Generation zur Mittelschicht wurde, indem

sie die Ausbildungsmöglichkeit aufgebaut hat. Und diese Mittelschicht hätte man politisch besser einbinden können, was vielleicht auch heute noch möglich wäre.

M.S.: Ja, aber sie haben niemanden, der sie berät. Möglicherweise war das seinerzeit, als Sie dabei waren, anders.

K.L.: Ja und nein – wir haben ja auch immer nur einigen raten können, die ernsthaft nach Rat gesucht haben. Vielleicht haben wir manchmal auch falsch beraten, das kann ja sein. Aber wir haben eben geglaubt, wenn wir recht haben, haben wir recht. Und dann setzen wir das durch, oder wir lassen es. Da waren wir öfter mal ziemlich stur. Aber weil viele Leute unsicher waren und dachten, die müssen es wissen, die haben ja diese Nähmaschinen, mit denen man das stricken kann, haben sie uns machen lassen.

Zum Weiterlesen:
Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland: Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007

Ein Begriff von Herkunft und Ankunft

DAS VERMÄCHTNIS

Von Jacob Steinwede

Wer heute von Heimat spricht, meint damit nicht in erster Linie Verlusterfahrungen, verursacht durch Krieg, Flucht, Vertreibung und Exil. Vor gut siebzig Jahren, in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, einer Ära von Millionen Displaced Persons, war dies indes eine massenhafte Erfahrung in Deutschland. In unseren Tagen verbinden sich diese Erfahrungen mit dem vielfachen Schicksal von Flüchtlingen, die, aus Krieg und Not, nach Europa und nach Deutschland kommen. Allerdings bestehen hierzulande auch andere Verlusterfahrungen, die mit Flucht und Migration gar nichts zu tun haben. Die Rede ist vom rheinischen Braunkohlerevier Garzweiler II, wo ganze Dörfer umgesiedelt werden, die dem fortschreitenden Braunkohleabbau weichen. Umsiedlung ist hier durchaus auch ein Euphemismus. Nach jahrzehntelangem Zusammenleben werden Friedhof, Kirche, Kneipe, Wohnhäuser sowie alle Bewohnerinnen und Bewohner eines Dorfes entwurzelt, um an anderem Ort wieder angesiedelt zu werden. Der Aufbau neuer Heimat steht bevor. Ein jahrelanger Prozess.

Der Heimatverlust: eine mehr oder weniger gewaltsame Einbuße alles Vertrauten, die immer auch zu Neubeginn führen muss. Der geflüchtete oder vertriebene Mensch kommt an einem anderen Ort an und muss sein Leben neu gestalten, eine neue Heimat „finden". Heimat ist dann Ziel, ist Fluchtpunkt einer aktiven Aneignung, die die Entwicklung neuer Bindungen erfordert. Ohne die Offenheit anderer Menschen ist dies kaum möglich. Denn wenn wir von Heimat sprechen, geht es nicht allein um Herkunft. Es geht dabei auch um Ankunft.

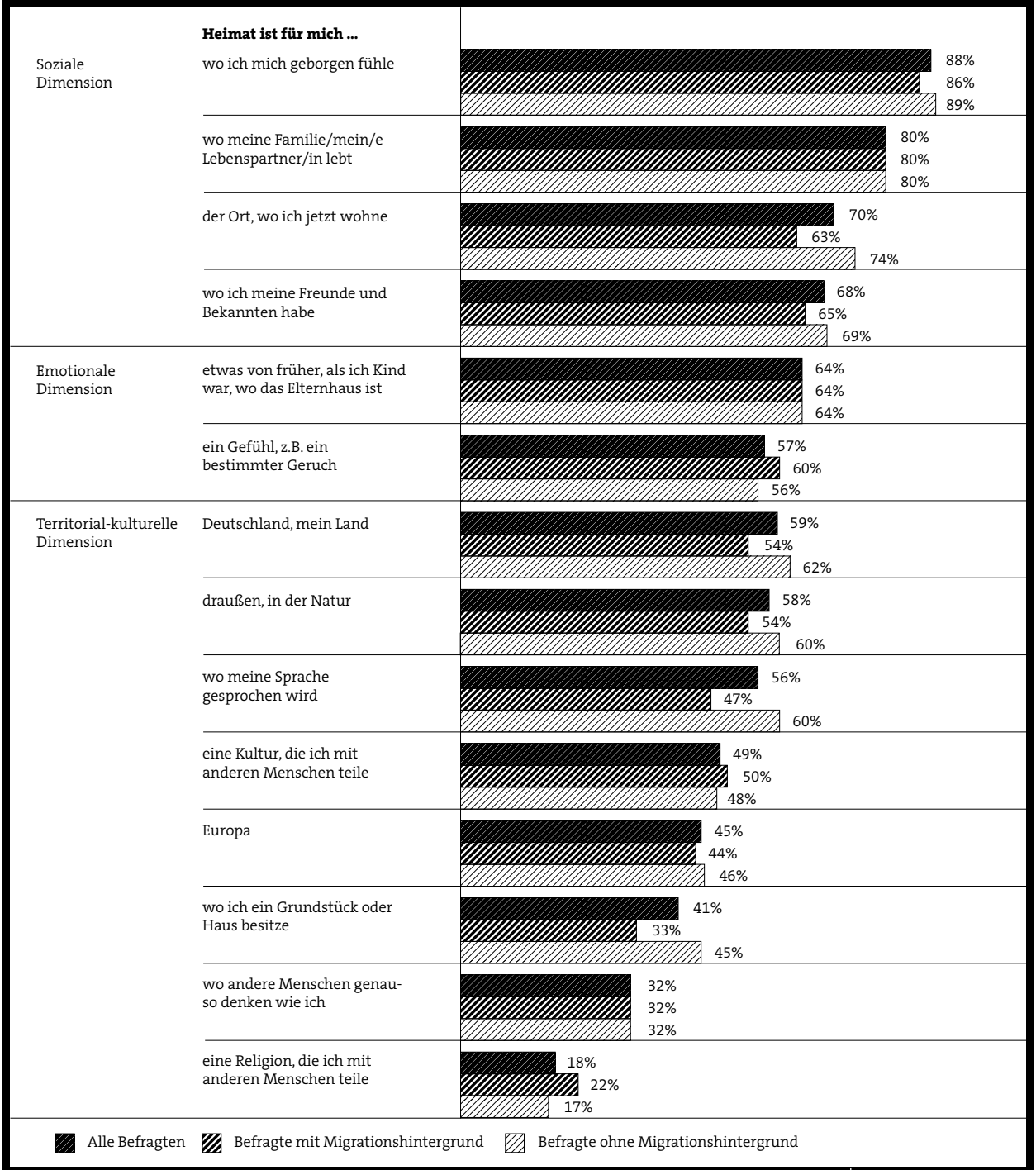
Identitätspolitische Vereinnahmung

Derzeit kommt offenbar kaum ein Politikerinterview ohne die Frage nach Heimat aus. Es ist gerade die scheinbare Unbestimmtheit des Begriffs, die dazu führt, dass Heimat als vielfache Projektionsfläche dienen kann. Vor allem mit Rekurs auf den Nationalsozialismus galt langjährig schon das Wort als vorbelastet. Die Heimatfilme der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik („Grün ist die Heide") trugen ihren Teil zum reaktionären Image bei. Indes: auch die DDR setzte auf Heimat. Das Logo „Meine Heimat DDR", darin ein Dorf vor aufgehender Sonne, wurde als FDJ-Aufnäher oder Anstecknadel vertrieben. Im Diskurs der alten Bundesrepublik gab es aber auch ganz andere Zuschreibungen. In Erinnerung zu rufen ist die Debatte um den mehrteiligen Fernsehfilm „Heimat" von Edgar Reitz in den achtziger Jahren. Heimat etablierte sich, zumindest eine Zeit lang, als Synonym für alternative Idylle, war für die Öko-Bewegung und für Grüne auch ein

Die Vermächtnisstudie

Die Studie „Das Vermächtnis – Wie wir leben wollen. Und was wir dafür tun müssen" wurde erstmals 2015 in einer Kooperation von DIE ZEIT, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und infas durchgeführt. Zwischen Ende Mai und Anfang September 2018 haben die Partner die Studie wiederholt. Insgesamt 2070 Personen in der gesamten Bundesrepublik wurden dafür im Durchschnitt je 100 Minuten befragt. 1227 von ihnen hatten bereits im Sommer 2015 an der ersten Erhebung teilgenommen. Weitere 843 zufällig ausgewählte Personen kamen neu dazu. Zusammen bilden sie einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung. Mit allen Teilnehmern wurde über Lebenserfahrungen, Handlungsweisen und Einstellungen gesprochen. Erfragt wurde unter anderem zu vielen Themengebieten, was sie an nachfolgende Generationen weitergeben möchten, welche persönlichen Erkenntnisse, Haltungen und Vorlieben sie weiterempfehlen. Weitere Informationen sind im Internet unter www.infas.de/vermaechtnis zu finden.

Drei Bedeutungsebenen von Heimat:
Soziale, emotionale und territorial-kulturelle Dimension



Top-Box, Anteil 1 und 2 auf einer Skala von 1 = trifft voll und ganz zu bis 7 = trifft überhaupt nicht zu, Zuordnung der Aussagen auf Basis einer Faktorenanalyse, n = 2.070
Quelle: Die Vermächtnisstudie 2018

infas

Gegenkonzept zu Fortschritt, Atomarsenalen sowie dem damals noch allseits bekannten „Machbarkeitswahn".
Mit eigentlich unbestimmtem Ziel ersetzt Heimat heute in der Politik häufig den vormalig genutzten Begriff der Leitkultur. Das scheint die Idee bei der Benennung der entsprechenden Ministerien zu sein. Heimat wird gegenwärtig stark identitätspolitisch vereinnahmt. Für die nationalistische Rechte dient der Begriff als eine Grenzziehung gegen Migranten und Flüchtlinge. Heimat soll ein Substrat für „Deutsch" sein, eine spezifische Identität festschreiben, mithin Ausdruck für eine bestimmte Art zu leben sein. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums gilt der Begriff daher als geradezu toxisch. Höchst pointiert schreiben die Journalistinnen Fatma Aydemir und Hengameh Yaghoobifarah in ihrem jüngst erschienenen Buch „Eure Heimat ist unser Albtraum": Heimat sei der „Kampfbegriff" einer christlichen weißen Gesellschaft, in der Männer das Sagen haben und Frauen sich ums Kinderkriegen kümmern.
Woran aber denken die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, wenn sie von Heimat sprechen – heute im 21. Jahrhundert, im Zeitalter von Globalisierung und Migration? Die Vermächtnisstudie von ZEIT, infas und WZB (siehe Studienbeschreibung auf vorheriger Seite) hat sich – unter anderem – auch dieser Frage angenommen.
Zum einen wollten wir wissen: Wie wichtig ist es den Menschen persönlich, eine Heimat zu haben? Die Antwort auf diese Frage fällt deutlich aus: Für 89 Prozent der 2.070 bundesweit befragten Bürgerinnen und Bürger ist Heimat sehr wichtig. Dies trifft für Jung und Alt zu, gilt aber auch für Männer und Frauen, unterschiedliche Einkommensgruppen und soziale Schichten sowie in Stadt und Land nahezu gleichermaßen.
Vor allem aber ging es der Vermächtnisstudie darum, die Bedeutung des Heimatbegriffes zu erforschen. Dazu wurde die Frage gestellt: „Was verstehen Sie persönlich unter dem Begriff Heimat?" Allen Befragten wurden 14 Aussagen vorgelegt, die ein breites inhaltliches Spektrum abdecken. Die Aussagen sollten alltagsbezogen und so frei wie möglich von politischer Ideologie sein. Dazu erfolgte zuvor die Sichtung der über die Jahre durchaus breit gewachsenen Forschungsliteratur zum Thema Heimat. Diese findet sich vor allem in Disziplinen wie Literaturwissenschaft und Kulturanthropologie. Die empirische Sozial- und Politikwissenschaft hatte das Thema Heimat dagegen bislang eher gemieden.

Drei verschiedene Bedeutungsebenen

Eine Faktorenanalyse der Heimat-Items zeigt, dass Heimat im Verständnis der Menschen in Deutschland heute drei unterscheidbare Bedeutungsebenen hat: eine soziale, eine emotionale sowie eine territorial-kulturelle. Wie unterscheiden sich diese drei Ebenen?
Für das Soziale ist das unmittelbare Umfeld am Lebensort der Menschen relevant. Geprägt von Familie und freundschaftlichen Beziehungen ist es stark verbunden mit der Erfahrung persönlicher Geborgenheit.
In emotionaler Hinsicht ist Heimat ein Ort der Erinnerung. Nach dem berühmten Wort von Ernst Bloch ist es „etwas, das allen in die Kindheit scheint". Heimatliche Gefühle sind aber auch mit sinnlichen Aspekten wie Gerüchen verbunden. Die Erkenntnisse der Vermächtnisstudie spiegeln somit wider, was der Politikwissenschaftler Christian Graf von Krockow bereits 1984 in der ZEIT schrieb: „Heimat riecht: nach Harz und Heu ... Leder, Kuchenbacken, gebrannten Mandeln ... oder sei´s Schweinemist ... sie riecht jedenfalls und kündet damit vom Leben." Solche Gefühle sind, so zeigt die empirische Analyse, nun aber gar nichts typisch Deutsches. Deutschland als das eigene Land, die gemeinsame Sprache und Kultur sowie die mit anderen Menschen geteilten Überzeugungen bestimmen hingegen die dritte Bedeutungsschicht von Heimat: die territorial-kulturelle Ebene. Hier sind jene Aspekte versammelt, die in der identitätspolitischen Polarisierung eine Rolle spielen und für das vielfach negative Image des Heimatbegriffes stehen. Die Befragungsergebnisse aber zeigen: Beim Heimatverständnis der Menschen steht die territorial-kulturelle Ebene nicht im Vordergrund.
Wie sehr die Aussagen im Einzelnen dem Heimatverständnis der Menschen entsprechen, zeigt nebenstehende Abbildung. Das Ergebnis ist deutlich. Das Verständnis von Heimat ist vor allem durch die sozialen Aspekte Nähe, Geborgenheit, Familie und Freundschaft geprägt. Diese sozialen Aussagen sind sehr alltagsweltlich. Sie erreichen, im Vergleich aller Aussagen über das Heimatverständnis, die höchsten Zustimmungswerte bei den Befragten (68 bis 88 Prozent).
Der Stellenwert der emotionalen und der territorial-kulturellen Aussagen tritt demgegenüber zurück. 59 Prozent der Befragten verbinden die Aussage „Deutschland, mein Land" sehr stark mit dem eigenen Heimatverständnis (und nur 45 Prozent: „Europa"). Am unteren Ende der Skala finden sich schließlich die Aussagen zu gemeinsamen Werten und Überzeugungen. Für die „Religion" geben sogar 47 Prozent der Befragten ausdrücklich an, ein solches Bekenntnis habe mit dem eigenen Heimatverständnis nichts zu tun.
Was sagen solche Befunde über das kulturelle Konfliktpotenzial des Heimatbegriffes? Diese Frage kann näher untersucht werden, indem das Heimatverständnis von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund miteinander verglichen wird. Mit den Daten der Vermächtnisstudie ist dies möglich. Personen mit Migrationshintergrund sind all jene, die entweder nicht selbst in Deutschland geboren sind, oder aber die Eltern oder Großeltern haben, auf die das zutrifft. Dies sind 680 der 2.070 Befragten der Vermächtnisstudie.
Das Heimatverständnis von Personen mit und ohne Migrationshintergrund weist eine recht hohe Ähnlichkeit auf (siehe Abbildung). Für die Heimat-Aussage „Deutschland, mein Land" sind dabei lediglich 8 Prozentpunkte Unterschied festzustellen. Bemerkenswert ist zudem, dass Religion auch bei Personen mit Migrationshintergrund (mit im Übrigen ganz unterschiedlichen

religiösen Bekenntnissen) den geringsten Stellenwert beim Heimatverständnis hat. Die über alle Aussagen größte Differenz liegt beim Aspekt der Sprache. Für Personen mit Migrationshintergrund ist die Muttersprache für das eigene Heimatverständnis weniger relevant.

Mehr Verbindendes als Trennendes

Die Befunde der Vermächtnisstudie zeigen in beeindruckender Weise, wie Heimat in unserer Gesellschaft gesehen wird – und dass in dem Begriff mehr Verbindendes als Trennendes steckt. Heimat ist für die Menschen in Deutschland vornehmlich durch die unmittelbare soziale Umgebung und die menschlichen Beziehungen geprägt, die diese Umgebung ausfüllen. Zugehörigkeiten werden dadurch nicht infrage gestellt. Und es ist auch keine Leitidee nationaler Identität damit verbunden. Mit Blick auf das Alltagsverständnis der Menschen bleibt festzuhalten: Heimat ist kein Grenzzaun, obwohl das Wort so oft in dieser Weise funktionalisiert wird. Heimat hat vielmehr das Potenzial, für Integration zu stehen. Denn es ist ein Begriff von Herkommen wie von Ankommen.

Eine leicht modifizierte Fassung dieses Textes erschien am 16. Mai 2019 in der Wochenzeitung DIE ZEIT.

Arbeitskräfte, die fehlen

Von Helmut Schröder

Auf den Arbeitsmarkt in Deutschland kommen schwierige Zeiten zu. Die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Rentenalter und die nachfolgenden Generationen werden den resultierenden Mangel an Arbeitskräften nicht kompensieren können. Arbeitsmarktprojektionen lassen eine Lücke von 3,5 bis 5 Millionen Arbeitnehmern erwarten. Selbst durch Zuwanderung aus dem Ausland ist diese Fachkräftelücke nicht zu schleißen.

Da wiegt es schwer, dass ein über die Jahre relativ konstanter Teil der Arbeitnehmer dauerhaft gesundheitlich beeinträchtigt ist und vor dem Erreichen der Regelrente aus dem Erwerbsleben ausscheidet. Nachdem sich das faktische Eintrittsalter in die Rente in den 90er Jahren immer weiter absenkte, hält es sich nach entsprechenden Anpassungen im Rentenrecht seit 2012 relativ stabil bei durchschnittlich 64 Jahren. Diese Entwicklung entspricht also durchaus dem Ziel, das Eintrittsalter sukzessive zu erhöhen. Allerdings spiegelt dieser Indikator nur einen Teil des komplexen Geschehens wider. Denn nur etwas mehr als ein Viertel der Rentenzugänge erfolgt über die normale Regelaltersrente.

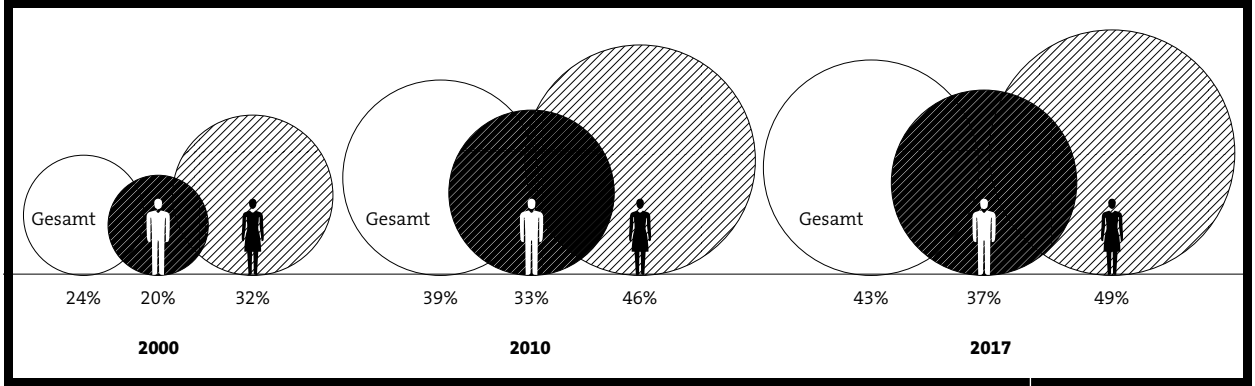
Jeder Fünfte macht früher Schluss

Von etwa 1,6 Millionen Rentenanträgen im Jahre 2017 waren über 350.000 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit eingereicht worden. Das entspricht einem Anteil von 21,5 Prozent. Im Zehnjahresvergleich ist dieser Anteil nur ganz geringfügig um 1,2 Prozentpunkte gesunken, stagniert also auf einem hohen Niveau.

Betrachtet man nur die realisierten Zugänge in Rente, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Knapp 18 Prozent der Rentenzugänge erfolgen über die Erwerbsminderungsrente! Anders formuliert: Ein signifikanter Anteil der Arbeitnehmer scheidet wegen dauerhafter Beeinträchtigungen und geminderter Erwerbsfähigkeit bereits vor Erreichen der Regelaltersrente aus dem Erwerbsleben aus. Hinzu kommen noch einmal rund 6 Prozent, die über eine Altersrente für Schwerbehinderte in die Rente gelangen (DRV 2018).

Bei der Erwerbsminderungsrente liegt das durchschnittliche Zugangsalter bei 52 Jahren. Bei den Diagnosen für verminderte Erwerbsfähigkeit sticht die Diagnose „psychische Erkrankungen“ mit 43 Prozent besonders

Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit Diagnosegrundgruppe Psychische Störungen: Anteil der Erwerbsgeminderten mit psychischen Störungen wächst



Quelle: DRV (2018): Rentenversicherung in Zeitreihen. Oktober 2018. Berlin

infas

hervor. Bei Frauen wird sie signifikant häufiger getroffen (49 Prozent) als bei den männlichen Antragstellern (37 Prozent) (DRV 2018).

Die Anerkennung einer geminderten Erwerbsfähigkeit bildet den Endpunkt einer gesundheitlichen Verschlechterung bei den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es lohnt sich deshalb ein Blick auf die „Vorgeschichte", nämlich in die Fehlzeitenreports der Krankenkassen, um Auskunft über die Arbeitsunfähigkeit nach Dauer und Ursachen zu erhalten. So berichten beispielsweise die Betriebskrankenkassen im Berichtsjahr 2016, dass rund 12 Prozent ihrer Mitglieder mindestens einmal arbeitsunfähig waren. Der dadurch über das Jahr kumulierte Ausfall dauerte im Durchschnitt 17 Tage (Knieps/Pfaff 2018: 18; Rennert et al. 2018). Rund ein Viertel der Ausfalltage ist durch Muskel- und Skeletterkrankungen bedingt. Knapp 17 Prozent der Fehlzeiten gehen auf psychische Störungen zurück (Knieps/Pfaff 2018: 43). Frauen sind stärker von psychischen Erkrankungen betroffen, Männer dagegen stärker von Muskel- und Skeletterkrankungen. Der DAK-Fehlzeitenreport kommt zu ähnlichen Ergebnissen (Marschall et al. 2016 : 22; Marschall et al. 2018).

Die Reports der Krankenkassen weisen alle in dieselbe Richtung: Der Anstieg der Arbeitsunfähigkeitsfälle aufgrund psychischer Erkrankungen hat sich in den vergangenen Jahren stetig erhöht. 2015 wurden fast doppelt so viele Tage und mehr als anderthalb mal so viele Arbeitsunfähigkeitsfälle dokumentiert wie im Vergleichszeitraum eine Dekade zuvor.

Die aufgezeigten Entwicklungen bei den Erwerbsminderungsrenten und den Fehlzeiten stellen in mehrfacher Hinsicht politische und gesellschaftliche Herausforderungen dar. Die statistischen Analysen stehen in Einklang mit Erkenntnissen arbeitswissenschaftlicher und arbeitsmedizinischer Studien, wonach Arbeitsbelastungen und betriebliche Konstellationen krank machen können, wenn entlastende Faktoren fehlen (vgl. u.a. Du Prel et al. 2015; Peter et al. 2015; Schröder et al. 2015).

Großer volkswirtschaftlicher Schaden

Neben den individuellen gesundheitlichen und ökonomischen Folgen für die Betroffenen sind insbesondere die Erwerbsminderungsrenten auch ein volkswirtschaftliches Problem. Angesichts der drohenden Fachkräftelücke sind die sechsstelligen Abgangszahlen in die Erwerbsminderungsrente ein Anreiz, die Möglichkeiten und Wege zu stärken, um beeinträchtigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger im Erwerbsleben zu halten. Verstärkte Prävention in den Betrieben vermindert das Erkrankungsrisiko. Und eine konsequente Bewilligung und Durchführung von Rehabilitationsverfahren kann einem Teil der erfahrenen Fachkräfte eine neue Perspektive für den Verbleib in der Erwerbsarbeit geben.

Prävention als (gesellschaftliche und betriebliche) Gestaltungsaufgabe verfügt vor allem über drei institutionelle Handlungshebel: Verbesserung des Arbeitsschutzes, betriebliche und überbetriebliche Gesundheitsförderung sowie die Optimierung bedarfsgerechter Rehabilitationsmaßnahmen (siehe auch Peter 2016). Im Zusammenspiel dieser Handlungsoptionen wird in der Praxis versucht, auf verschiedenen Ebenen krankheits- und belastungsbedingte Fehlzeiten und Abgänge zu reduzieren. Der präventions- und rehapolitische Handlungsbedarf zeichnet sich zumindest deutlich in den dargelegten Entwicklungen ab.

Zum Weiterlesen
Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): Rentenversicherungen in Zeitreihen 2018. In DRV-Schriften Band 22, ISBN 978-3-947949-01-4 (auch online verfügbar)

Die Exzellenzstrategie – Gutachtende über die Begutachtung

Von Jonathan Ruiz Marcos und Thomas Weiß

infas hat im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Evaluation des Begutachtungsverfahrens zwischen Mai und August 2018 eine Erhebung unter Gutachterinnen und Gutachtern durchgeführt. Die Einladungen zu dieser Onlinebefragung wurden in verschiedenen Tranchen zeitnah im Anschluss an die jeweiligen Begutachtungssitzungen verschickt, damit die Bewertung des Prozesses unmittelbar nach den Sitzungen erfolgt. Rund drei Viertel (72,5 Prozent) aller Gutachtenden haben an der Befragung teilgenommen.
Die Untersuchung behandelte verschiedene Themenfelder. Neben wenigen soziodemografischen Merkmalen der Gutachtenden wurden auch deren bisherige Erfahrungen in nationalen und internationalen Begutachtungsverfahren erfasst. Die inhaltlich auf den konkreten Begutachtungsprozess im Rahmen der Exzellenzstrategie bezogenen Fragebogenteile lassen sich in vier Bereiche einteilen: die Entscheidungsgrundlage, die Begutachtungskriterien, der Begutachtungsprozess im Panel und eine Verfahrensbewertung.

Zum Hintergrund

Das 2006 von Bund und Ländern mit der Exzellenzinitiative initiierte Förderprogramm zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland wird seit 2017/2018 mit der Exzellenzstrategie fortgesetzt. Das Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren erfolgt in zwei Stufen: Zunächst werden Antragsskizzen begutachtet und eine Auswahl davon zur Antragstellung zugelassen. In der darauf folgenden Antragsphase werden die Anträge begutachtet und die Förderentscheidungen getroffen.
Bereits im Jahr 2011/2012 wurde der Begutachtungsprozess im Auftrag der DFG evaluiert (siehe Möller et al. 2012).
Im Jahr 2018 wurden 88 Einrichtungsanträge für Exzellenzcluster, d. h. projektbezogene Förderungen einzelner Forschungsfelder, in 32 Sitzungen von 385 Gutachterinnen und Gutachtern aus 31 Ländern begutachtet. Auf Basis dieser Begutachtungen hat die Exzellenzkommission im September 2018 die Förderung von insgesamt 57 Exzellenzclustern beschlossen.

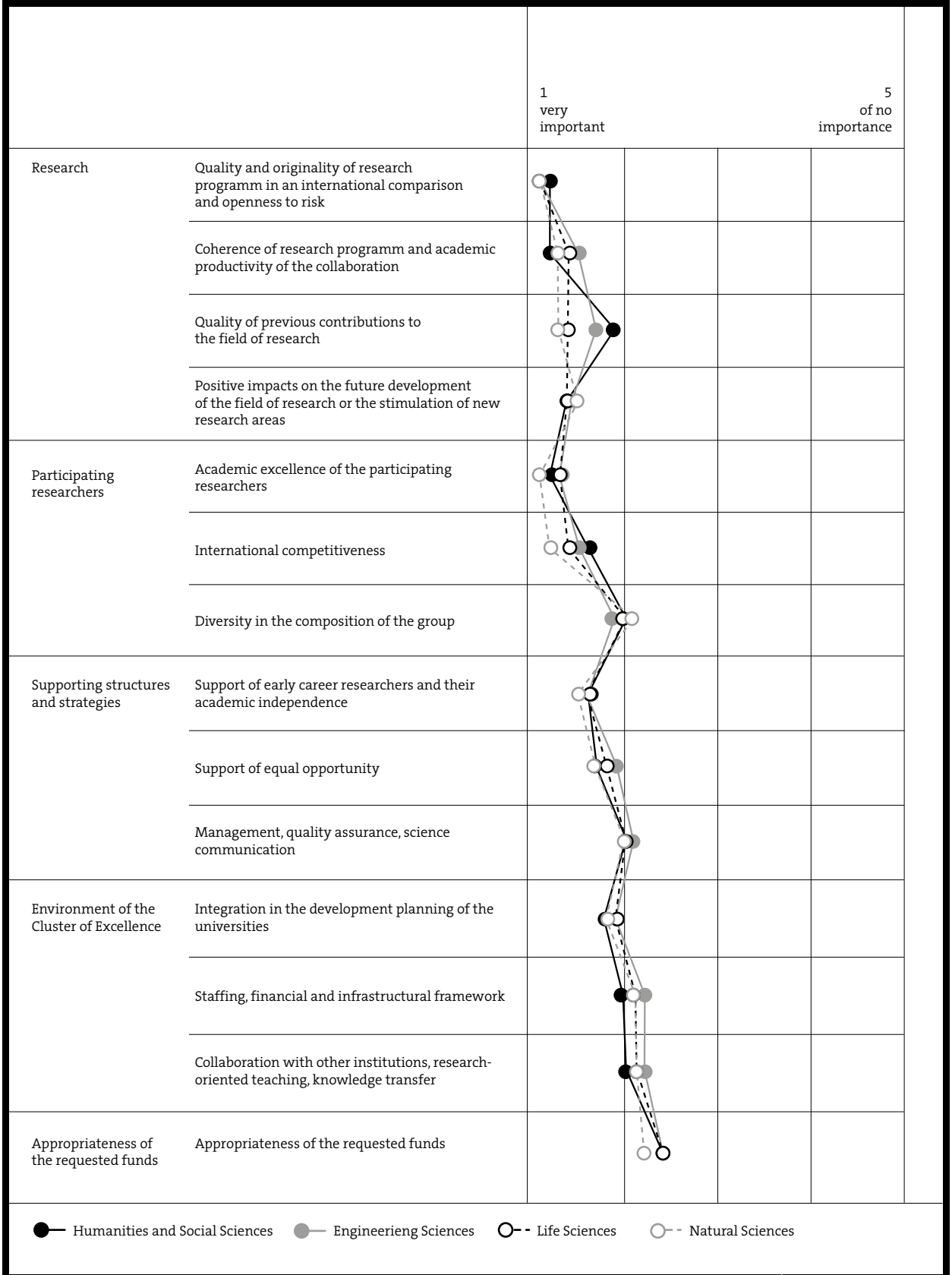
Grundsätzlich positive Bewertung

Mehrheitlich halten die Gutachtenden das Verfahren für sehr geeignet (63 Prozent) oder geeignet (32 Prozent), um die besten Projekte zu identifizieren. Zudem wurde die Qualität der vorliegenden Anträge als sehr hoch (75 Prozent) oder hoch (22 Prozent) bewertet. Auch die fachliche Expertise sowie die Diskussionskultur in den Antragspanels wurden überwiegend als gut oder sehr gut bewertet. Für einzelne Auswertungen wurde die Fachzugehörigkeit der befragten Gutachterinnen und Gutachter zu vier Wissenschaftsbereichen gruppiert:

- Lebenswissenschaften (27 Prozent)
- Naturwissenschaften (27 Prozent)
- Ingenieurwissenschaften (25 Prozent)
- Geistes- und Sozialwissenschaften (20 Prozent)

Die Gutachtenden der verschiedenen Disziplinen weisen je nach Themenbereich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in ihren Bewertungen auf. In einem Punkt sind sich die Gutachtenden jedoch besonders einig – und zwar in der Bewertung der Begutachtungskriterien. Disziplinübergreifend wird der Qualität des Forschungsprogramms und der Exzellenz der beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine höhere Bedeutung beigemessen als der Struktur und dem Umfeld des Clusters, also den Rahmenbedingungen, in denen die Forschung stattfindet. Im Vergleich der Mittelwerte findet sich der größte Unterschied bei der Bedeutung der bisherigen Forschungsbeiträge zwischen den Gutachtenden der Geistes- und Sozialwissenschaften (Mittelwert 1,9) und denen der Naturwissenschaften (Mittelwert 1,3). Tendenziell messen die Gutachtenden aus den Geistes- und Sozialwissenschaften und aus den Ingenieurwissenschaften den bisherigen Forschungsbeiträgen der Antragstellenden eine geringere Bedeutung im Begutachtungsprozess zu als Gut-

Bedeutung der Begutachtungskriterien für die persönliche Urteilsbildung nach Wissenschaftsbereichen: Qualität und Exzellenz zählt



Mittelwerte
n = 256 Befragte
Quelle: Clusters of Excellence Review Process

infas

achtende aus den Natur- und Lebenswissenschaften. Im Mittel wird keines der Begutachtungskriterien als unwichtig erachtet.

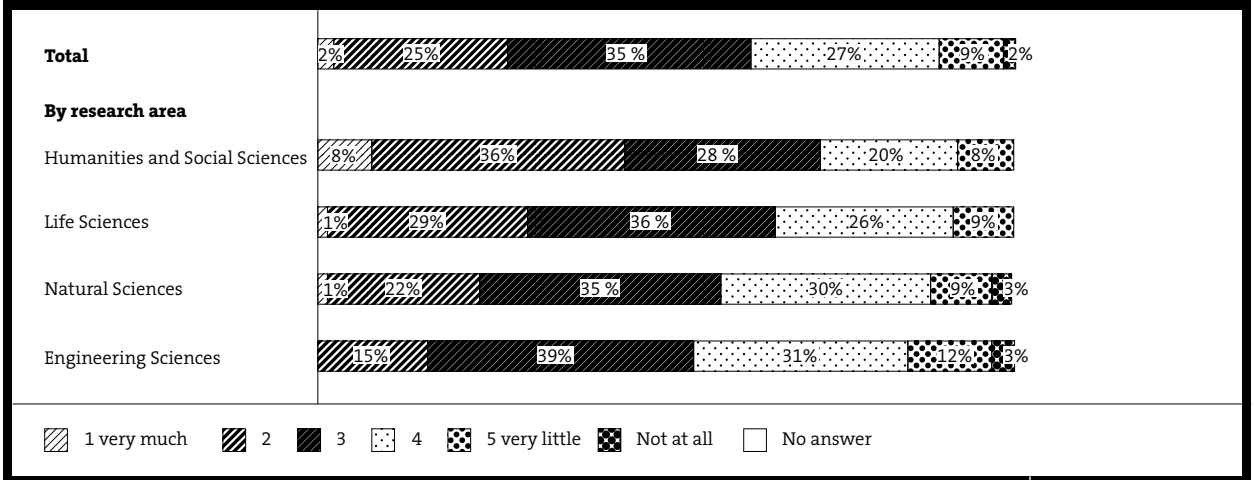
Neben den 13 Hauptkriterien, die sich zu vier Gruppen (das Forschungsprogramm, die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unterstützende Strukturen und Strategien des Exzellenzclusters sowie das Umfeld des Exzellenzclusters) zusammenfassen lassen, behandelt ein weiteres Kriterium die Angemessenheit der beantragten Mittel. Diesem wird insgesamt die geringste Bedeutung bei der Urteilsbildung zugemessen (Mittelwert 2,4).

Deutliche Unterschiede in der Beurteilung zeigen sich bei den zusätzlich zu den von der DFG bereitgestellten recherchierten Informationen. Gutachtende aus den Ingenieurwissenschaften recherchieren überdurchschnittlich oft zusätzliche Leistungsindikatoren (72 Prozent) und Hochschulrankings (34 Prozent), während diese für Gutachtende aus den Geistes- und Sozialwissenschaften eher eine untergeordnete Rolle spielen (22 Prozent und 16 Prozent). Gutachtende aus den Naturwissenschaften stechen dadurch hervor, dass sie vergleichsweise häufiger zusätzliche Informationen bei ihren Kolleginnen und Kollegen einholen (36 Prozent) oder die Internetauftritte der antragstellenden Universitäten zur Recherche nutzen (75 Prozent).

Veränderung der Urteilsbildung im Team

Auf die Sitzungen bereiteten sich die Gutachterinnen und Gutachter durch die Lektüre des Antrags und gegebenenfalls durch eigene Recherchen vor. Danach gefragt, inwieweit sich ihre vorherige Urteilsbildung durch die Gruppensitzung verändert, zeigen sich weitere deutliche Unterschiede zwischen den Wissenschaftsbereichen. 44 Prozent der Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler konstatieren eine sehr starke oder starke Veränderung ihres Urteils infolge der Sitzung. Unter den Ingenieurswissenschaftlern waren es nur 15 Prozent. Unter diesen gab niemand an, dass sich sein Urteil infolge des Begutachtungsprozesses sehr stark verändert habe.

Einfluss der Gruppensitzung auf das Gutachten: Starke Auswirkungen bei Geistes- und Sozialwissenschaftlern



Quelle: Clusters of Excellence Review Process

infas

Zum Weiterlesen

infas-Bericht 2018: Ruiz Marcos, Jonathan, Weiß, Thomas: Clusters of Excellence Review Process, Begutachtung der Exzellenzcluster im Rahmen der Exzellenzstrategie 2018 – Befragung der Gutachtenden, Bericht an Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG), infas. Bonn

DFG-Bericht 2018: Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder. Statistische Übersichten zu den Förderentscheidungen zu Exzellenzclustern (September 2018)

IFQ Bericht 2012: Torger Möller, Philipp Antony, Sybille Hinze, Stefan Hornbostel. Exzellenz begutachtet: Befragung der Gutachter in der Exzellenzinitiative. iFQ-Working Paper No. 11 September 2012.

(alle Empfehlungen auch online verfügbar)

Digitalisierung der Arbeit und der Schatten der Zukunft

Von Holger Schütz

Digitalisierung im Sinne einer stetigen Bedeutungszunahme von Informationstechnologie in allen Lebensbereichen, nicht zuletzt der Arbeitswelt, gilt als einer der Megatrends in den zusehends vernetzten, globalisierten Gesellschaften der Gegenwart. In der Arbeitswelt verändern sich dadurch die Zugangswege zu und die Transparenz von Arbeitsmärkten. Zugleich wandeln sich durch die Digitalisierung grundlegende Arbeitsbedingungen, die Kompetenzanforderungen und Informationsmöglichkeiten für die Ausübung der beruflichen Tätigkeiten. Dieser Digitalisierungstrend gilt als Globalaussage weithin als unstrittig. Im Detail klärungsbedürftig ist allerdings der aktuelle Stand der Digitalisierung, ebenso wie die Erwartungen der (erwerbstätigen) Menschen an die Digitalisierung. Wie sieht es damit aus?

Ein Blick in einige Studien mit infas-Beteiligung trägt zur Klärung bei, darunter die Studien „Quality of work Luxemburg" (Qow), „Koordinaten der Arbeit im Land Bremen" sowie die Studie „Arbeitsqualität und wirtschaftlicher Erfolg" (zitiert als LPP-Studie bzw. Arnold et al. 2017) – alles regelmäßig wiederholte Beschäftigtenbefragungen.

Einsatz digitaler Technik am Arbeitsplatz

Zunächst zur allgemeinen Betroffenheit von Digitalisierung in der alltäglichen Arbeitspraxis. Ist das Glas nun halb voll oder halb leer? Fest steht, Computer- und Internetnutzung prägen den Arbeitsalltag breiter Beschäftigtenmehrheiten (zwischen 70 und 80 Prozent der Beschäftigten in Bremen; über 80 Prozent der Beschäftigten in deutschen Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern (LPP)). Die Nutzungshäufigkeit speziellerer Digitaltechnik fällt dagegen um einiges kleiner aus, wie die bremische Beschäftigtenstudie zeigt. Digitale Lesegeräte, worunter Scanner- und Lasertechnikanwendungen fallen, sind noch weit verbreitet (58 Prozent). Digitale Steuerungseinrichtungen und -instrumente werden hingegen deutlich seltener genutzt (24 Prozent). Noch spezieller und bei noch weniger Arbeitskräften im Einsatz sind digitale Diagnosegeräte (15 Prozent), digitale Fertigungsanlagen und -geräte (elektronische Maschinen, Roboter, 3-D-Drucker; 15 Prozent) sowie innovative Visualisierungstechnologien (wie Datenbrillen und Ähnliches; 6 Prozent). Diese Ergebnisse zeigen, wird relativ genau und nach spezifischen Digitalanwendungen gefragt, ergeben sich deutlich bescheidenere Anteile für diese Anwendungen als wenn mit kumulativen Sammelkategorien gearbeitet wird (wie beispielsweise die Zusammenfassung ganz unterschiedlicher Geräte wie Scanner und Datenbrillen in einem Frageitem; siehe DGB 2016).

Unterschiede der Digitalisierungsbetroffenheit nach Branchen und Berufen

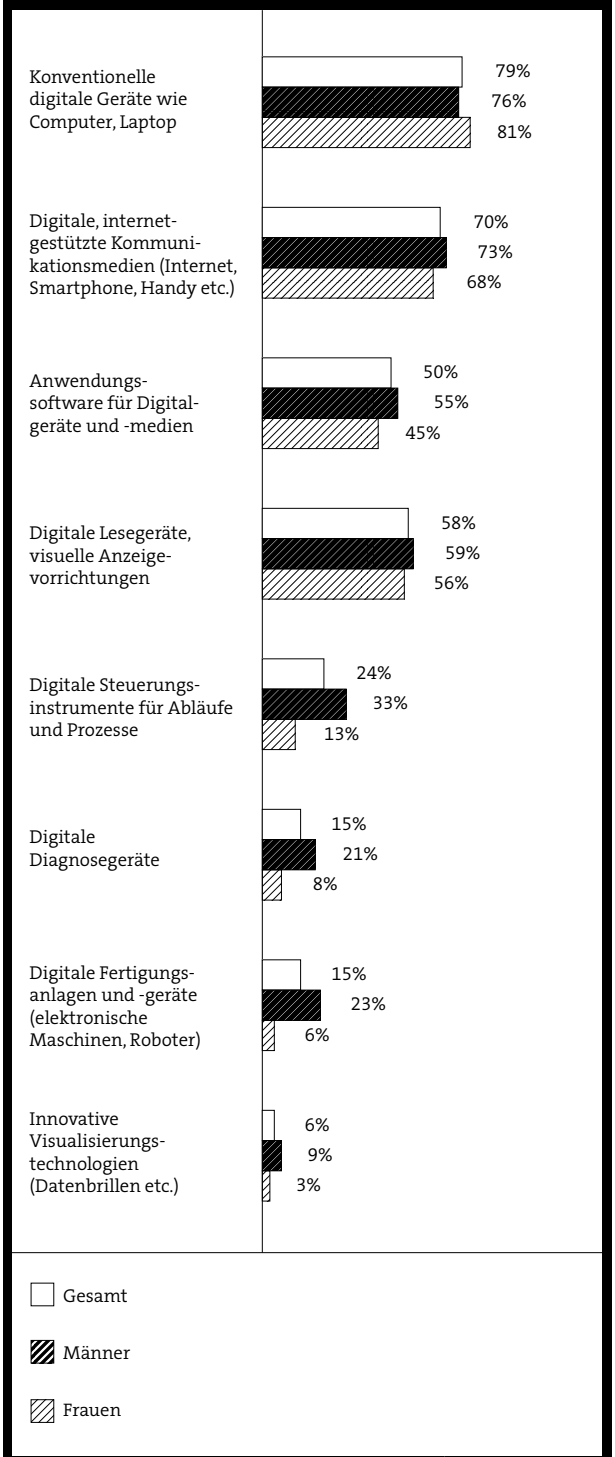
Digitalisierung am Arbeitsplatz unterscheidet sich also hinsichtlich des Technisierungsgrades. Dieser Unterschied im „High-Tech-Faktor" spiegelt sich wiederum auch in der Branchenbetroffenheit von Digitalisierung. Viele Studien, darunter unsere eigenen, unterstreichen die ausgeprägte Relevanz der technikinduzierten Veränderungen vor allem bei Beschäftigten in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie im verarbeitenden Gewerbe. Im Gegensatz dazu fallen

die spürbaren Effekte der Digitalisierung in den meisten anderen Branchen deutlich schwächer aus, am geringsten bei den Beschäftigten im Gastgewerbe und dem Baugewerbe.

Korrespondierend dazu stellt sich das Ausmaß der technologischen Veränderungen vor allem nach Berufsgruppen sehr unterschiedlich dar. Führungskräfte, Akademiker, Techniker und verwandte Berufe sowie Büroarbeitskräfte fühlen sich beispielsweise in Luxemburg besonders stark von Digitalisierungseffekten betroffen. Bei Dienstleistungs- und Verkaufsberufen, im Handwerk oder auch bei Anlagenbedienern und Monteurberufen spielt Digitalisierung dagegen noch eine vergleichsweise kleine Rolle. In Bremen haben sich insbesondere unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe (51 Prozent), IT- und naturwissenschaftliche Berufe (49 Prozent) und fertigungstechnische Berufe (45 Prozent) in den letzten drei Jahren durch Digitalisierung verändert, Reinigungsberufe (13 Prozent) und soziale und kulturelle Dienstleistungsberufe (22 Prozent) am wenigsten. Die LPP-Studie bestätigt, je höher das Ausbildungsniveau, desto häufiger wird Informations- und Kommunikationstechnik praktisch im Beruf genutzt (Arnold et al. 2017).

Die Betroffenheit von Digitalisierung wird unter anderem am Ausmaß der Veränderung der Arbeit durch digitale Technologien in einem definierten Bezugsrahmen gemessen. So geben etwa im Bundesland Bremen insgesamt 36 Prozent der Beschäftigten ein hohes Maß an digitalisierungsbedingten Veränderungen am Arbeitsplatz in den letzten drei Jahren an. Ist dies nun viel oder wenig? Fest steht: Wird etwas allgemeiner – und damit eher ungenauer – gefragt (wie: „In welchem Maße betrifft die Digitalisierung auch Ihre Arbeit?“), steigt auch die gemessene Digitalisierungsbetroffenheit. Bei den Beschäftigten in Luxemburg zeigen sich demzufolge insgesamt 56 Prozent in hohem Maße betroffen (Qow 2017), bei den Beschäftigten in Deutschland 60 Prozent (DGB 2016).

Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsplatz: Konventionelle Geräte dominieren



dargestellt Anteil „Ja“, n = 2.005 Befragte
Quelle: Koordinaten der Arbeit im Bundesland Bremen 2017

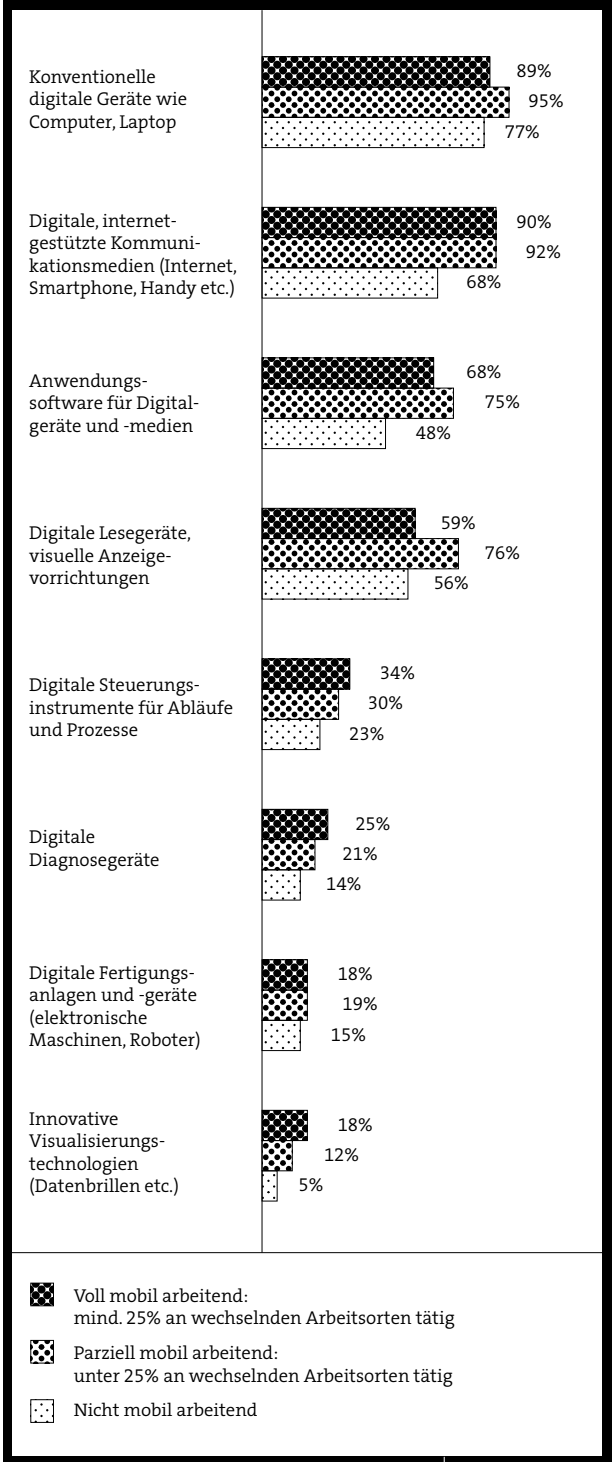
infas

Digitalisierungsbetroffenheit als „Mobilarbeit“

Um einer Antwort auf die Frage der Digitalisierungseffekte am Arbeitsmarkt noch näher zu kommen, ist es hilfreich, einen Blick auf besondere Beschäftigtengruppen zu werfen. So sind im Zuge der Digitalisierung auch neue – und umstrittene – Erwerbsformen wie zum Beispiel Plattformbeschäftigung („Crowdworking“) entstanden (dazu u.a. Schmidt 2016). Der genaue Umfang plattformbasierter Erwerbsarbeit ist indes unbekannt. Aus den verfügbaren, zum Teil unsicheren befragungsbasierten Studien lässt sich allenfalls eine ungefähre Größenordnung von 0,5 bis 1 Prozent der Erwerbspersonen abschätzen (vgl. Maier & Viete 2017).

Bei den sogenannten Mobilbeschäftigten – als einer Untergruppe von regulär abhängig Beschäftigten – sind die Größenordnungen besser quantifizierbar. Bei Mobilbeschäftigten fallen regelmäßige mobile Arbeitsorte mit gleichzeitiger Angewiesenheit auf

Digitale Technologien und mobile Arbeit: Nicht ohne Smartphone



dargestellt Anteil „Ja“, n = 2.005 Befragte
Quelle: Koordinaten der Arbeit im Bundesland Bremen 2017

infas

Digitaltechnik zusammen (vgl. Brandt 2010; Brandt & Brandl 2008). Solche Mobilbeschäftigten können demnach als die Erwerbstätigengruppe begriffen werden, die im Vergleich zu anderen Beschäftigtengruppen in besonders hohem Maße entgrenzt und digital arbeitet.

Wie groß ist diese Gruppe?

In Bremen liegt der Anteil der „Voll-Mobilarbeitenden“, die mindestens 25 Prozent ihrer Arbeitszeit an wechselnden Arbeitsorten tätig sind und hierbei auf mobile und digitale Technik angewiesen sind, bei 3,6 Prozent der Beschäftigten. Dabei handelt es sich vor allem um Arbeitskräfte in Berufen der Fertigungstechnik, in Führung und Management, sozialen und kulturellen Dienstleistungen sowie in Verkehr und Logistik. In Luxemburg umfasst der Anteil der Mobilbeschäftigten (bei ähnlicher, aber nicht ganz identischer Operationalisierung) sogar nur etwas über 2 Prozent, die überwiegend auf Beschäftigte in akademischen und technischen Berufen entfallen. Zusammengefasst erscheint das Ausmaß der Digitalisierung gemessen an der Beschäftigungsform der Mobilarbeit also definitiv noch weit entfernt von einem Massenphänomen.

Weiterbildung und Lebenslanges Lernen

Von den Beschäftigten, die sich selber als hoch digitalisierungsbetroffen einschätzen, gehen jeweils große Mehrheiten der Beschäftigten von einem sehr hohen individuellen Weiterbildungs- oder Weiterentwicklungsbedarf aus, um mit den digitalisierungsbedingten Änderungen Schritt halten zu können. Für das Bundesland Bremen wie für die Bundesrepublik insgesamt (LPP-Studie) sind dies jeweils über drei Viertel (jeweils um 78 Prozent), in der Luxemburger Studie (2017) liegt der entsprechende Wert bei gut zwei Dritteln. Diese Beschäftigten konstatieren auch mehrheitlich eine technologisch bedingte Zunahme der zu erledigenden Aufgaben (70 Prozent Bremen, 54 Prozent QuW, 65 Prozent LPP-Studie). Nur etwa 20 Prozent der Befragten in Bremen fürchten Einschränkungen des persönlichen Tätigkeitsprofils aufgrund der technologischen Neuerungen (LPP-Befragung: 15 Prozent).

Digitalisierung und Unsicherheit der Zukunft

Von der Digitalisierung werden auch weitreichende Änderungen bei der Beschäftigungsentwicklung insgesamt und bei Berufsgruppen erwartet. Prognosen dazu bleiben aber notwendig mit Unsicherheiten behaftet, die Plausibilität von Szenarien hängt von ihren Annahmen ab (vgl. Vogler-Ludwig 2017; BIBB/IAB 2015). Zugleich bildet der Faktor Zeit die kritische Größe. Je länger der Schatten der Zukunft, desto ungenauer und unzuverlässiger werden Aussagen zum Beispiel zu erwartbaren Nachfragestrukturen oder zu Qualifikationsbedarfen.
Zugleich führt Digitalisierung auch bei Beschäftigten zu Verunsicherungen und Unsicherheiten mit Blick auf die Zukunft. So ist immerhin für ein knappes Zehntel der bremischen Arbeitnehmerschaft ein technologisch

bedingter Wegfall des Arbeitsplatzes Anlass zur Sorge. In der LPP-Studie (Arnold et al. 2017) halten 13 Prozent der Beschäftigten eine Übernahme ihrer Tätigkeit durch Maschinen in den nächsten zehn Jahren für wahrscheinlich, bei Geringqualifizierten ist dieser Wert mehr als doppelt, bei Höherqualifizierten nur halb so hoch.

Bei einem Fünftel der Deutschen liegt überdies zum Beispiel Unsicherheit darüber vor, welche Ausbildung den eigenen Kindern angesichts der Digitalisierung empfohlen werden kann, so die Vermächtnisstudie von ZEIT, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und infas (Erhebungswelle 2018). Bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss betrifft diese Unsicherheit sogar ein Drittel. Etwa ebenso hoch (30 Prozent) ist in der Vermächtnisstudie der Anteil derjenigen, die eine Übernahme und Durchdringung der Lebenswelt durch Digitaltechnologien (Automatisierung, künstliche Intelligenz) befürchten, einhergehend mit hohen Arbeitsplatzverlusten und persönlicher Machtlosigkeit.

Im Gegensatz dazu wird die Notwendigkeit zum lebenslangen Lernen mit hoher Selbstverständlichkeit angenommen, die Digitalisierung bedeutet in dieser Hinsicht auch gar nichts Neues. Außerdem, so dieselbe Studie, zeigen sich rund zwei Drittel der Befragten zuversichtlich, dass Digitalisierung in der Zukunft als wichtiger und zugleich selbstverständlicher Teil des Lebens angesehen wird.

Fazit

Computer- und Internetnutzung sind im Arbeitsalltag der meisten fest verankert, aber die Verbreitung spezieller, innovativer Digitaltechniken konzentriert sich bei Beschäftigten in Branchen der Informations- und Kommunikationstechnik und dem verarbeitenden Gewerbe. Für Beschäftigte mit einem höheren Ausbildungslevel und qualifizierten Funktionen wirkt sich die Digitalisierung der Arbeitswelt bisher am deutlichsten aus. Spürbare Veränderungen am Arbeitsplatz durch Digitalisierung treffen aber keineswegs flächendeckend auf alle Beschäftigten(gruppen) zu. Auch die Anteile regulär (abhängig) Beschäftigter, die unter Einsatz von Digitaltechnik regelmäßig an mobilen Arbeitsorten tätig sind, sind momentan eher noch gering. Digitalisierung ist in aller Munde, durchdringt aber mitnichten schon alle Tätigkeiten und Berufe. Inwieweit eine ubiquitäre Digitalisierung tatsächlich die Zukunft der Arbeitswelt bestimmen wird, ist insofern längst noch nicht ausgemacht.

Digitalisierungsängste sind gerade bei Beschäftigten in einfacheren Tätigkeiten und mit geringerem Qualifikationsniveau stärker verbreitet. Der Digitalisierung wird in Deutschland aber im Grunde mit Zuversicht begegnet. Insofern ist der Schatten der Zukunft zwar lang, aber nicht nur dunkel. Breite Mehrheiten der Beschäftigten und Erwerbspersonen erachten zudem Weiterbildungsbereitschaft und lebenslanges Lernen als notwendig und sinnvoll, entscheidend ist aber die realisierte Weiterbildung. In dieser Hinsicht wird es in der Praxis unter anderem zusehends wichtiger werden, gerade die Weiterbildungsbeteiligung von Geringerqualifizierten weiter zu erhöhen, damit sich die vielfach befürchtete zunehmende Kluft zwischen Digitalisierungsgewinnern und -verlierern nicht zu weit öffnet.

Zum Weiterlesen

Arnold, D., S. Butschek, S. Steffes, D. Müller (2017): Digitalisierung am Arbeitsplatz: Bericht. Nürnberg. (Forschungsbericht 468 des Bundesministeriums Arbeit und Soziales).

BIBB/IAB (2015): Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. Autoren: M.I. Wolter, A. Mönnig, M. Hummel, C. Schneemann, E. Weber, G. Zika, R. Helmrich, T. Maier, C. Neuber-Pohl. Nürnberg: IAB

Brandt, C. (Hg. (2010): Endbericht des Projektes „OnFormA" - Online Forum mobile Arbeit – Berlin, ver.di Bundesverwaltung

Brandt, C., Brandl, K.-H. (2008): Von der Telearbeit zur mobilen Arbeit ..., in: Computer und Arbeit 3/2008: 15–20.

DGB (2016): DGB-Index Gute Arbeit: Der Report 2016. Themenschwerpunkt: Die Digitalisierung der Arbeitswelt – Eine Zwischenbilanz aus der Sicht der Beschäftigten. Berlin.

Maier, M.F. & S. Viete (2017): Plattformbasierte Erwerbsarbeit: Stand der empirischen Forschung. Unter Mitarbeit von M. Ody (IZA). Mannheim: ZEW (BMAS-Forschungsbericht 498)

Schmidt, F. (2016). Arbeitsmärkte in der Plattformökonomie – Zur Funktionsweise und den Herausforderungen von Crowdwork und Gigwork. Bonn: FES

Schütz, H. (2017): Koordinaten der Arbeit im Land Bremen. Befragung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 2017. Eine Studie von infas im Auftrag der Arbeitnehmerkammer Bremen. Bremen/Bonn

Schütz, H. & Harand, J. (2017): Bericht Quality of work Luxembourg 2017, Bonn: infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft.

Vermächtnisstudie von ZEIT, WZB und infas, Welle IV, 2018/2019, 2.070 Befragte

Vogler-Ludwig, K. (2017). Beschäftigungseffekte der Digitalisierung – eine Klarstellung, in: Wirtschaftsdienst: S. 861–870

Viel Zuversicht – Zukunftserwartung im Zeitverlauf

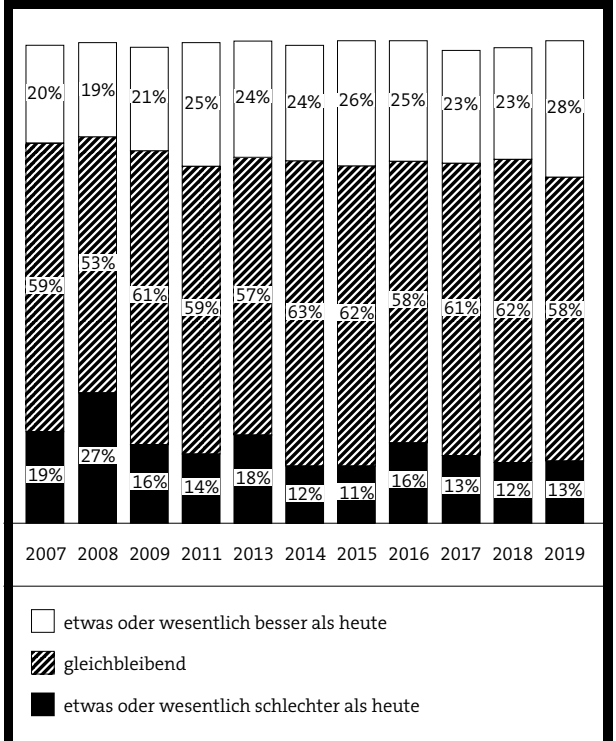
Von Maurice Meyer

Im Moment des Innehaltens besteht die Möglichkeit, den Blick in die Zukunft zu richten. Für sozialwissenschaftliche Bevölkerungsumfragen werden Personen regelmäßig um eine Einschätzung ihrer persönlichen Lebensbedingungen in den nächsten Jahren gebeten. Eine solche Prognose ist mitunter nicht leicht, doch die meisten Menschen haben zumindest eine Vermutung darüber, wie sich ihre Zukunft entwickeln könnte. Nur ein geringer Anteil an Personen gibt bei entsprechenden Fragen an, dass er oder sie die Frage nicht beantworten kann oder es nicht weiß. Das gilt auch für Fragen nach den Zukunftsaussichten der Bundesrepublik insgesamt, die noch deutlich schwieriger zu beurteilen sind.
infas erhebt bereits seit 2007 mit ausgewählten Frageinstrumenten die Zukunftserwartungen der Bundesbürger ab 18 Jahren. Das ermöglicht es uns, zu untersuchen, wie sich die Erwartungen über die vergangenen Jahre gewandelt haben: Sind die Menschen nach der internationalen Finanzkrise im Jahr 2008 zunehmend pessimistisch geworden? Wie beurteilen junge Menschen, denen der Großteil ihres Lebens noch bevorsteht, die Zukunft der Bundesrepublik und ihre eigenen Perspektiven? Für die Beantwortung solcher und ähnlicher Fragen geben die Befragungsdaten der infas-Studie interessante Hinweise.

Zukunftserwartung nach der Finanzkrise

Die Finanzkrise führte auch in Deutschland zu einer massiven Verringerung des Wirtschaftswachstums. Im Zeitverlauf erholte sich die Bundesrepublik allerdings relativ bald von diesem wirtschaftlichen Einbruch. Die internationale Finanzkrise stand dennoch über lange Zeit im Fokus der Medienberichterstattung. Haben die Bundesbürger auf diese Entwicklung reagiert? Die Abbildung zeigt: Im Jahr 2008 war der Anteil derjenigen, die glauben, ihre persönliche wirtschaftliche Lage werde im nächsten Jahr schlechter sein, mit 27 Prozent um 8 Prozentpunkte höher als im Jahr 2007. Im Gegensatz dazu hat der Anteil von Bürgern, die meinen, ihre wirtschaftliche Lage würde in der nahen Zukunft gleich

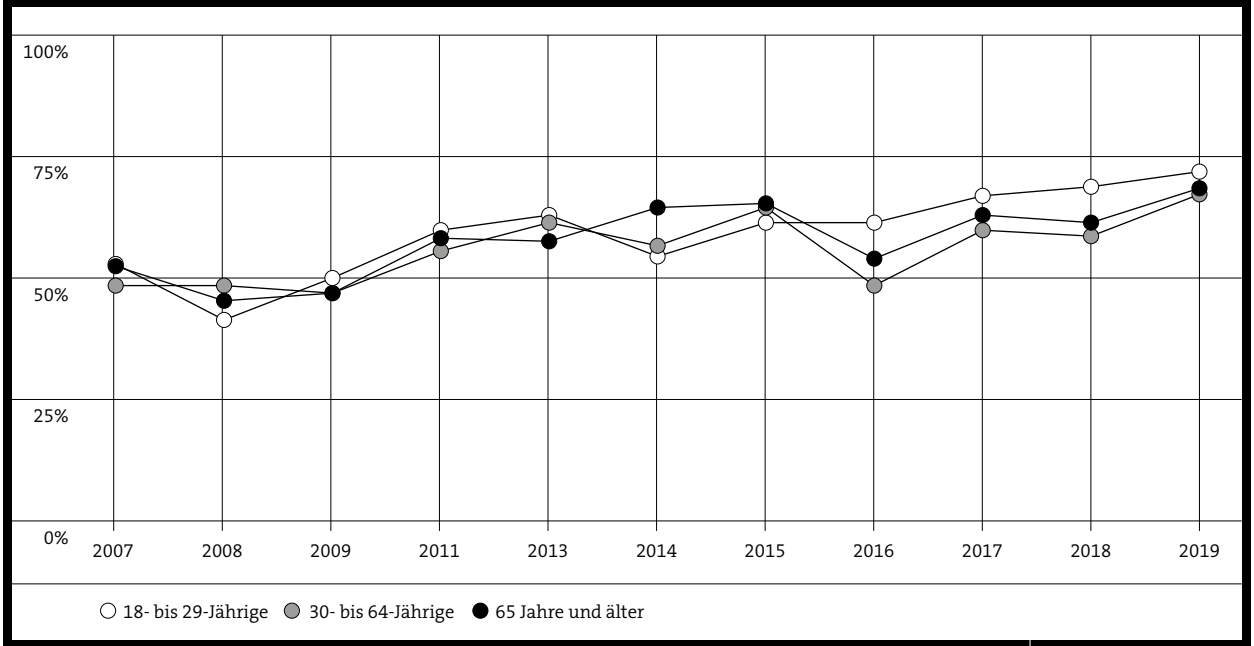
Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr: Kein Pessimismus nach der Finanzkrise



Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein?
n = 20.034 Befragte ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex)

infas

Gesicherte Zukunft in der Bundesrepublik: Höchstes Zustimmungsniveau im Jahr 2019



Was ist Ihr Eindruck: Kann man in den nächsten zwei bis drei Jahren mit einer gesicherten Zukunft in der Bundesrepublik rechnen, oder haben Sie nicht den Eindruck? dargestellt: Anteil „ja", n = 20.034 Befragte ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex)

infas

bleiben, in fast demselben Maße abgenommen. Nach 2008 ist der Trend bis ins erste Quartal 2019 insgesamt positiv mit einem leichten negativen Knick in den Jahren 2013 und 2016. Die Wahrnehmung der persönlichen wirtschaftlichen Lage fällt unter den Bundesbürgern also gegenwärtig positiver aus als zu Beginn des Untersuchungszeitraums.

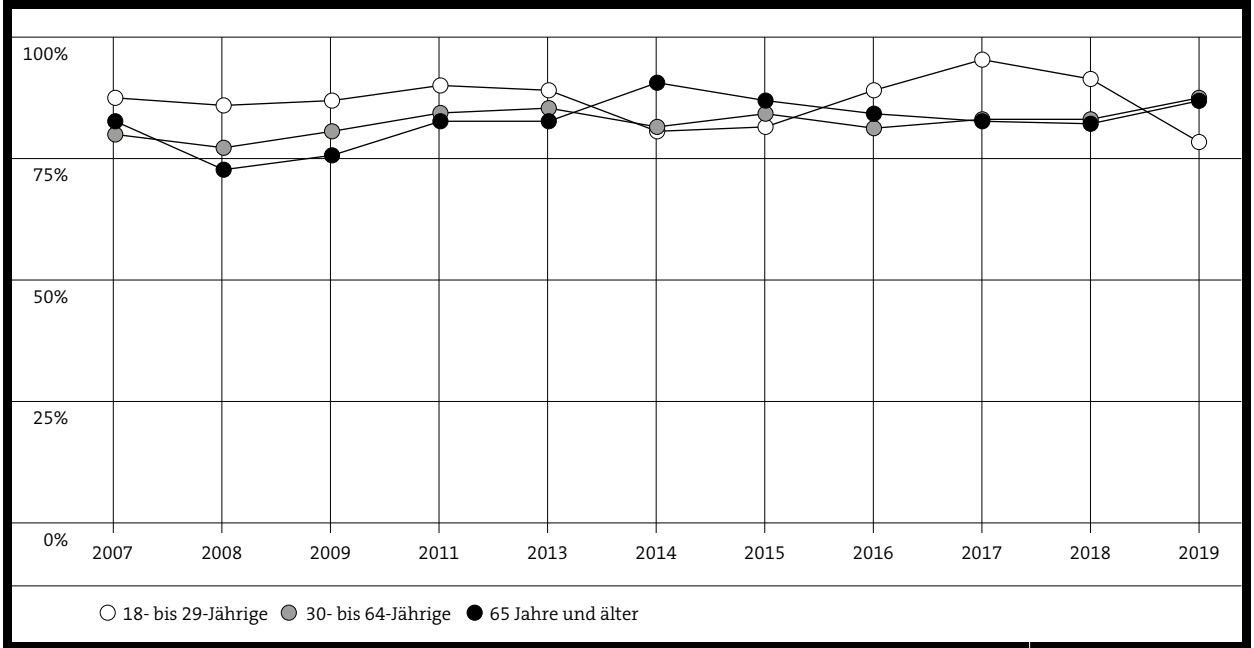
Doch wie beurteilen die Menschen die Zukunftsaussichten der Bundesrepublik insgesamt? Für die infas-eigene Erhebung wurden Studienteilnehmer auch danach gefragt, ob sie den Eindruck haben, dass man in den kommenden zwei bis drei Jahren mit einer gesicherten Zukunft in der Bundesrepublik rechnen kann.

Besonders die junge Bevölkerung im Alter unter 30 Jahren sieht die Zukunft der Bundesrepublik im Jahr 2008 pessimistischer als im Jahr zuvor. Weniger als die Hälfte der unter 30-Jährigen (41 Prozent) hatte damals den Eindruck, man könne in den nächsten zwei bis drei Jahren mit einer gesicherten Zukunft in der Bundesrepublik rechnen. 2007 war dieser Anteil in der jungen Bevölkerungsgruppe um rund 10 Prozentpunkte höher. Allerdings steigt dieser Wert von 2008 bis 2013 stetig auf 63 Prozent an und ist damit noch einmal deutlich höher als im ersten Jahr der Erhebung. Auch in den anderen Altersgruppen steigt der Anteil optimistischer Bürger bis 2013 fast kontinuierlich. In der ältesten Gruppe setzt sich diese Entwicklung sogar bis ins Jahr 2015 fort. Die Daten deuten demnach nicht auf langfristige negative Einflüsse der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Erwartungen an die Zukunft der Bundesrepublik hin. Im ersten Quartal 2019 ist der Anteil an Personen, die glauben, dass mit einer gesicherten Zukunft in der Bundesrepublik zu rechnen ist, in allen Altersgruppen am höchsten. Der Anteilswert liegt in den drei Gruppen jeweils bei über 65 Prozent. Ihre persönliche Zukunft sehen indes mehr Menschen optimistisch, als es in Bezug auf die Zukunft der Bundesrepublik der Fall ist. Über die gesamte Beobachtungszeit hinweg liegt der Anteil derjenigen, die ihrer Zukunft zuversichtlich entgegensehen, bei über 70 Prozent.

Junge Erwachsene pessimistischer

Allerdings ist hier ein Rückgang optimistischer Antworten in der Befragtengruppe der über 65-Jährigen in den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beobachten. Ein ähnlicher Rückgang ist bei der Gruppe der unter 30-Jährigen – anders als bei der Frage zur Zukunft der Bundesrepublik – nur in geringerer Ausprägung festzustellen. Bemerkenswert ist aber insbesondere, welche Entwicklung das Antwortverhalten in dieser Bevölkerungsgruppe gerade in den letzten Jahren genommen hat. Nach einem Tiefpunkt in den Jahren 2014 und 2015 gab es einen positiven Trend, der seinen Höhepunkt im Jahr 2017 einnahm. In diesem Jahr lag der Anteil optimistischer Antworten von unter 30-Jährigen knapp über 10 Prozentpunkte höher als in den anderen beiden Altersgruppen. Bis zum ersten Quartal 2019 hat sich dieser Trend jedoch offensichtlich umgekehrt, sodass die jüngste Bevölkerungsgruppe nun weniger optimistisch erscheint als die älteren Bevölkerungsteile. Vor

Erwartungen an die persönliche Zukunft:
Junge Erwachsene zunehmend pessimistisch



Und wie sehen Sie allgemein Ihre persönliche Zukunft? dargestellt: Top-Box, Anteil 1 und 2 auf einer Skala von 1 = optimistisch bis 4 = pessimistisch, n = 20.034 Befragte ab 18 Jahren
Quelle: infas Lebenslagenindex (ilex)

infas

allem im Vergleich mit den über 65-Jährigen, die sich möglicherweise aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen vermehrt um die persönliche Zukunft sorgen, wäre zu erwarten, dass die junge Bevölkerungsgruppe höhere Anteilswerte aufweist. Das ist keineswegs in allen Erhebungsjahren der Fall. Eine Tendenz zum Pessimismus in Bezug auf die eigene Zukunft kann auch Anlass für politische Proteste sein, wie sie zum Beispiel im Rahmen der „Fridays for Future-Bewegung" gegenwärtig zu beobachten sind. Vielleicht werden die Antworten junger Menschen weniger durch Sorgen um die eigene Gesundheit oder das finanzielle Auskommen als durch Befürchtungen um die ökologische Grundlage der persönlichen Lebensbedingungen beeinflusst. Diese These lässt sich mit den vorliegenden Daten nicht überprüfen, sie könnte aber Gegenstand zukünftiger Untersuchungen sein.

Zum Weiterlesen:
Oliver Quiring/Hans Mathias Kepplinger/Mathias Weber/Stefan Geiß (Hrsg.), Lehman Brothers und die Folgen. Berichterstattung zu wirtschaftlichen Interventionen des Staates. Wiesbaden: Springer VS

Wie sicher ist die Rente? Eine volkswirtschaftliche Analyse – nicht nur zum 60sten

Von Johannes Leinert

Knapp drei Jahre älter als infas ist sie – die gesetzliche Rentenversicherung, wie wir sie kennen. Am 21. Januar 1957 beschloss der Bundestag auf Bestreben des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, die gesetzliche Altersvorsorge völlig neu zu organisieren. Im bisherigen bismarckschen Rentensystem waren die Renten selbst angespart worden und stellten nur einen Zuschuss zum Lebensunterhalt im Alter dar. Nun sollten die gesetzlichen Renten zu einer echten Lohnersatzleistung ausgebaut und im Umlageverfahren finanziert werden.

Kritiker warnten vor Finanzierungsproblemen im Umlageverfahren, wenn sich die Relation von jungen Beitragszahlern zu älteren Rentenbeziehern verringert. Dem widersprach Adenauer vor gut 60 Jahren mit der Bemerkung: „Kinder kriegen die Leute immer."

Rund 30 Jahre später warb Bundesarbeitsminister Norbert Blüm für die gesetzliche Rentenversicherung mit dem Spruch „Denn eins ist sicher: Die Rente". Nein, ist sie nicht, weil sie auf dem Umlageverfahren basiert und mit dem demografischen Wandel die Bevölkerung schrumpft und altert, erneuerten die Kritiker ihre Warnungen. Deswegen müssten die Renten kapitalgedeckt sein wie die private und betriebliche Altersvorsorge, um sicher zu sein. Dann kamen Finanzmarktkrise und Niedrigzinspolitik. Und es bleibt die Frage: Welche Rente ist denn nun sicher – die umlagefinanzierte gesetzliche Rente oder die kapitalgedeckte private und betriebliche Altersvorsorge?

In einem Umlageverfahren werden die Beiträge nicht angespart. Stattdessen reicht die gesetzliche Rentenversicherung die Beiträge der Erwerbstätigen direkt an die heutigen Ruheständler weiter, um deren Rente zu finanzieren – deswegen der Begriff „Umlageverfahren". So geht das Generation für Generation: Die jeweiligen Erwerbstätigen finanzieren immer die Rentenzahlungen an die jeweiligen Ruheständler. Daher wird auch vom „Generationenvertrag" gesprochen.

Das Kapitaldeckungsverfahren sieht zunächst ganz anders aus. Hier unterstützt nicht eine Generation die nächste, sondern jeder spart für sich – sei es über „normale" Geldanlage, Fonds, private Lebens- oder Rentenversicherungen oder betriebliche Altersversorgung. Im Ruhestand werden dann die Rentenzahlungen finanziert, indem das angesparte Kapital nach und nach aufgelöst wird. Die Renten sind also durch Kapital gedeckt, daher der Begriff „Kapitaldeckungsverfahren".

Auf den ersten Blick unterscheiden sich die beiden Rentensysteme demnach fundamental. Im demografischen Wandel, so scheint es zunächst, hat das Kapitaldeckungsverfahren deutliche Vorteile. Denn wenn eine sinkende Anzahl von Erwerbstätigen eine steigende Anzahl von Rentnern und Pensionären bezahlen muss, sieht das nach klaren Nachteilen für das Umlageverfahren aus – allerdings nur bei oberflächlicher Betrachtung.

> Egal ob Umlageverfahren oder Kapitaldeckungsverfahren: In beiden Fällen muss das Geld von jemandem erwirtschaftet werden.

Zwei Varianten, ein Problem

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass Umlageverfahren und Kapitaldeckungsverfahren im Kern sehr ähnlich sind – auch im demografischen Wandel. Denn egal ob die Ruheständler ihr Geld aus dem Umlageverfahren oder dem Kapitaldeckungsverfahren erhalten: In beiden Fällen muss das Geld von irgendjemandem erwirtschaftet werden. Im Falle der gesetzlichen Rentenversicherung sind es die aktuellen Beitragszahler, die mit einem Teil ihres Einkommens die Renten finanzieren. Im Falle der pri-

vaten und betrieblichen Altersvorsorge sind dies die aktuellen Sparer, die den Rentnern ihre Kapitalanlagen abkaufen – auch sie müssen das Geld dafür erwirtschaften. Die Sparer für eine kapitalgedeckte Rente sind in der Regel die Erwerbstätigen; diejenigen, die ihr Vorsorgekapital zugunsten monatlicher Rentenleistungen auflösen, die Rentner. Vereinfacht ausgedrückt gilt also in beiden Rentensystemen: Die aktuellen Erwerbstätigen finanzieren die Renten der aktuellen Ruheständler. Nur erfolgt im Umlageverfahren diese Finanzierung direkt, während im Kapitaldeckungsverfahren die Kapitalmärkte dazwischengeschaltet sind.

Dass das Kapitaldeckungsverfahren genauso wie das Umlageverfahren auf Erwerbstätige angewiesen ist, verdeutlicht das folgende Beispiel: Die gesamte Bevölkerung wohnt auf einer Insel. Eines Tages begeben sich alle Erwerbstätigen auf einen Ausflug; auf dem Programm steht eine zweitägige Kreuzfahrt. Die Ruheständler bleiben auf der Insel zurück. Plötzlich geraten alle Schiffe der Erwerbstätigen in einen Sturm. Sie kehren nie wieder zurück. Bei einem reinen Umlageverfahren käme zu dieser Katastrophe ganz offensichtlich noch der finanzielle Ruin für die Ruheständler dazu: Keine Erwerbstätigen, keine Beitragszahler, keine Renten.

Glück im Unglück: Die Insulaner hatten seit jeher auf das Kapitaldeckungsverfahren gesetzt. Die Ruheständler haben prall gefüllte Sparkonten, Aktien und Wertpapierdepots. Nur – was sollen sie damit anfangen? All das Geld und all die Depots sind auf einen Schlag wertlos geworden. Jetzt gibt es niemand mehr, der die Zinsen für die Geldanlage der Ruheständler erwirtschaften oder ihnen die Aktien und Wertpapiere abkaufen kann. Auch das Bargeld ist wertlos geworden, da man nichts mehr damit kaufen kann. Denn keiner, der bisher die Güter für die Ruheständler produziert hat, ist noch da. Die einzige Möglichkeit, die den Ruheständlern jetzt noch bleibt, ist es, selbst wieder erwerbstätig zu werden. Genau das wäre auch in einem Umlageverfahren der Fall gewesen.

Die Krux mit dem demografischen Wandel

Die Diskussion um das „bessere" Rentensystem wird meist mit Verweis auf den demografischen Wandel geführt, also der Entwicklung, dass die Bevölkerung in Deutschland zugleich schrumpft und altert. Was bedeutet das für das Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren? Am besten lässt sich diese Frage beantworten, wenn diese beiden Merkmale des demografischen Wandels gedanklich getrennt werden (auf das dritte Merkmal des demografischen Wandels, die Migration, wird zur Vereinfachung nur am Rande eingegangen).

Angenommen, auf der Seite der Erwerbstätigen ändert sich nichts – weder ihre Wirtschaftsleistung noch die Mittel, die sie den Ruheständlern zur Verfügung stellen (sei es über Beiträge, die sie zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlen, oder über das Aufkaufen der Aktien und Wertpapiere der Ruheständler). Dann bedeutet eine längere Lebenserwartung der Ruheständler zwangsläufig, dass die vorhandenen Mittel zur Finanzierung der Renten über einen längeren Zeitraum gestreckt werden müssen, wenn das Renteneintrittsalter nicht erhöht wird. Pro Monat bleibt also nur noch weniger Geld für die Rentenzahlungen übrig. Dieser Mechanismus gilt in jedem Rentensystem, ganz gleich, ob es sich um ein Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren handelt.

Was passiert, wenn die Bevölkerung schrumpft

Angenommen, auf der Seite der Ruheständler ändert sich nichts. Ihre Lebenserwartung bleibt ebenso unverändert wie die durchschnittliche Anzahl der Jahre, in denen sie ihre Renten beziehen. Was passiert dann, wenn die Geburtenraten so niedrig ausfallen, dass weniger Menschen geboren werden als sterben?

> Das Kapitaldeckungsverfahren funktioniert nur dann gut, wenn es genügend Erwerbstätige und Sparer gibt, die den Ruheständlern ihre Kapitalanlagen abkaufen.

Im Umlageverfahren wird jedes Jahr genau das Geld an die Ruheständler ausgezahlt, das über die Beiträge der Erwerbstätigen eingenommen wird. Eine „Verzinsung" der Beiträge ergibt sich, wenn die Summe der Beiträge von Jahr zu Jahr ansteigt – etwa wenn die Wirtschaft wächst und die Einkommen der Erwerbstätigen steigen. Stehen der Rentenversicherung 1,5 Prozent mehr Beitragsgelder zur Verfügung als im Vorjahr, weil die Summe der Löhne und Gehälter entsprechend angestiegen ist, stellt das die „Verzinsung" im Umlageverfahren dar.

Allerdings: Entscheidend ist dabei immer die Summe der Rentenbeiträge. Wenn weniger Kinder geboren werden, wachsen weniger Erwerbstätige nach. Dann steigt auch die Summe der Beiträge langsamer an oder schrumpft sogar – es gibt ja nur noch eine geringere Anzahl von Beitragszahlern, die etwas zur Beitragssumme beisteuern. Damit führen im Umlageverfahren geringe Geburtenraten zwangsläufig zu einer niedrigeren „Verzinsung". Es sei denn, der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen wird durch längere (Wochen- oder Lebens-)Arbeitszeiten, durch Zuwanderer oder durch eine deutlich gestiegene Arbeitsproduktivität kompensiert. Sonst bleibt zur Kompensation nur noch die Möglichkeit, die Beiträge zu erhöhen.

Das Kapitaldeckungsverfahren funktioniert gut, wenn es genügend Erwerbstätige bzw. Sparer gibt, die den Ruheständlern ihre Kapitalanlagen abkaufen. Genau das ist aber bei sinkenden Geburtenraten fraglich: Wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und den geburtenschwachen Jahrgängen ihre Wertpapiere, Aktien oder Immobilien verkaufen wollen, trifft ein (zu) ho-

hes Angebot auf eine (zu) geringe Nachfrage. Der Preis sinkt, die Ruheständler bekommen weniger Geld für ihre Kapitalanlagen als geplant und erhofft. Vergleichbares gilt, wenn die geburtenstarken Jahrgänge den geburtenschwachen Jahrgängen ihr Kapital nicht verkaufen, sondern leihen wollen – wenn sie also Kredite vergeben wollen. Auch hier trifft ein (zu) hohes Angebot auf eine (zu) niedrige Nachfrage: Der „Preis" für Kredite, das heißt die Verzinsung, geht zurück. Auch im Kapitaldeckungsverfahren führen also sinkende Geburtenraten zu sinkenden Zinsen.

Allerdings sind die Geburtenraten in Deutschland im weltweiten Vergleich besonders niedrig. Im Kapitaldeckungsverfahren besteht die Möglichkeit, das Geld in Ländern anzulegen, in denen die erwerbstätige Bevölkerung (noch) nicht schrumpft oder sogar wächst. Das ist insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern der Fall. Eine Geldanlage in diesen Ländern birgt jedoch zusätzliche, auch politische, Risiken. Darüber hinaus besteht bei jeder Geldanlage außerhalb der Euro-Zone das Risiko, dass die Wechselkurse sich ungünstig entwickeln. Im Kapitaldeckungsverfahren kann der demografisch bedingte Renditeverlust zwar begrenzt werden – aber nur um den Preis eines höheren Risikos.

Die Konsequenzen für die Alterssicherung

Seriöse Langfristprognosen über die Rentensysteme im Vergleich sind nicht möglich. Sie würden von zu vielen zu komplexen Annahmen abhängen, die eintreten können oder auch nicht. Hilfreicher ist es, sich auf die grundsätzlichen Ergebnisse zu konzentrieren:

• Rentenleistungen werden sinken: Die monatlichen Rentenleistungen werden in einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung geringer ausfallen, egal ob sie aus einer umlagefinanzierten oder kapitalgedeckten Rentenversicherung kommen. Übersteigt die Inflationsrate die Rentenerhöhungen, sinkt die Kaufkraft der Rentner. Wenn ein Sinken der monatlichen Rentenzahlungen abgemildert werden soll, muss die Gesellschaft mehr Geld in die Alterssicherung stecken, egal ob über höhere Steuerzuschüsse, Sozialversicherungsbeiträge oder Beiträge zur privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Oder das Alter, ab dem Rentenleistungen gezahlt werden, wird erhöht. Dann müssen die verfügbaren Mittel nur noch über einen weniger langen Zeitraum gestreckt werden; die Rentenleistungen pro Monat sinken nicht so stark ab.

• Die „Systemfrage" ist nicht zu beantworten: Welches Rentensystem „sicherer" ist, lässt sich schwer sagen. Die steigende Lebenserwartung macht beiden Systemen gleichermaßen zu schaffen. Die Einbußen an „Rendite", die eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung mit sich bringt, lassen sich im Kapitaldeckungsverfahren zwar abmildern. Aber nur, wenn zusätzliche Risiken in Kauf genommen werden. Ob es das wert ist, kann niemand sagen – wer weiß schon, wie die Welt in zwanzig, dreißig Jahren aussieht? Wer kann schon sagen, ob bis dahin neue Finanzmarktkrisen oder Niedrigzinsphasen das Vorsorgekapital schmälern?

• Es ist keine Lösung, alles auf eine Karte zu setzen: Bei der Rentenversicherung geht es um Sicherheit. Und die lässt sich am besten dadurch erreichen, dass die Risiken gestreut werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es unsinnig, auf ein einziges Rentensystem zu setzen, egal ob umlagefinanziert oder kapitalgedeckt. Wer den Großteil seiner Altersbezüge aus der gesetzlichen Rentenversicherung erwartet, kann getrost in kapitalgedeckte Zusatzvorsorge investieren – sei es über private oder betriebliche Altersvorsorge, „normale" Geldanlage oder Immobilien. Umgekehrt lohnt es sich für Freiberufler oder Selbstständige mit überwiegend kapitalgedeckter Altersvorsorge, über freiwillige Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung nachzudenken.

> Es ist nicht zuletzt unter Sicherheitsaspekten unsinnig, auf ein einziges Rentensystem zu setzen, egal ob es umlagefinanziert oder kapitalgedeckt ist.

Ein anderes Thema ist es, ob die derzeitigen Erwerbstätigen die Mittel und Motivation haben, Beiträge für zusätzliche Altersvorsorge auch tatsächlich zu leisten. Davon hängt viel ab: Nicht nur, ob künftige Ruheständler ihren Lebensstandard im Alter sichern können, sondern auch, ob Geringverdiener und Beschäftigte mit unterbrochenen Erwerbsbiografien im Ruhestand von Altersarmut betroffen sind. Damit der Sozialstaat bei Bedarf rechtzeitig mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern kann, müssen verlässliche statistische Informationen über die Alterssicherung der Menschen in Deutschland vorliegen. Diesem Ziel dient die Studie „Verbreitung der Altersvorsorge in Deutschland 2019". Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) befragt infas dazu 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zu privater und betrieblicher Altersvorsorge und ihren Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Zum Weiterlesen:
Deutscher Bundestag (Hrsg): Vor 60 Jahren: Bundestag beschließt die Rentenreform. Artikel aus dem Textarchiv 2017.
(online verfügbar: www.bundestag.de)
Leinert, Johannes: Wie sicher ist die Rente? Umlageverfahren und Kapitaldeckungsverfahren im Vergleich.
(online verfügbar: www.finanzenverstehen.de)

Splitter

Okt Studie

Private Haushalte und ihre Finanzen, 2018

Die Deutsche Bundesbank hat die Ergebnisse der Studie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ veröffentlicht. infas führt diese Studie seit 2010 im Abstand von drei Jahren für die Deutsche Bundesbank durch. In der dritten Erhebungswelle im Jahr 2017 wurden Interviews in rund 5.000 Haushalten durchgeführt. Die Studie liefert detaillierte Informationen zur Struktur des Vermögens und der Verschuldung der Haushalte in Deutschland. Themen in den Interviews sind auch intergenerationale Übertragung von Vermögen sowie Einkommen und Rentenansprüche aller Haushaltsmitglieder. Weitere Ergebnisse der Studie sind auf der Internetseite der Bundesbank zu finden: www.bundesbank.de/de/bundesbank/forschung/haushaltsstudie

Mai Studie

MiD-Report zum Fahrrad- und Fußgängerverkehr erschienen, 2019

Im Zusammenhang mit der Grundlagenstudie „Mobilität in Deutschland“ (MiD) wurde jetzt ein ausführlicher Bericht zum Fahrrad- und Fußgängerverkehr in Deutschland veröffentlicht. Die MiD wurde nach Erhebungen in den Jahren 2002 und 2008 im Jahr 2017 zum dritten Mal durchgeführt. Mit der Studie steht eine umfangreiche Informations- und Datenquelle für die Analyse der Alltagsmobilität in Deutschland zur Verfügung. Wie für die anderen Verkehrsmittel auch, wird im Rahmen der MiD der Fahrrad- und Fußverkehr in Deutschland detailliert gemessen. Zusätzlich werden Fragen zur Zufriedenheit mit der Verkehrssituation für Fahrradfahrer und Fußgänger am Wohnort und zur individuellen Einstellung gegenüber den beiden Fortbewegungsarten gestellt. Die Untersuchung enthält nicht nur die vom Bundesministerium beauftragten Fälle, sondern auch die von über 60 regionalen Auftraggebern, die sich der Bundeserhebung angeschlossen haben, um eine Vertiefung der Ergebnisse für ihre spezifische Region zu ermöglichen. Auf diese Weise ist ein Datensatz entstanden, der sowohl hinsichtlich Umfang als auch der inhaltlichen Breite und Tiefe einzigartig ist. Im Rahmen der MiD wurden aus über 150.000 Haushalten mehr als 300.000 Personen befragt, die für einen fest vorgegebenen Stichtag über fast eine Million Wege berichtet haben. Auf dieser Basis werden die Entwicklung und der aktuelle Stand des Fahrrad- und Fußverkehrs in Deutschland beschrieben: Wie haben sich der Fahrrad- und Fußverkehr in den letzten Jahren entwickelt? Welchen Stellenwert nehmen sie heute in der Alltagsmobilität der Menschen ein? Welche Nutzergruppen können unterschieden werden? Welchen Einfluss haben externe Faktoren wie Wetter und Topografie, aber auch individuelle Einstellungen? Welche Bedeutung kommt dem Pedelec zu? Der Großteil der Analysen findet, nach Personen- und Raummerkmalen unterschieden, auf Bundesebene statt. Es werden aber auch Ergebnisse für Städte und Landkreise vorgestellt. Der Bericht endet mit einem Blick in die Nachbarländer Niederlande und Schweiz und einer Analyse der MIV-Nutzung auf kurzen Distanzen, bei der ein hohes Potenzial für eine Verlagerung auf den Fahrrad- und Fußverkehr besteht. Die Analyse des Fahrrad- und Fußverkehrs ist online abrufbar unter: http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017_Analyse_zum_Rad_und_Fussverkehr.pdf

Apr Studie

Vielfaltsmonitor der Robert Bosch Stiftung, 2019

Erstmalig hat die Robert Bosch Stiftung das Vielfaltsbarometer veröffentlicht. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Befragung zum Thema „Gesellschaftliche Vielfalt und Zusammenhalt“. Die Studie liefert Daten über die Meinung der Befragten zu den Vielfaltsdimensionen Lebensalter, Geschlecht, Behinderung, sexuelle Orientierung, ethnische Herkunft, Religion und sozioökonomischer Status. Die Ergebnisse wurden mit vorhandenen soziodemografischen und sozioökonomischen Daten in Beziehung gesetzt, um Aussagen darüber treffen zu können, welche individuellen und strukturellen Faktoren die Akzeptanz von Vielfalt erhöhen. Das Vielfaltsbarometer bündelt die Ergebnisse in einem Vielfaltsgesamtindex. Auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten liegt der Mittelwert für die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland aktuell bei 68 Punkten und damit klar im positiven Bereich. Die Daten für das Vielfaltsbarometer wurden zwischen Mai und Juli 2018 erhoben. Dafür wurden bundesweit 3.025 Personen ab 16 Jahren telefonisch zu ihren Meinungen und ihrem Verhalten gegenüber verschiedenen

gesellschaftlichen Gruppen befragt. Die Datenerhebung erfolgte durch das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft, die wissenschaftliche Begleitung des Vorhabens übernahm die Jacobs University Bremen.

Dez Studie

Fragen zur Zukunft der Arbeit, 2018

infas hat für die Wochenzeitung DIE ZEIT erforscht, was die deutschen Beschäftigten beschäftigt. Dazu wurden rund 1.000 Erwerbstätige ab 18 Jahren in Deutschland quer durch alle Berufsgruppen telefonisch befragt. Zu zahlreichen Aspekten der Arbeitswelt wurde ermittelt, wie wichtig sie den Befragten sind und wie zufrieden sie mit der gegenwärtigen Umsetzung sind. Zudem wurde gefragt, inwieweit bestimmte Themen der Arbeitswelt Befragte selbst betreffen – im privaten Umfeld oder im Betrieb – und welche Aspekte in den Medien aufgegriffen werden. Die Ergebnisse der Studie sind in Printform und online inklusive einem Interview mit dem infas-Geschäftsführer, Menno Smid, veröffentlicht (www.zeit.de/serie/mein-job-und-ich).

Sep intern

Notizen zur Zukunft – das Buch zum Jubiläum von infas, 2019

Anlässlich des 60-jährigen Institutsjubiläums wird infas erneut ein Buch veröffentlichen. Titel: „60 Notizen zur Zukunft“. Die Autoren setzen sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem Umfeld von infas, Kolleginnen und Kollegen aus Institutionen mit Geschäftsbeziehungen zu infas und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts zusammen. Jeder Beitrag befasst sich mit einem sozialwissenschaftlichen Begriff. Von reinen Textbeiträgen, über Charts, Visualisierungen bis hin zu Fotos sind alle möglichen Umsetzungen im Buch zu finden. Das Buch ist gegen eine Schutzgebühr beziehbar. Bereits zum 50-jährigen Jubiläum hat infas ein Buch veröffentlicht. Das damalige Werk hat sich primär mit der Vergangenheit, zentralen Studien und Meilensteinen von infas befasst. Die aktuelle Publikation richtet den Blick hingegen auf die Zukunft der Sozialwissenschaft.

Mai Studie

Neue Studie: Evaluation der Berufsberatung an Gymnasien, 2019

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg plant, die intensivierte lebensbegleitende Berufsberatung (LBB) vor dem Erwerbsleben an Gymnasien wissenschaftlich zu begleiten und eine Wirkungsanalyse durchzuführen. infas wurde hierzu mit der Durchführung wiederholter Befragungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulleitern beauftragt. Ziel des „Evaluationsprojekts ELBBe“ ist, die flächendeckende Berufsberatung in den Vorabgangs- und Abgangsklassen an den allgemeinbildenden Gymnasien und gymnasialen Oberstufen zu evaluieren, die ab Herbst 2019 eingeführt werden. Die LBB soll vor dem Erwerbsleben die Schülerinnen und Schüler in ihrer individuellen Ausbildungs-, Studienfachs- und Berufswahl unterstützen. Mit dieser Maßnahme soll eine spätere Korrektur der Bildungsentscheidung und eine Neuorientierung und damit einhergehende Ausbildungs-/Studienabbrüche reduziert und der Einstieg in den Erwerbsverlauf verbessert werden.

Sep Studie

Befragung zur Verbreitung der Altersvorsorge startet, 2019

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) berichtet dem Parlament regelmäßig über die Altersvorsorge der Bevölkerung. Es liegen allerdings keine aktuellen statistischen Informationen darüber vor, wie die Menschen in Deutschland derzeit gesetzlich, betrieblich oder privat für das Alter abgesichert sind. Das BMAS hat infas daher beauftragt, im Herbst dieses Jahres 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Alter von 25 bis 65 Jahren schriftlich zu ihrer Altersvorsorge zu befragen.

Nächste Ausgabe
Frühjahr 2020

Um Lücken wird es in der kommenden Lagemaß-Ausgabe gehen. Lücken zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei verschiedenen Aspekten in der Gesellschaft, aber auch Lücken in der Wissenschaft rund um die empirische Sozialforschung.

18.306

Die größte bekannte Primzahllücke (Dana Jacobsen, 2017). Das bedeutet, es gibt zwei (sehr große) Primzahlen, zwischen denen genauso viele Nicht-Primzahlen zu finden sind.

Impressum
Herausgeber: infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH
Redaktion: Robert Follmer, Doris Hess, Joachim Scholz, Menno Smid
Gestaltung: kognito gestaltung, Berlin, Astrid Blome (infas)
Autoren: Janina Belz, Robert Follmer, Dana Gruschwitz, Johannes Leinert, Maurice Meyer, Jonathan Ruiz Marcos, Michael Ruland, Stefan Sandner (Aktion Mensch e.V.), Joachim Scholz, Helmut Schröder, Holger Schütz, Jacob Steinwede, Andrea Suda (Aktion Mensch e.V.), Thomas Weiß
Innenteil: Joachim Scholz, Jacob Steinwede, Patrick Gawandtka (Foto)
Anschrift: infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft GmbH, Friedrich-Wilhelm-Straße 18, 53113 Bonn

ISSN 2509-3002

Lagemaß ist eine Publikation des infas Instituts für angewandte Sozialwissenschaft GmbH in Bonn, die in loser Folge erscheint. Das Magazin richtet sich an Interessenten und Kunden und beleuchtet gesellschaftliche Themen aus Institutssicht. Lagemaß liefert aktuelle Studienergebnisse und Einblicke in die Arbeit von infas und hat 2017 den Best of Corporate Award (BCM) in Gold gewonnen. www.lagemass.de

ISSN 2509-3002